[131]

III. Die Verdrängung von Arbeitsplatz und Scholle

1. Die Tschechisierung des deutschen Arbeitsplatzes

Parallel zu den Maßnahmen der Tschechen, durch die die sudetendeutsche Industrie dem tschechischen Volksbesitz einverleibt oder durch die sie zumindest in die entscheidende Einflußsphäre des tschechischen Kapitals einbezogen werden soll, verläuft die gewaltsame Verdrängung der Sudetendeutschen von ihren Arbeitsplätzen und ihre Ersetzung durch Tschechen.



[132] Ein Beispiel für die sudetendeutsche Industrie-Tragödie: Die Gustav-Messnersche Weberei in Zwickau in Nordböhmen ist vom tschechisch-jüdischen Bankkapital aufgefressen worden. 600 Arbeiter wurden erwerbslos, die Maschinen herausgerissen und nach Süd-Afrika verkauft, wohin früher die Erzeugnisse geliefert wurden. Die Bauten werden abgebrochen und als Altziegel an Bauern verkauft. Der Bezirk Zwickau stellte im Jahre 1934 den prozentualen Selbstmord-Rekord auf!

Diese Maßnahmen fördern nicht nur das Streben, den geschlossenen sudetendeutschen Siedlungsraum mit tschechischem Volkstum zu durchsetzen,[53] sondern führen zu einer Verelendung des Sudetendeutschtums, von der man einerseits eine Schwächung seiner nationalen Widerstandskraft erwartet und weiters als zwangsläufige Folge seine zahlenmäßige Schwächung erhofft. Von diesen Maßnahmen wurden bereits weit über 100.000 deutsche Volksgenossen betroffen. Zum größten Teil ohne jede Pension und jede Entschädigung wurden sie von ihren Arbeitsplätzen vertrieben und Hunger und Elend preisgegeben. Fast 30.000 trieb die Verzweiflung in den Tod.



[133] Die Hochöfen von Witkowitz in der Nordostecke Mährens verdanken deutschem Fleiß und Können ihre Entstehung und Entwicklung. Tausende deutsche Beamte und Arbeiter fanden hier Brot und Arbeit. Und heute? Arbeitsplatz auf Arbeitsplatz geht uns verloren. Nicht die Tüchtigkeit entscheidet, nur die Zugehörigkeit zur tschechischen Nation.

Gerade in diesem Kampf ist es der Staat als der größte Arbeitgeber, der mit der hemmungslosesten Brutalität vorgeht. Für ihn ist nicht charakterliche Qualität und Ausbildung der Arbeitnehmer für die Beibehaltung oder Besetzung eines Arbeitsplatzes ausschlaggebend, sondern das Volkstum. Das rein blutsmäßige und sprachliche Bekenntnis zum Deutschtum war in zehntausenden Fällen der alleinige Grund, deutsche Volksgenossen von ihren Arbeitsplätzen zu ver- [132] drängen, auf denen sie mit aller Gewissenhaftigkeit und Treue oft schon seit Generationen arbeiteten!54

Dieses Bekenntnis und diese Zugehörigkeit zum Deutschtum ist es aber auch weiterhin, die sie von einer Zulassung zum Staatsdienst ausschließt. Die hunderttausend Volksgenossen aber, die durch den staatlichen Terror um Arbeit und Brot gekommen sind und heute in Hunger und Elend ihr Dasein fristen müssen und die Gräber der Zehntausende, die die Verzweiflung über das ihnen zugefügte Unrecht in den Freitod getrieben hat, klagen jenen demokratischen Geist an, der sich in der Welt als Geist der Humanität feiern läßt und angeblich alles [133] staatliche Leben in der Tschechoslowakei beherrscht. Sie sind aber zugleich auch die lebenden und toten Opfer der Entnationalisierungsmaßnahmen des tschechoslowakischen Staates, die von seinen verantwortlichen Staatsmännern mit aller Entschiedenheit bestritten werden.

Wo der Staat mit so gutem Beispiel vorangeht, steht die nationalbewußte tschechische Industrie nicht nach. Wo es nur immer möglich ist, deutsche

Arbeiter, Angestellte und Ingenieure aus den Betrieben in den grenzdeutschen Gebieten, die in tschechischen Besitz und unter tschechischen Einfluß gekommen sind, zu entfernen, geschieht es mit der gleichen kalten Rücksichtslosigkeit, mit der der Staat gegen die deutschen Arbeitnehmer vorgeht.

Bereits in den Umsturztagen setzte in Prag, Brünn und in anderen gemischtsprachigen Städten die Entfernung deutscher Arbeiter und Angestellter aus den kommunalen Verwaltungen ein. Nach der Unterzeichnung der Friedensverträge und der Übernahme der Verwaltung der Städte in den grenzdeutschen Gebieten, wurde der erste entscheidende Schlag gegen die deutschen Beamten und Angestellten geführt, indem man alle jene entließ, die in den Umsturztagen bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ihre Beamtenpflicht erfüllten.

[134] Ein Sprachengesetz, das die tschechische Sprache zur alleinigen Staatssprache machte, bot eine "gesetzliche" Handhabe, einen Großteil deutscher Arbeiter und Beamter von ihren staatlichen Arbeitsplätzen zu verdrängen, da sie angeblich die zur Führung der amtlichen Geschäfte notwendigen Sprachkenntnisse nicht besäßen, obwohl ihr Arbeitsplatz im geschlossenen deutschen Sprachgebiet lag und somit sich die Bevölkerung ausschließlich der deutschen Sprache bediente.

Einem Teil der Beamten und Angestellten gewährte man eine Galgenfrist zur Erlernung der tschechischen Sprache. Die Abhaltung der Sprachprüfung erfolgte in der Weise, daß ein Großteil der Beamten durchfiel, obwohl sie sich in zähem Fleiß die zum Amtsverkehr notwendigen Sprachkenntnisse angeeignet hatten. Die Schikanen bei diesen Prüfungen sind geradezu unbeschreiblich. Von Postbeamten verlangte man die tschechische Beschreibung der Bestimmungen des Eisenbahn-Güterverkehrs, von Eisenbahnbeamten die Beantwortung steuertechnischer Fragen und von Steuerbeamten wiederum eine Beschreibung des Telegraphensystems. Oftmals waren Themen aus der tschechischen Geschichte und Literatur den Prüflingen zur Behandlung gestellt. Kurz, man stellte Fragen, deren deutsche Beantwortung den Prüfungskandidaten schwer fallen mußte, da sie nicht in ihr Arbeitsgebiet gehören. Umso schwerer war natürlich ihre Beantwortung in einer fremden Sprache! Angesichts solcher Prüfungsmethoden war es nicht schwer, die "Ungeeignetheit" der Arbeiter und Beamten festzustellen und einen "rechtlichen" Vorwand zu ihrer Entfernung aus dem Staatsdienst zu schöpfen. Es ist vorgekommen, daß deutsche Beamten, die die tschechische Sprache in Wort und Schrift beherrschten, wegen Nichtbeantwortung von Fragen, die nicht in ihr Fachgebiet gehörten, minder qualifiziert wurden und so von der Beförderung ausgeschlossen worden sind.

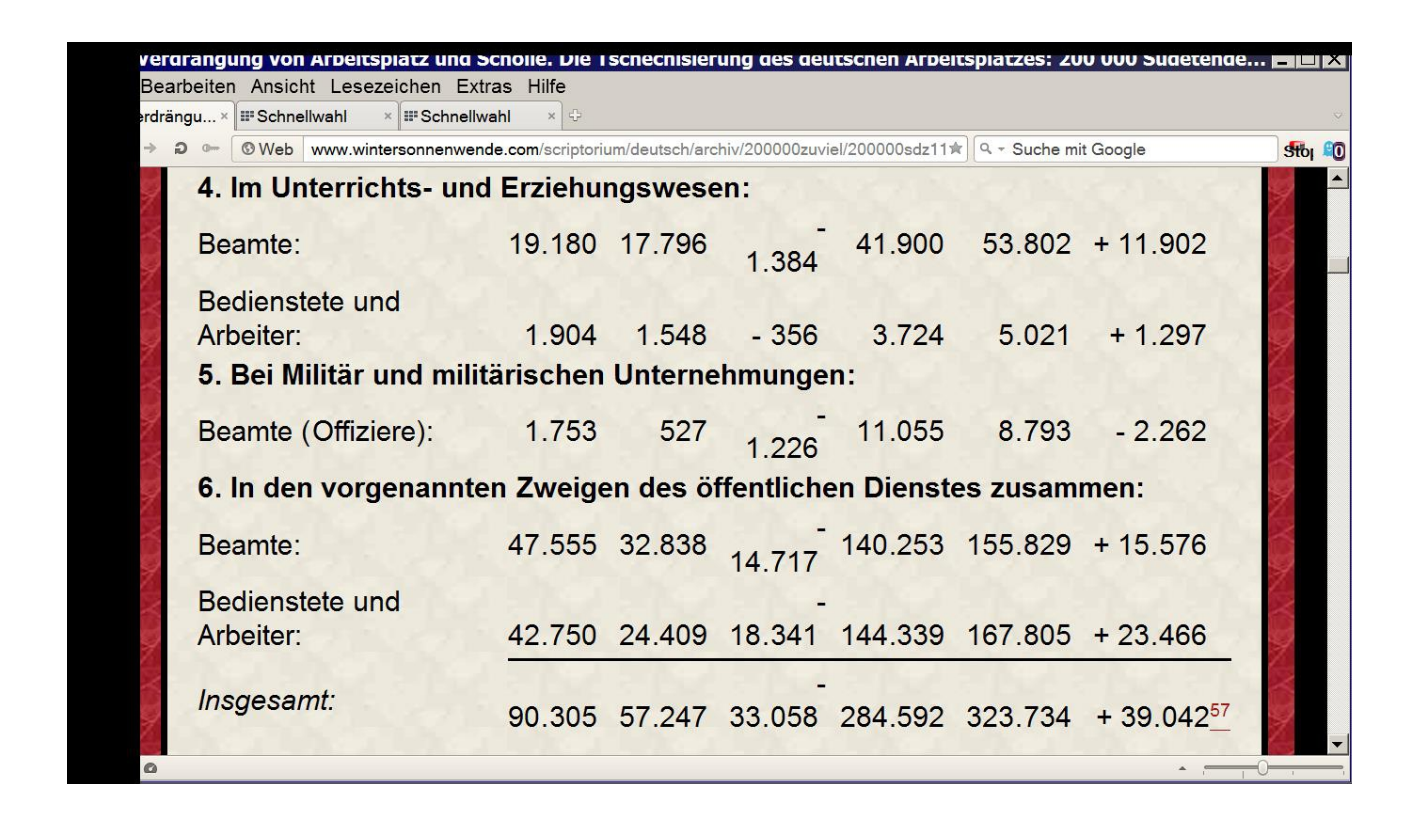
In den letzten Jahren war die angeblich bekundete "Staatsfeindlichkeit" in

vielen, vielen Fällen Entlassungsgrund; aber auch dann, wenn sich herausstellte, daß die Beschuldigungen völlig unbegründet waren, nahm der Staat seine Maßnahmen nicht zurück. Das Denunziantenunwesen55 in den Staatsämtern blühte [135] auf und viele brave und erfahrene Beamte wurden die Opfer der Angebereien chauvinistischer tschechischer Kollegen. Ein deutscher Eisenbahnangestellter in Türmitz verlor sein einziges Kind. Auf dem Grabstein ließ er den Satz einmeißeln: "Ruhe sanft in deutscher Erde." Grund genug, um ihn in seiner Trauer von seinem Arbeitsplatz fristlos und ohne Pension zu entlassen, weil die Grabinschrift eine "staatsfeindliche" Gesinnung offenbare, denn in der Tschechoslowakei gebe es keine "deutsche Erde"! In tausenden Fällen war die Weigerung, die Kinder in die tschechische Schule zu schicken, Grund und Anlaß für die Entlassung aus dem Staatsdienst. Kurz, an Begründungen für die Entfernung deutscher Beamten aus dem Staatsdienst war man nie verlegen.56

Nach den Ergebnissen der beiden Volkszählungen - als auf Grund rein amtlicher Angaben - ergibt sich hinsichtlich der Beteiligung der Deutschen an den einzelnen Zweigen des öffentlichen Dienstes der Tschechoslowakei nachfolgend geführtes, vielsagendes Bild. In den Jahren 1921 bezw. 1930 waren beschäftigt:

[136]

Arbeitnehmerkategorie:	*deutsche:*			*tschechische:*		
	1921	1930	Diff.	1921	1930	Diff.
1. Im Gerichtswesen und in der öffentlichen Verwaltung:						
Beamte:	11.804	7.348	- 4.456	44.692	47.608	+ 2.916
Bedienstete und Arbeiter:	9.527	5.728	- 3.799	38.826	42.128	+ 3.302
2. Bei der Post:						
Beamte:	5.466	2.730	- 2.736	13.252	19.148	+ 5.896
Bedienstete und Arbeiter:	4.501	3.165	- 1.336	14.844	19.191	+ 4.347
3. Bei den Bahnen:						
Beamte:	9.352	4.437	- 4.915	29.354	26.478	- 2.876
Bedienstete und Arbeiter:	26.818	13.968	- 12.850	86.945	101.465	+ 14.520



4. Im Unterrichts- und Erziehungswesen:						
Beamte:	19.180	17.796	-1.384	41.900	53.802	+ 11.902
Bedienstete und Arbeiter:	1.904	1.548	- 356	3.724	5.021	+ 1.297
5. Bei Militär und militärischen Unternehmungen:						
Beamte (Offiziere):	1.753	527	-1.226	11.055	8.793	- 2.262
6. In den vorgenannten Zweigen des öffentlichen Dienstes zusammen:						
Beamte:	47.555	32.838	-14.717	140.253	155.829	+ 15.576
Bedienstete und Arbeiter:	42.750	24.409	-18.341	144.339	167.805	+ 23.466
Insgesamt:	90.305	57.247	-33.058	284.592	323.734	+ 39.042[57]

Von insgesamt **374.897 Arbeitsplätzen** in den vorgeführten Zweigen des öffentlichen Dienstes besetzten die Deutschen im Jahre 1921 noch **90.305** oder 24,08 v. H. Von 1921 bis 1930 ging diese Zahl um 33.058 oder 36,61 v. H. auf 57.247 zurück. In der gleichen Zeit stieg die Anzahl der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienste, die von Arbeitnehmern tschechoslowakischer Nationalität besetzt waren, von 284.592 auf 323.734 also um 39.042 oder 13,72 v. H. Die Deutschen in der Tschechoslowakei aber besetzten 1930 von insgesamt 380.981 Arbeitsplätzen des öffentlichen Dienstes nur noch 57.247 oder 15.02 v. H., obgleich ihr Bevölkerungsanteil im gleichen Jahre noch 22,32 v. H. ausmachte. Diesen amtlichen Angaben kann die starke Benachteiligung der Deutschen im Staatsdienst mit aller Deutlichkeit entnommen werden. Dabei ist jedoch zu beachten, daß von 1930 bis heute ein weiterer starker Rückgang des deutschen Anteiles an den öffentlichen Arbeitsplätzen durch Abbau, Pensionierungen usw. eingetreten ist. Der Zuwachs jedoch ist so geringfügig, daß er überhaupt nicht in die Waagschale fällt.

[137] Am schwersten betroffen von dem Abbau, der sich in den Jahren 1921 bis 1930 vollzog, wurde die deutsche Arbeiterschaft; denn sie verlor von 42.750 nicht weniger als 18.342 oder 42,9 v. H., die deutsche Beamtenschaft dagegen von 47.555 "nur" 14.717 oder 31,15 v. H. ihrer öffentlichen Arbeitsplätze. Bei der deutschen Beamtenschaft vollzog sich der stärkste Abbau beim Militär (um 69,94 v. H.), bei den Bahnen (52,55 v. H.) und bei der Post (um 50,05 v. H.). Bei der deutschen Arbeiterschaft trat eine Verdrängung vor allem bei den Bahnen (um 47,91 v. H.) und bei der Post (um 39,87 v. H.)

ein. Diese Zahlen erhellen, wie schwer das Sudetendeutschtum allein durch die Benachteiligung bei der Vergebung von Staats- und öffentlichen Anstellungen getroffen wurde. Dieser Verlust ist für die Deutschen in der Tschechoslowakei umso schmerzlicher, als es sich dabei um Arbeitsplätze von besonderer Bedeutung und sozial gehobene Positionen handelt. Die Verdrängung der Deutschen aus dem Staatsdienste hat daher nicht nur eine Vergrößerung der sudetendeutschen Arbeitslosigkeit, sondern auch eine ständig fortschreitende Proletarisierung des Sudetendeutschtums zur Folge.

Der Abbau deutscher Beamter geht unaufhaltsam weiter. Ende 1935 überreichte der Verband der deutschen Staatsangestelltenvereinigungen der Regierung eine Denkschrift, in der eine dem Bevölkerungsschlüssel entsprechende Berücksichtigung des deutschen Staatsbeamtennachwuchses verlangt wird. In dieser Denkschrift heißt es:

"In Böhmen war noch vor einigen Jahren bei Neuaufnahme in den juristischen Finanzkonzeptdienst das deutsche Element mit 10 v. H. vertreten. Seit Mitte 1932 hat sich das Verhältnis weitgehend verschlechtert. Unter den seit Juni 1937 aufgenommenen 250 Juristen waren nur noch 10, also 4 v. H. Deutsche. Im technischen Finanzdienst und im Stande der Geometer waren in Böhmen, das zu einem Drittel deutsch ist, seit Jahren keine Aufnahmen Deutscher mehr zu verzeichnen. Seit 1914 wurden ungefähr 60 absolvierte Techniker aufgenommen, darunter 1 Deutscher. Seit 1926 wurden in Böhmen 80 Geometer im Staatsdienst angestellt; unter ihnen befindet sich ebenfalls bloß ein Deutscher. Seit dem Jahre 1929 wurde im staatlichen Vermessungsdienst überhaupt kein Deutscher aufgenommen. Von den 156 Beamten bei der Zentralstelle in Prag ist überhaupt keiner deutscher Volkszugehörigkeit. Unter den 22 systemisierten Konzeptsbeamten befindet sich ebenfalls kein Deutscher.

Bei einem systemisierten Gesamtstand von 4400 Steuerbeamten konnten im Jahre 1933 noch 390 Deutsche gezählt werden. Im Jänner l. J. waren es aber nur noch 220. In den Jahren 1927 bis 1933 wurden an 1500 Anwärter aufgenommen, darunter 90 Deutsche.

Soweit Angaben über das nationale Verhältnis bei den Zollbeamten vorhanden sind, können wir denselben folgendes entnehmen: In der III. Gehaltsstufe ist bloß ein Deutscher bei acht systemisierten Stellen vertreten. In der IV. Gehaltsstufe gibt es neben 28 Tschechen 5 Deutsche, in der [138] V. Stufe neben 101 Tschechen 51 Deutsche, in der VI. Stufe hingegen und noch mehr in der VII. Gehaltsstufe verschlechtert sich das nationale Verhältnis auf Kosten der Deutschen immer mehr. Da es in dieser Staatsbeamtenkategorie noch verhältnismäßig viele, in wenigen Jahren pensionsreife deutsche Beamte gibt, wird schon nach einem kurzen Zeitraum das deutsche Element kaum mehr vertreten sein, wenn es nicht durchgesetzt wird, daß bei Neuaufnahmen deutsche Bewerber nach Maßgabe des

nationalen Bevölkerungsschlüssels entsprechend berücksichtigt werden.

Bei der Gefällskontrolle in Böhmen sind 921 Tschechen, aber bloß 68 Deutsche beamtet, bei der Finanzwache in Böhmen 1629 Tschechen und nur 195 Deutsche. Von 149 Aufsehern ist beispielsweise bloß ein Deutscher. Obwohl am 1. Jänner 1935 94 tschechische Oberrespizienten befördert wurden, hat man bei der Beförderung nicht einen einzigen deutschen Beamten berücksichtigt. Seit 1919 wurden in Böhmen bei einem Stande von 290 Beamten und 1660 Unterbeamten nur fünf Deutsche aufgenommen, während bei der Gefällskontrolle bei einem Stande von etwa 1000 Beamten überhaupt kein Deutscher Berücksichtigung fand. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in Mähren-Schlesien: Hier gibt es bei 108 Beamten nur noch 19 Deutsche und bei 840 Unterbeamten auch bloß 90 Deutsche. Seit 1919 wurde überhaupt kein Deutscher bei der Gefällkontrolle oder Finanzwache aufgenommen. 3061 Beamte und Unterbeamte gibt es in dieser Kategorie in der Slowakei; unter ihnen befindet sich aber nicht ein einziger Deutscher.

Bei den Rechnungsbeamten sind im Bereiche des Innenministeriums von 1283 Personen bloß 156 Deutsche, in dem der Finanzlandesdirektion von 712 gar nur 56 Deutsche. Das Rechnungsamt des Justizministeriums weist bei 20 Beamten überhaupt keine Deutschen aus und das des Postministeriums bei 620 Beamten nur 23 Deutsche.

In den Postkonzeptdienst wurden von 1930 bis 1933 im ganzen 71 Juristen und Techniker aufgenommen. Unter allen diesen befindet sich nur ein Deutscher.

Postangestellte. Bei der Post waren im Jahr 1921 noch 5466 deutsche Beamte und 4501 Bedienstete und Arbeiter deutscher Volkszugehörigkeit angestellt. 1930 waren es nur noch 2730 Beamte und 3165 Bedienstete, die dem Sudetendeutschtum angehören. Jetzt aber werden bei der Post statt [10 000] deutschen Beamten und Angestellten nur noch 3300 gezählt. Wenn wir den Bevölkerungsanteil in den historischen Ländern mit 60 v. H. Tschechen und Slowaken, 23 v. H. Deutschen und 12 v. H. Angehörigen anderer Nationalität annehmen, so haben die ersteren schätzungsweise 92 v. H., die Deutschen 7 v. H. und die anderen Nationen 1 v. H. aller Postbeamten inne.

Bei den politischen Behörden in Mähren-Schlesien waren im April l. J. von 364 Konzeptbeamten nur 48 (13,1 v. H.) deutscher Nationalität, von 74 Aktuaren gar nur 3. Von 316 Rechnungsbeamten gehörten 58 dem tschechischen Volke an, während von 178 Kanzleibeamten 24 Sudetendeutsche waren. Unter dem Kanzleihilfspersonal waren gar nur 5,6 v. H. deutscher Volkszugehörigkeit. Gerichts-Kanzleibeamte waren beim Justizministerium von 18 keine deutscher Volkszugehörigkeit. Beim Obersten Gericht befinden sich unter 15 Beamten 3 Sudetendeutsche, beim Obergericht in Prag und bei den [139] Kreis- und Bezirksgerichten in Böhmen unter 1308 Beamten nur 127 Deutsche. Von 1357 Gerichtskanzleihilfskräften sind nur 20 deutscher Nationalität. In Mähren-Schlesien stehen im richterlichen Vorbereitungsdienst nurmehr 7 v. H. Deutsche."

Nach dem Stand vom 31. Dezember 1935 waren 487.600 Personen im öffentlichen und Staatsdienst beschäftigt.

	absolut	in pCt der Berufstätigen der betr. Nationalität	dem Bevölke-rungsschlüssel würden entsprechen	Differenz
Tschechen und Slowaken	399.387	9,33	326.500	+ 72.870
Deutsche	65.574	4,01	108.734	- 43.150
Ungarn	7.644	3,3	23.400	- 15.750
Juden	1.602	2,3	6.300	- 4.700
Polen	1.772	5,5	2.900	- 1.230
Karp.-Russen	5.185	3,6	18.430	- 13.250
Andere	585	1,6	1.400	- 800
Ausländer	5.850	4,6	---	+ 5.850

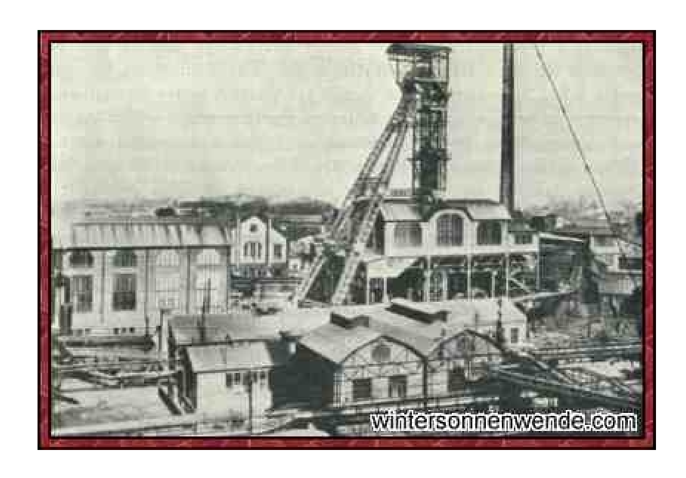
Bei einem Bevölkerungsanteil von 22,3% waren die Deutschen unter den Angestellten der allgemeinen Staats- und öffentlichen Verwaltung mit 14.653 Personen vertreten, d. s. 12,9%, in anderen Zweigen der öffentlichen, einschließlich der kirchlichen Verwaltung mit 5.396, bezw. 18,6%, bei der Post gab es 5.897 Deutsche, bezw. 11,8% aller Postler, bei der Eisenbahn 19.218 bezw. 10,3%. Ungefähr dem Bevölkerungsschlüssel entsprach nur die Zahl der im Schulwesen und in der Erziehung tätigen Deutschen, und zwar 19.359 bezw. 21,7%. Dagegen gab es im Offizierskorps der Armee nur 527 Deutsche, bezw. 5,5%, unter den Militärgagisten ohne Rangklasse 534, bezw. 5,1%. Im Offizierskorps waren sogar die Russen und Kleinrussen mit 585 stärker vertreten als die Deutschen.58

Durch die Berufung von Staatskommissaren an die Spitze der kommunalen Verwaltungen wurden tschechische Arbeiter und Beamte auch in der kommunalen Verwaltung untergebracht.59

[140] Mit der Begründung der Sicherheit des Staates im Grenzgebiet und in den deutschen Städten wurde die Polizei verstaatlicht und damit vertschechisiert.

Die Bahnhofsrestaurationen auf den deutschen Bahnhöfen wurden an tschechische Pächter vergeben, die wiederum verpflichtet wurden, tschechisches Personal anzustellen. In den staatlichen Fabriken im deutschen Gebiet wurde die Einstellung von tschechischen Arbeitern nach dem Bevölkerungsschlüssel des Staates verlangt. Schon 1923 verlangte

das Soziale Ministerium die Einstellung



[141] Steinkohlenschacht bei Mähr. Ostrau. Noch 1929 wurden in den Schächten des Staatsgebietes über 16,8 Millionen Tonnen Steinkohle und über 22,6 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert. Der unheilvollen Wirtschaftspolitik verbunden mit Entdeutschungsbestrebungen gelang es, alles im alten Österreich Aufgebaute so gründlich zu zerstören, daß im vergangenen Winter die Arbeitslosenzahl auf über eine Million stieg.

von 189 namentlich bezeichneten tschechischen kinderreichen Familien im kerndeutschen Bezirk Königsberg im Egerland, obwohl es dort 4000 deutsche Arbeitslose gab. Aus den staatlichen oder enteigneten Schächten des nordwestböhmischen Braunkohlengebietes wurden fast sämtliche deutsche Arbeiter entfernt und durch Tschechen ersetzt.

Zum Beginn des Jahres 1935 setzte auf Anordnung des Finanzministeriums eine Revision der Besitzer der Tabaktrafiken ein. Bekanntlich ist die Tabakverarbeitung staatliches Monopol, also auch der Verschleiß. Daraufhin wurden in zahlreichen deutschen Orten armen Deutschen, meistens Kriegsinvaliden, die Trafiken kurzerhand weggenommen und einem Tschechen oder einer Tschechin, meistens Beamtenfrauen, zugewiesen. Das Prager Reichsorgan Deutsche Landpost berichtet von einem besonders krassen Fall, in dem einem gelähmten Kriegsinvaliden, der mit seiner kinderreichen Familie in einem rein deutschen Dorf von einem kargen Erträgnis einer kleinen Trafik sein Leben fristet, die Lizenz abgenommen und einem tschechischen Kolonisten, der über 20 ha Grund verfügte, erteilt wurde.

[141] Seit Herbst 1935 haben in der Tschechoslowakei eine Reihe von Gesetzesvorlagen und Erlassen Gültigkeit erlangt, die dem Staate neue gefährliche Waffen im Kampfe gegen seine nationalen Volksgruppen, vor allem gegen die Sudetendeutschen, Polen und Magyaren liefern. Sie sind in

ihrer Begründung und Formulierung formal an sich zumeist unanfechtbar, und doch stellen sie in ihrer Auswirkung eine arge Bedrohung der genannten Volksgruppen dar und liegen ganz in der Linie der eingangs charakterisierten Nationalstaatstendenz. Ja, es fehlt nicht an tschechischen Pressestimmen, die in diesen neuen Maßnahmen erst die gegebene Möglichkeit sehen, die Nationalstaatsidee "legal" zu verwirklichen und neuerlich deutsche Arbeitsplätze in tschechischen Besitz zu bekommen. Es handelt sich um Gesetze und Erlasse, die im angeblichen Interesse der Sicherheit und Verteidigung des Staates erlassen worden sind, deren Voraussetzungen durch eine beispiellose Hetze in der Presse geschaffen worden sind, die von amtlicher Seite weitestgehende Förderung erfährt. Darnach wird die Tschechoslowakei von innen und außen bedroht, und das Deutschtum diesseits und jenseits der Grenzen wird als der Hauptfeind hingestellt. "Der Welt droht die große Gefahr eines Krieges von seiten des hochgerüsteten Deutschland", so lautet das Thema, das fast täglich in der tschechischen Presse in den verschiedenen Variationen [142] abgewandelt wird. Aber nicht nur an den Grenzen des Staates steht der "grimmige Feind, der der freiheitsliebenden Welt eine Schlinge um den Hals werfen will...", sondern auch im Innern des Staates, in den Grenzgebieten, arbeitet er an der Zerstörung. Da hätten die Sudetendeutschen militärische Organisationen gebildet, die von reichsdeutschen Offizieren ausgebildet und mit Waffen versehen würden, da würden überall im Grenzgebiet Sabotage und Spionage betrieben usw. Indem man dergestalt die Gefahren aufzeigt, von denen der Staat bedroht sei, stellte man zugleich die Forderungen seiner Sicherung auf. Wenn man die tschechische Pressepropaganda im Zusammenhang mit der innerpolitischen Entwicklung und der Stellungnahme der Tschechen zur deutschen Frage in der Tschechoslowakei betrachtet, dann wird klar erkenntlich, daß die Erzeugung und Förderung der Kriegspsychose nur erfolgt, die Stimmungsgrundlage für einschneidende Maßnahmen gegen die nationalen Volksgruppen, vor allem gegen die Sudetendeutschen, zu schaffen.
Die folgenden Beispiele, die ohne Rücksicht auf ihre chronologische Reihenfolge und aus den Tageszeitungen aller Parteirichtungen wiedergegeben sind, sollen diese Stimmungsmache der tschechischen Presse ganz allgemein charakterisieren:

Es ist für die Tschechen eine feststehende Tatsache, daß ihr Staat mit einem Krieg mit Deutschland zu rechnen hat. An sie knüpfen sich alle Kombinationen, in ihrer Richtung treffen sie alle Vorbereitungen.

So schreibt der Venkov vom 22. April 1936 in einem Aufsatz zur Grenzbefestigung:

"Die Aufhebung des neutralen Gürtels zwischen Deutschland und Frankreich und des neutralen Streifens auf türkischem Hoheitsgebiete in

Kleinasien enthüllt die Schwächen jener internationalen Institution, die dem Frieden und der Sicherheit dienen sollte und von vielen Theoretikern als Beginn einer breiten Abrüstung auf der Welt angesehen wurde... Wir haben alle Pässe der tschechoslowakischen Grenze von Deutschland aus in der Richtung gegen die Tschechoslowakei durchfahren. Niemals konnten wir uns eines unbehaglichen Gefühles entledigen, sobald wir die Leichtigkeit der Durchfahrt und die ungenügende Kontrolle auf tschechoslowakischer Seite beobachteten. Dort, wo früher die alten Tschechen in Zeiten der Gefahr Hindernisse errichteten, führen heute breite Asphalt-, teilweise sogar Betonstraßen, auf denen mit Leichtigkeit Hunderte von schweren Automobilen manövrieren können. Die tschechoslowakischen Pässe sind außerordentlich niedrig und auch im Winter gangbar. Vom militärischen Gesichtspunkt aus schien es uns immer so, als wären die Pässe offene Tore für einen fremden Einfall in die Republik... Es wird notwendig sein, diese territorialen Schwächen durch künstliche Befestigungen nach französischem Muster zu schützen. Ob wir wollen oder nicht, das Befestigungsproblem tritt vor unsere Zukunft. Bereits vor Jahren wurde hier über diese Frage geschrieben. Aber die Erfahrungen mit [143] dem Rheingebiet und jetzt mit der Türkei haben dem Gedanken der Notwendigkeit, die Sicherheit des Staatsgebietes zu verstärken, größte Aktualität verliehen..."

"Jeder von uns weiß, daß die deutsche Armee für einen Angriff ausgerüstet (!!) ist und daß sie innerhalb weniger Stunden den Krieg auf unser Staatsgebiet übertragen, einen großen Teil unseres Staatsgebietes mit ihren Panzerwagen überrumpeln und so unsere Mobilisierung im Keime unmöglich machen kann."

In den folgenden Ausführungen Dr. Peroutka's in der Pritomnost vom 23. April 1936 wird in aller Offenheit von einem "deutschen Angriff" gesprochen und die Bedeutung des Militärbündnisses mit der Sowjetunion dargelegt:

"Das Bündnis mit Rußland ist nicht nur für uns, sondern auch für Frankreich eine unbedingte Notwendigkeit. Nach dem was wir von der deutschen Armee wissen, wären wir gegen sie auch mit Frankreich schwach; die sowjetrussische Armee ist jener Faktor, der wahrscheinlich den nächsten Krieg entscheidet. Weil die Sachen so stehen, gibt es für unsere Sicherheit nichts Wichtigeres, als das Bündnis mit Rußland aufrechtzuerhalten. Wenn jemand gegen dieses wirkt, wenn es jemand aufzulösen sucht, so muß er noch kein Hochverräter sein - möglich, daß er bloß keinen genügend durchdringenden Verstand hat. Aber wenn ihm seine Bemühungen gelängen, und wenn er uns wirklich zur Auflösung dieses Bündnisses bewegte, dann würde er zweifellos unsern Staat so schädigen, wie das kein Hochverrat könnte...

Durch die Rheinlandbefestigung wären wir von den Hauptkräften der westlichen Bundesgenossen abgetrennt und das Bündnis mit Rußland begänne erst viel später zu wirken. Im übrigen war die russische Armee

immer viel stärker in der Verteidigung als im Angriff. Es wäre auch nicht leicht, sie zu uns zu transportieren, besonders wenn sie über Rumänien müßte. Wir müßten also ganz allein gegen den ersten deutschen Anprall stehen...

Es ist sehr wahrscheinlich, daß wir wenigstens teilweise das Schicksal Serbiens und Belgiens im Weltkrieg erleiden müßten. Die Besetzung des Landes durch den Feind. Das berührt aber nur den Anfang..."

Die Parteigenossin Dr. Benesch's, die bekannte tschechische Hetzerin Zeminova rief im Parlament aus:

"Wenn auch der deutsche Kaiser in der Verbannung lebt, so sind doch die Vertreter des alten kriegerischen Kampfgeistes an der Macht geblieben. Man wird in Berlin, Warschau und Budapest bald wissen, daß sich jeder an der jetzt in Vorbereitung stehenden Staatsverteidigung die Zähne ausbrechen wird. Das ganze Volk wird uns zur Seite stehen, um die hochverräterischen Taten im Grenzgebiet unmöglich zu machen. Unsere Partei verlangt die Auflösung der Henlein-Partei und bedauert nur, daß dieses Gesetz nicht um zwei Jahre früher kam, denn dann wäre die Henlein-Partei nicht so groß geworden. Aber wir haben euch gejagt und werden euch weiterjagen!"

[144] Die "Gefahr", in der sich der Staat befindet, wird ferner dadurch erhöht, daß die Bevölkerung in den Grenzgebieten "staatlich unzuverlässig" ist. So schreibt z. B. Straz Naroda vom 13. 3. ds. Js.:

"Glaubet nicht an die Loyalität der Deutschen und gewährt ihnen keine Zugeständnisse auf Kosten des Volkes und des Nationalstaates, denn sie werden niemals aufrichtige Träger des Staatsgedankens sein. Wir haben sie in all den Jahren zu gut kennen gelernt, um ihnen noch glauben (!) zu können, daß sie es mit unserer Republik gut meinen. Widmet dafür euere ganze Arbeit und Mühe der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Stärkung unserer Grenzler. Die Grenzler waren und bleiben die einzigen Hüter unseres Staates in den Grenzgebieten..."

Unzählig sind die Vorschläge, die von tschechischer Seite zur Sicherung des Grenzgebietes gemacht werden. So schreibt das oben genannte Blatt an einer anderen Stelle:

"Der allmähliche Aufkauf von Liegenschaften in unserem Grenzgebiet ist das beste Mittel zur Sicherung der tschechischen Positionen... Jedes kleinste Stück Boden, das in tschechische Hände übergeht, bedeutet eine Befestigung des tschechischen Elementes. Der Bodenaufkauf im verdeutschten Gebiete ist der beste Einbruch in die deutschen Gemeinden..."

Das Severocesky dennik vom 23. Februar ds. Js. z. B. schreibt:

"Die Tschechen und Slowaken haben diesen Staat gegen den Willen der

Deutschen erbaut und berücksichtigten dabei, daß es ein Nationalstaat sein müsse, in dem sich die Tschechen und Slowaken voll ausleben können.... Darum müssen wir auf eine volle Vorherrschaft der Tschechen und Slowaken hinarbeiten... In allen öffentlichen Funktionen, in allen öffentlichen Ämtern müssen die Tschechen und Slowaken das Erstrecht haben (!!)... Schon heute ist es notwendig, eine Revision der Bodenreform unter Berücksichtigung der Forderungen unserer Grenzler durchzuführen..."
Das sind einige Proben für die planmäßige tschechische Stimmungsmache. Diese und ähnliche Begründungen werden täglich von allen tschechischen Zeitungen erhoben und angeführt und geradezu in einem Trommelfeuer auf die tschechische Exekutive und Staatsführung gesteigert. Unter dem Druck der "öffentlichen Meinung" und aus einer haßerfüllten Atmosphäre heraus wurden eine Reihe von Gesetzen beschlossen und eingebracht, die, wie einmal treffend bemerkt wurde, nach den Erklärungen tschechischer Politiker und nach ihrem Wortlaute sich nicht etwa gegen die Sudetendeutschen oder gegen eine andere Volksgruppe des tschechischen Staates richten, sondern gleichmäßig auf alle Staatsbürger Bezug nehmen, die aber letzten Endes doch, wenn man die besonderen Verhältnisse des tschechoslowakischen Staates und die Auswirkungen der neuen Gesetze näher betrachtet, zu der Erkenntnis führen, daß alle diese neuen Beschlüsse und in Vorbereitung stehenden Gesetze, mögen sie auch noch so [145] allgemein gehalten sein, sich vor allem doch gegen das Sudetendeutschtum richten, dieses in seiner ganzen Lebensmöglichkeit schwer treffen und seine Zukunft auf das ärgste bedrohen.
Durch ein Ermächtigungsgesetz über die Verstaatlichung des Polizeiwesens erfolgte nicht nur ein tiefer Eingriff in die Rechte der Selbstverwaltung der Gemeinden, die bisher Polizeigewalt ausüben durften, sondern es wurde den Tschechen ein weiteres "legales" Mittel geboten, die grenzdeutschen Gebiete mit tschechischen Beamten zu durchsetzen; hieß es doch in der Begründung des Gesetzantrages ausdrücklich, daß damit dem Staate die Möglichkeit geboten werde, im Grenzgebiet "zuverlässige Beamte zur Niederhaltung staatsfeindlicher Elemente" einzustellen.

Anfang Januar 1936 hat das tschechoslowakische Ministerium für nationale Verteidigung Anweisungen und Bestimmungen für Heereslieferungen herausgegeben, aus denen hervorgeht, daß das unter der Leitung des Ministers Machnik stehende Ministerium bei der Festsetzung seiner Lieferbedingungen trotz gegenteiliger Versicherungen anderer und höherer Regierungsstellen an allen jenen Tendenzen festhält, die auf eine völlige Hintansetzung der sudetendeutschen Lebensforderungen abzielen. Darnach macht das Verteidigungsministerium die Berücksichtigung von Lieferungsangeboten davon abhängig, daß die Zahl der tschechischen Beamten aller jener Betriebe, die mit Heeresaufträgen rechnen wollen, mindestens den Hundertsatz der dort beschäftigten tschechischen Arbeiter entsprechen müsse. Die Zahl der tschechischen Arbeiter wieder müsse

mindestens dem nationalen Verhältnis in der Zusammensetzung der Bevölkerung am Sitz des Unternehmens angepaßt sein. Weiter wird, sozusagen in militärischem Tone, gefordert, daß "in kürzester Zeit die ausländischen Angestellten durch inländische Kräfte tschechoslowakischer Nationalität ersetzt werden" und daß, was man nicht genug anprangern kann, kein Personal beschäftigt werden dürfe, "das sich zu staatsfeindlichen politischen Parteien meldet."

In der Anweisung des Verteidigungsministeriums heißt es dann weiter:

"Mit der Durchführung der erwähnten Forderungen der Militärverwaltung werden Sie sofort beginnen und spätestens binnen zwei Jahren vom Zeitpunkte dieses Schreibens abschließen. Damit die Militärverwaltung die Erfüllung dieser Forderung kontrollieren kann, werden Sie dem Ministerium für nationale Verteidigung jedes Vierteljahr melden, was Sie im abgelaufenen Vierteljahr hinsichtlich der geforderten Abhilfe unternommen haben. Als Ersatz für die entlassenen unverläßlichen Angestellten werden Sie keine anderen unverläßlichen Angestellten aufnehmen. Telegraphieren Sie umgehend - und zwar so, daß die Antwort in der Abteilung V/3 des Ministeriums [146] für nationale Verteidigung spätestens bis 30. Jänner, 12 Uhr einlangt - ob Sie ohne Vorbehalt mit der Preisgrenze, mit der Warenmenge und mit den obigen Bedingungen hinsichtlich der Regelung des nationalen Verhältnisses in der Beamten- und Arbeiterschaft Ihres Unternehmens einverstanden sind. Sollte Ihre Antwort, ob positiv oder negativ, nicht bis zum angeführten Termin einlangen, wird das Ministerium annehmen, daß Sie die Bedingungen dieses Schreibens nicht angenommen haben und wird daher die Lieferung sofort anderweitig vergeben. Wenn Sie aber ohne jedweden Vorbehalt mit allen Bedingungen des Schreibens einverstanden sind, können Sie die Erzeugungsdispositionen treffen. Der Bestellbrief wird Ihnen nachträglich übermittelt."60

Dieser Erlaß des Nationalverteidigungsministers, der den Gesetzen und der Verfassung widerspricht und den z. B. auch die Wiener Zeitung als ungerecht und verletzend empfindet, steht im krassesten Gegensatz zu den vielen Erklärungen der tschechischen Staatsmänner, auch von Staats wegen der furchtbaren Not der Sudetendeutschen zu steuern. Selbst die deutschen Regierungsparteien wenden sich gegen eine solche tschechische Nationalpolitik. So stellt die Deutsche Landpost, das Hauptblatt des Bundes der Landwirte, fest, das Verteidigungsministerium haben sich an die bestehende Vergebungsordnung zu halten.

"Eine Scheidung der Unternehmer und Angestellten in staatstreue und staatsfeindliche unterliegt nicht dem Ministerium, sondern einzig dem Gericht. Es muß klipp und klar gesagt werden, daß der nationale Bevölkerungsschlüssel in einem Staatsgebiet das Amt in diesem Falle gar

nichts angeht. Wenn sich aber das Verteidigungsministerium um diesen Schlüssel zu bekümmern beginnt, dann sollte es zuerst bei sich beginnen. Vielleicht teilt das Ministerium einmal mit, wie groß die Zahl der deutschen Beamten und Offiziere in der Heeresverwaltung ist. Vielleicht kommt man auch darauf, einen deutschen Offizier zum General zu befördern, damit der Schlüssel und die nationale Gleichberechtigung wenigstens einigermaßen gewahrt werde. Es ist endlich an der Zeit, für die Deutschen im Offizierskorps der Armee Platz zu schaffen, damit aus den fünf Prozent deutscher Offiziere wenigstens zehn Prozent, wenn schon nicht 23 Prozent werden, wie es sich eigentlich gehören würde. Wir wiederholen den bereits ausgesprochenen Appell an den Ministerpräsidenten, nach dem Rechten zu sehen, die Verantwortung festzustellen und den Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen."

Dieser Appell an den Erstminister hat aber kaum irgendeinen Erfolg eingebracht. Denn wie der Prager Sozialdemokrat mitteilt, ist der Abg. Taub "eingeschritten" und hat sich dabei eine Information geholt, die nicht nur diesen einzigartigen Erlaß, sondern darüber hinaus noch eine Begründung dafür gibt, die dem Faß den Boden ausschlägt. In dieser "Information" des Nationalverteidigungsministeriums heißt es laut Sozialdemokrat:

[147]   "Das Ministerium für nationale Verteidigung muß bedingungslos daran festhalten, daß militärische Lieferungen ausschließlich an solche Unternehmer vergeben werden, deren positives Verhältnis zum Staate gewährleistet ist und deren Arbeitnehmer loyale Staatsbürger sind."

Nach dieser geradezu hohnvollen Bestätigung, durch die sich das Nationalverteidigungsministerium das Recht anmaßt, nach eigenem Gutdünken Staatsbürger in "loyale" und "andere" zu scheiden, erhielt der deutsche Sozialdemokrat Taub die bittere Beruhigungspille, daß das Ministerium bemüht sei, die von der Krise besonders betroffenen Randgebiete bei der Vergebung von Lieferungen "entsprechend zu berücksichtigen".

Gekrönt wurde diese "Information" durch den Satz:

"Das Ministerium für nationale Verteidigung muß eine Regelung ganz besonders dort anstreben, wo offenkundig und provokativ die Leitung des Unternehmens sich weigert, berechtigten Forderungen nach Aufnahme von Beamten tschechoslowakischer Nationalität zu entsprechen."

Was mit anderen Worten heißt: ein Staatsamt, dem ein auf die Verfassung vereidigter Minister vorsteht, nimmt sich die Freiheit, wider Gesetz, Recht und Verfassung gegen Staatsbürger, die sich gesetzwidrigen Forderungen nicht beugen, Staatssanktionen zu ergreifen! Diese "Begründung" des

Nationalverteidigungsministeriums gehört auf das erste Blatt des Schwarzbuches der tschechoslowakischen Demokratie.61

Wegen dieses Erlasses des Verteidigungsministers hatten die Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei eine Interpellation im Abgeordnetenhaus eingebracht, in der sie auf die Verfassungswidrigkeit und die Verletzung der Minderheitenschutzverträge verwiesen. Auf diese Interpellation antwortete die Regierung:

"Es ist das besondere Bestreben der Regierung, in allen von der Arbeitslosigkeit betroffenen Gebieten in der Tschechoslowakischen Republik Arbeit zu beschaffen und die Not der Bevölkerung zu lindern. In dieser Hinsicht widmet die Regierung allen Bewohnern und Gegenden, ohne Unterschied der Volkszugehörigkeit, die gleiche Fürsorge. In diesen Intentionen gehen alle Ressorts vor, und in der gleichen Weise handelt auch das Ministerium für nationale Verteidigung, wenn es Lieferungen im größeren Ausmaß, soweit die Finanzmittel diese eben gestatten, ausschreibt und vergibt. Diese Lieferungen werden in alle Gegenden aufgeteilt. Hierbei hat die Militärverwaltung allerdings nicht nur die Verpflichtung, das erforderliche Material zu beschaffen, sondern auch die Verpflichtung, sich zu kümmern, daß die ungestörte Erzeugung wichtiger Dinge für die Armee nicht nur in der Friedenszeit, sondern auch in ernsten Zeiten gesichert werde. Dafür trägt das Ministerium für nationale Verteidigung seit dem Umsturz Sorge. Diese Aktion hat in zahlreichen Fällen das Verständnis der Industrieunternehmungen gefunden. In manchen Fällen fand es allerdings nicht hinreichendes Verständnis, und [148] deshalb mußte das Ministerium für nationale Verteidigung auf diese Umstände nachdrücklichst aufmerksam machen. Ich betone, daß es sich um eine Regelung und Abhilfe auf natürlichem Wege durch die Entwicklung handelt, daß es hier um keine gewaltsamen oder gar Massenentlassungen geht, die gegen irgendeine Minderheit gerichtet wären. Die durch den Erlaß festgesetzte Frist hat bloß Evidenzbedeutung. Deshalb wird sie von Fall zu Fall verlängert, wenn es durch ein natürliches Vorgehen nicht möglich wäre, die Bedingungen zu erfüllen. Man kann daher nicht von einer Verletzung der geltenden Gesetze oder von einer Verletzung der durch die Friedensverträge gewährleisteten Minderheitenrechte sprechen.
Prag, 2. März 1936.
Der Vorsitzende der Regierung:
Dr. M. Hodza.

Die Tatsache, daß der tschechoslowakische Ministerpräsident selbst die parlamentarische Anfrage beantwortete, beweist, daß er den Erlaß eines Ressorts zu einer Angelegenheit der Gesamtregierung gemacht hat und seine Ungesetzlichkeit deckt. Die Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei erwiderten diese Antwort mit einer Völkerbundbeschwerde. Es kann nicht überraschen, wenn der Völkerbund die Beschwerde als unbegründet

zurückweist!

In die gleiche Kategorie wie der sogenannte "Machnik-Erlaß" fällt eine Anordnung des Prager Innenministeriums, daß nur solche Bewerber in den Staatsdienst aufgenommen werden dürfen, die nachweisen können, daß nicht nur sie, sondern auch ihre Verwandten den Nachweis ihrer "staatsbürgerlichen Zuverlässigkeit" erbringen können. Hier werden also als Beurteilungsgrund Möglichkeiten angeführt, auf die der Bewerber selbst gar keinen Einfluß hat, für die er aber trotzdem verantwortlich gemacht wird.

In die Reihe jener Maßnahmen, die dem Staate eine "legale Möglichkeit" geben sollen, gegen die Angehörigen der nationalen Volksgruppen vorzugehen, gehört ferner ein Antrag des tschechischen nationalsozialistischen Abgeordneten Klofac, "durch Namensänderung seine Verbundenheit mit der tschechoslowakischen Republik zu bekunden". Dieses Gesetz stellt in seiner Textierung eine Ungeheuerlichkeit sondergleichen dar, und würde in der Praxis jeglicher politischen und behördlichen Willkür Tür und Tor öffnen. Mit Recht verwies daher die sudetendeutsche Presse darauf, daß mit diesem Gesetz der Personenname, im gewissen Sinne Ausdruck einer Persönlichkeit, deren Freiheit nach § 107 der tschechoslowakischen Verfassung gewährleistet wird, zu einem Politikum gemacht wird. Der gesetzlich normierte Begriff der "staatlichen Unverläßlichkeit" wird durch den neuen Antrag durch den weitergehenden Begriff der "staatlichen Unverbundenheit" ergänzt.

Das entscheidendste Gesetz, das fast das gesamte Sudetendeutschtum und neben ihm alle anderen Volksgruppen unter Ausnahmezustand stellt, ist das am [149] 26. März 1936 eingebrachte Staatsverteidigungsgesetz. Das Gesetz sieht die Schaffung einer 25 km breiten Grenzzone vor, in der nicht nur zur Zeit der "Wehrbereitschaft" und in Kriegszeiten, sondern auch in Friedenszeiten (!) die Militärbehörden die letzte Entscheidung haben.

In der Grenzzone ist die vorherige Zustimmung der Militärverwaltung bei allen Arten von Bauten notwendig einschließlich der Wege und Wasserbauten, der Anlage von Transport-, Telegraphen und anderen Verständigungseinrichtungen, einschließlich der Bergwerke und der Errichtung von Betriebsstätten, die eine behördliche Genehmigung voraussetzen. Die Erteilung von Gewerbekonzessionen oder Schürfrechten hängt von der Zustimmung der Militärbehörden ab, die an sie bestimmte Bedingungen knüpfen können. Ferner steht den Militärbehörden das Recht zu, die Schlagung und Anpflanzung von Wäldern anzuordnen, ebenso die Schließung von Bergwerken. Sie können ferner eine Revision der Forstwirtschaftspläne beantragen und unter Umständen eine Schlagung anordnen, die im Interesse der Staatsverteidigung liegt. Wenn die Militärverwaltung es für notwendig erachtet, daß bei schon bestehenden

Bauten oder Grubenwerken irgendwelche Veränderungen vorgenommen werden, ist der Besitzer verpflichtet, diese Veränderungen vorzunehmen oder zu gestatten, daß sie der Staat auf seine Kosten vornehme. Durch den Punkt 4 des § 34 ist dem Staat die Möglichkeit gegeben, sinngemäß auch für die anderweitige Verwendung der Bodenfläche in der Grenzzone die bisher genannten Bestimmungen anzuwenden. Der Punkt 6 desselben Paragraphen bestimmt, daß elektrische Starkstromleitungen in der Grenzzone, vor allem solche, die über die Staatsgrenzen hinausgehen, unterbrochen und ihre technischen Einrichtungen beseitigt werden können. Punkt 7 stellt eine neue Enteignungsbestimmung dar: "Wenn dies im Interesse der Staatsverteidigung dringend notwendig ist, können in der Grenzzone Liegenschaften für den Staat enteignet werden." Nach Punkt 8 desselben Paragraphen kann Ausländern der Aufenthalt in der Grenzzone nur noch mit Zustimmung der Militärverwaltung erteilt werden.

Das Wesentliche und Neue, das diese Bestimmungen über die Grenzzone von allen ähnlichen Beispielen abhebt, ist die Tatsache, daß seit Inkrafttreten dieser weitgehenden Eingriffsrechte nicht etwa die aktuelle Bedrohung des Staates Voraussetzung ist, sondern daß diese Eingriffsrechte sofort nach der Gesetzgebung der Regierungsvorlage im tiefsten Frieden möglich sind.

Während der Zeit der Wehrbereitschaft können Männer und Frauen zwischen 17 und 60 Jahren zur persönlichen Dienstleistung herangezogen werden. Die Zuständigkeit der Gerichte wird beschränkt und den Militärbehörden in bestimmten Fällen unterstellt. Die wichtigste und für die Volksgruppen gefährlichste Bestimmung aber ist die über die "für Staatsverteidigung besonders wichtigen Betriebe". Sie werden besonders registriert. Sie dürfen nur von "staatlich [150] zuverlässigen Personen" geleitet werden. Die "staatliche Unzuverlässigkeit" des Besitzers und Arbeitnehmers aber ist Enteignungs- und Entlassungsgrund! Da weder die Bestimmung über die zur Verteidigung notwendigen Betriebe noch über "staatliche Zuverlässigkeit" scharf umrissen sind, ist der Willkür der tschechischen Militärverwaltung Tür und Tor geöffnet, umsomehr, als die Einstellung zu diesem Gesetz vom Ministerpräsidenten zum "Prüfstein der Loyalität zum tschechoslowakischen Staate" erklärt worden ist.62

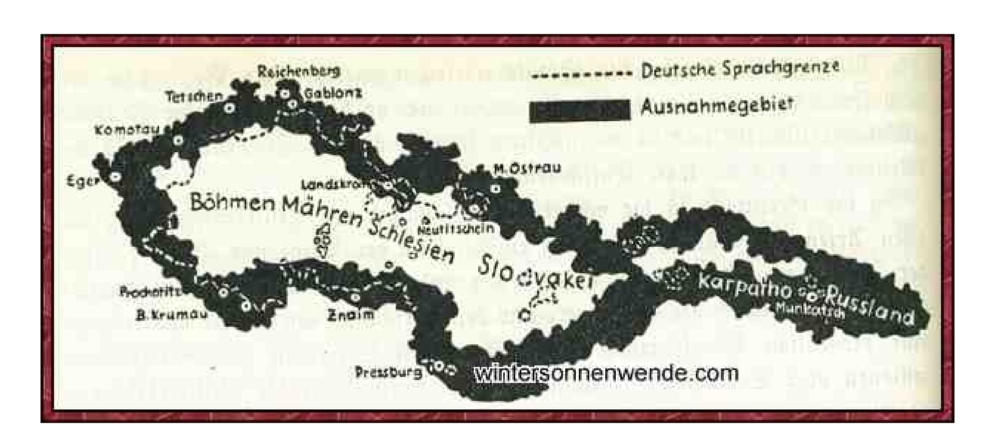
Nach der seit Staatsgründung geübten Praxis galten als "staatlich zuverlässig" nur die Tschechen und die Slowaken, sofern sie einer "tschechoslowakischen" Partei angehörten. Alle anderen Volksgruppen werden trotz ihrer wiederholt bekundeten Loyalität als "unzuverlässig" angesehen und dementsprechend behandelt.

Daß von den Ausnahmebestimmungen vor allem die Angehörigen der fremden Volksgruppen betroffen sind, geht aus der folgenden Übersicht klar hervor.

I. Die Flächengröße in qkm.

	Gesamtfläche	Grenzzone (abgerundet)
Böhmen	52.062	21.000
Mähren-Schlesien	26.808	9.500
Slowakei	49.006	27.000
Karpathenrußland	12.617	11.000
Tschechoslowakei	140.493	68.500

[151]
Demnach ist fast ganz Karpathenrußland (87 v. H.) unter das Ausnahmegesetz gestellt. Es bleibt nur ein Kern von 1600 qkm von diesen Bestimmungen unmittelbar nicht berührt. Von der Slowakei entfallen 55 v. H. auf die Grenzzone. In Mähren-Schlesien, das übrigens fast so groß ist wie die Grenzzone in der Slowakei, sind 35 v. H., in Böhmen 40 v. H. zum Ausnahmegebiet erklärt. Das ergibt also 49 v. H. der gesamten Staatsfläche.



[150] Das deutsche Sprachgebiet unter dem Ausnahmegesetz.

Der Anteil der Bevölkerung wird aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

II. Die Bevölkerungsverteilung.

	Gesamtbevölkerung	in der Grenzzone
Böhmen	7,109.376	2,900.000
Mähren-Schlesien	3,565.010	1,413.000
Slowakei	3,329.793	1,580.000
Karpathenrußland	725.357	580.000
Tschechoslowakei	14,729.536	6,473.000

Bei der besonderen nationalpolitischen Struktur der Bevölkerung des

tschechoslowakischen Staates und der Lage ihrer Siedlungsgebiete ergibt sich, daß fast alle Angehörigen der nationalen Volksgruppen unter das Ausnahmegesetz gestellt sind, was ja den eigentlichen Sinn der neuen Staatsverteidigungsmaßnahmen darstellt.

In Böhmen schließt die Grenzzone 2,900.000 von 7,109.376 Einwohnern ein, das sind 41 v. H. Ihrer Nationalität nach sind es über 2 Millionen Sudetendeutsche und 850.000 Tschechen. Das bedeutet also, daß nur 13 v. H. der deutschen Bevölkerung außerhalb und nur 18 v. H. der tschechischen Bevölkerung innerhalb der Grenzzone lebt.

In Mähren-Schlesien leben von den 823.730 deutschen Einwohnern 480.000 und von den 2,616.969 tschechoslowakischen rund 765.000 in der Grenzzone, das sind 60 bzw. 29 v. H. Fast ausnahmslos in der Grenzzone wohnen die Angehörigen der 89.126 Seelen zählenden polnischen Volksgruppe.

In der Slowakei umschließt die Grenzzone von insgesamt 3,329.793 Einwohnern rund 100.000 Karpathendeutsche, 940.000 Slowaken und rund 540.000 Madjaren, das sind 68, bzw. 40, bzw. 98 v. H.

Rund 580.000 Einwohner ruthenischer, madjarischer und jüdischer Nationalität, darunter ferner 10.000 Karpathendeutsche, besiedeln also die Grenzzone Karpathenrußlands.

[152] Demnach ergibt sich folgende interessante Übersicht:

III. Länder- und Völkerübersicht.

Zahlen der Bewohner

Nationalität	insgesamt	davon fremde Staatsangehörige	in der Grenzzone

Böhmen			
deutsch	2,326.090	55.147	2,050.000
tschechoslowakisch	4,732.070	18.704	850.000
Mähren-Schlesien			
deutsch	823.730	23.735	480.000
tschechoslowakisch	2,616.969	21.435	851.000
polnisch	89.126	9.676	82.000
Slowakei			
deutsch	154.821	7.320	100.000
slowakisch	2,373.054	27.145	940.000
ungarisch	592.337	20.349	540.000
Karpathenrußland			
deutsch	13.804	555	10.000
russisch	456.925	4.009	390.000
ungarisch	115.804	633	90.000

Daß die Vertreter der einzelnen Volksgruppen im Prager Parlament gegen jene Bestimmungen des Staatsverteidigungsgesetzes, die der Militärverwaltung unumschränkte Eingriffsmöglichkeiten in das private Eigentumsrecht einräumen, ernste Bedenken erhoben haben, wird man verstehen, wenn man - von den gesetzlichen Bestimmungen abgesehen - auf die tieferstehende Tabelle blickt:

VI. Der Anteil der Volksgruppen.

Volksgruppe	Gesamtstärke	In der Grenzzone wohnen	
Sudetendeutsche	3,318.445	2,640.000 d. s.	80 %

Tschechen	7,077.979	1,701.000	
			27 %
Slowaken	2,678.625	940.000	

Polen	100.322	82.000	
Russen	568.941	390.000	98 %
Ungarn	719.569	630.000	

Da die amtliche Statistik nur eine "tschechoslowakische" Nation kennt, sind als "Tschechen" die "tschechoslowakischen" Bewohner Böhmens, Mährens und Schlesiens und als "Slowaken" die "tschechoslowakischen" Bewohner der Slowakei angegeben. Die Zahlen entsprechen aber annähernd der tatsächlichen Bevölkerungsstärke der beiden Volksgruppen. Von den anderen Volksteilen, die in dieser Tabelle nicht angeführt sind, siedeln 90.000 in der Grenzzone.

[153] Obwohl dieses Gesetz schon tief in die bisherigen Rechtsverhältnisse im Grenzgebiet eingreift und den Militär- und Staatsbehörden unter Vorwand des Staatsinteresses der präventiven Verteidigung die Möglichkeit bietet, die inneren nationalpolitischen Ziele zu verwirklichen, so wurden eine Reihe weiterer Sonderbestimmungen getroffen, die sich ganz offenkundig gegen das Sudetendeutschtum richten.

So wurden also eine Reihe von Gesetzen und Erlassen wirksam, die zwar mit Staatsnotwendigkeit begründet wurden, die aber eine deutliche Spitze gegen die einzelnen nationalen Volksgruppen tragen. Indem man nun Teile der

Volksgruppen als staatlich unzuverlässig hinstellt, leitet man also aus einer Pauschalverdächtigung das Recht ab, die gesamte Volksgruppe unter Ausnahmezustand zu stellen mit dem Ziele restloser Entnationalisierung der Menschen und des Bodens. Denn diesem Ziele dient es, wenn die Grenzgebiete mit staatlich zuverlässigen Elementen, das sind die Tschechen, durchsetzt werden und die wichtigsten Betriebe und weite Flächen des Grundbesitzes in tschechoslowakischen Staats- und Volksbesitz übergeführt werden. In dieser Form aber erfolgt die "Sicherung" des Grenzgebietes. Es sind also die alten nationalstaatlichen Ziele, die unter, sagen wir zeitgemäßen, Begründungen verwirklicht werden sollen. Die amtlichen Versicherungen, daß alle Gesetze und Maßnahmen wirklich nur aus der gespannten europäischen Situation zur Sicherung des tschechoslowakischen Staates geschaffen wurden und sich nicht gegen eine Rasse, Konfession oder Minderheit richten, erfahren einwandfreie Widerlegung durch die Praxis, denn es laufen täglich Meldungen ein, daß deutsche Arbeiter und Beamte von ihren Arbeitsplätzen vertrieben, daß deutschen Firmen staatliche Lieferungsaufträge entzogen und deutsche Grundstücke enteignet werden.63

So wurden aus den chemischen Werken in Aussig fast alle deutschen Staatsangehörigen entfernt, deutsche Bergarbeiter an der Einfahrt in den Schacht [154] gehindert usw. Wie die staatlichen Bestimmungen ferner mißbraucht werden, zeigt ein Wahlaufruf in den Prager Kolben-Danek-Fabriken, der da lautet:

"Die heutigen Wahlen in den Betriebsausschuß haben auch deshalb eine besondere Bedeutung, weil sie einige Tage nach der Durchberatung des Gesetzes zur Staatsverteidigung im Parlamente stattfinden. Es ist kein Geheimnis, daß auch der Kolben-Danek-Konzern unter jene Unternehmen gehört, die Gegenstände für die Staatsverteidigung herstellen. Darum muß die Parole für jeden anständigen tschechischen Arbeiter lauten: Meine Stimme gebe ich nur staatlich verläßlichen Kandidaten... Alle Stimmen staatlich verläßlicher Arbeiter gehören der Kandidatenliste Nr. 1..."

Die Liste 1 aber ist die Liste der tschechischen Linksparteien. Dieser Aufruf hat im ganzen Staate Schule gemacht und wird bei allen Betriebsratswahlen nachgeahmt. Indem sich die deutschen und tschechischen Linksparteien als "staatlich verläßliche Parteien" bezeichnen, diffamieren sie zugleich die anderen nichtmarxistischen Gruppen als "staatlich unzuverlässig", womit sie ihre Auflösung und die Entfernung ihrer Mitglieder aus den Betrieben erreichen wollen.

So stehen alle diese Maßnahmen im Dienste der tschechischen Nationalstaatspolitik und werfen ein grelles Schlaglicht auf die tatsächliche Volksgruppenbehandlung im demokratischen Humanitätsstaat an der Moldau.

Überall dort, wo der Staat als Arbeitgeber in Erscheinung tritt, in der Verwaltung, beim Heer, bei Bahn, Post, Steueramt, Gericht, in der Finanzverwaltung, im Sicherheitsdienst, überall wird das deutsche Element planmäßig zurückgedrängt. Gleichzeitig aber wird die Neuaufnahme junger Sudetendeutscher in den Staatsdienst so gut wie unmöglich gemacht.64

[155] An die Stelle der vertriebenen deutschen Beamten und Arbeiter kamen in den allermeisten Fällen zumeist verheiratete und kinderreiche tschechische Arbeiter- und Beamtenfamilien, die zur Erfüllung ihrer Kolonisationsaufgabe außerdem noch eine besondere Grenzlerzulage erhalten.

Nicht anders liegen die Dinge in der Privatwirtschaft, wo das tschechische Kapital entscheidenden und mitbestimmenden Einfluß gewonnen hat. Die Einführung des Tschechischen neben dem Deutschen als Geschäftssprache hat zum Abbau deutscher und Einstellung tschechischer Beamter geführt. Bei der Neueinstellung in utraquistischen Betrieben wurden vorwiegend tschechische Arbeiter aufgenommen, während bei Entlassungen immer nur deutsche Arbeiter um ihren Arbeitsplatz kamen.65

Durch die Verlegung der Direktionen der großen Industrieunternehmen und ihrer kaufmännischen Abteilungen nach Prag gingen weitere Hunderte Arbeitsplätze dem Sudetendeutschtum verloren. Dazu kommen die Produktionsverlegungen aus dem deutschen Gebiet, die deutsche Arbeiter um Arbeit und Brot bringen.66

Der tschechische Angriff richtet sich aber nicht nur auf die Arbeitsplätze in Staat und Wirtschaft, sondern auch in den freien Berufen.

[156] Ein tschechischer Hochschulprofessor (der seinen Namen verschweigt) behandelt in den Nar. Listy (Nr. 274 vom 8. Oktober 1934) die Frage, ob die Tschechen in großer Zahl die Hochschulen besuchen sollen, welche Frage er selbstverständlich bejaht. Interessant ist seine Begründung:

Auf dem Gebiete der tschechoslowakischen Republik sind 7394 Ärzte tätig (Zahnärzte und subalterne Anstaltsärzte nicht mitgerechnet). Von diesen Ärzten sind 4190 Tschechoslowaken (56%) und 3204 Deutsche (44%). Nach dem Nationalitätenverhältnis der Bevölkerung sollen 5200 Ärzte Tschechoslowaken und bloß 2200 Ärzte Deutsche sein. Wenn auf das Anwachsen der Bevölkerung in 20 Jahren Rücksicht genommen würde, dürfte in die Ärztekammer kein einziges deutsches Mitglied aufgenommen werden, damit das Nationalitätenverhältnis eingehalten werde. Das verlangt der tschechische anonyme Professor. Übrigens weiß heute noch kein Mensch, wie das Nationalitätenverhältnis in 20 Jahren sein wird. Vielleicht wird es sich nicht sehr zugunsten der Tschechen ändern, bei denen ja ebenso wie bei den Deutschen der Geburtenüberschuß immer kleiner wird.

Nach den Ländern ist das Zahlenverhältnis der tschechoslowakischen und der deutschen Ärzte (hier werden auch Zahnärzte berücksichtigt) folgendes: In Böhmen sind insgesamt 6102 Ärzte tätig, darunter 3748 Tschechen. Die tschechischen Ärzte bilden 60%, die deutschen 40%. Mähren-Schlesien hat 2367 Ärzte, darunter 1459 Tschechen. Diese bilden 62%, die Deutschen und die anderer Volkszugehörigkeit 38%. In der Slowakei und in Karpathenrußland wirken 1957 Ärzte, darunter 681 Tschechen und Slowaken. Diese bilden 35%, die Deutschen, Magyaren und sonstigen 65%.

Weiter gibt der Verfasser die Zahlen der Rechtsanwälte (Mitglieder der Advokatenkammern) an, und zwar: Böhmen hat 2500 Advokaten; von diesen sind 59% Tschechen und 41% Deutsche. Mähren-Schlesien hat 725 Advokaten; von diesen sind 60% Tschechen und 40% Deutsche. In der Slowakei sind 1136 Advokaten, darunter 26% Tschechen und Slowaken sowie 74% Deutsche, Magyaren und andere. In Karpathenrußland sind 168 Advokaten, darunter 4% Tschechen und Slowaken, 20% Ruthenen sowie 76% Magyaren und Juden. Insgesamt gibt es in der Tschechoslowakei rund 4530 Advokaten; darunter sind 51% Tschechen und Slowaken. Es sind also - meint der Verfasser - um 840 tschechische und slowakische Advokaten zu wenig.

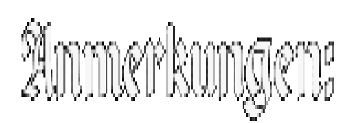
Die Ingenieurkammer, fährt der Verfasser fort, hat insgesamt 1547 Mitglieder, darunter 68% Tschechen und Slowaken, das sind um 2% weniger, als dem Nationalitätenverhältnis entsprechen würde. Böhmen hat 982 Ingenieure, darunter 72% Tschechen. In Mähren-Schlesien gibt es 332 Mitglieder in der Ingenieurkammer, darunter 58% Tschechen und Slowaken. In der Slowakei [157] und in Karpathenrußland gibt es 261 Ingenieure, darunter 64% Tschechen und Slowaken.

Dann macht der Verfasser darauf aufmerksam, daß viele deutsche und magyarische Ärzte, Advokaten und Ingenieure in rein tschechischen und vorwiegend tschechischen Gebieten tätig sind. "Unsere Leute", erklärt er wörtlich, "stellen sich nicht vor, in welche Gefahr wir uns stürzen, wenn wir diesen Zustand noch weiter zu Ungunsten der tschechischen Intelligenz verschlechtern." Der Verfasser verlangt, daß die tschechische Jugend nicht vom Hochschulstudium abgehalten werden soll, und daß die Kammern den tschechischen Adepten den Eintritt in den Beruf nicht erschweren, sondern im Gegenteil das Nationalitätenverhältnis in den Kammern zu Gunsten der Tschechen regulieren sollen.

Von diesem Blickwinkel aus gesehen wird auch der Zweck der Benachteiligung der deutschen Hochschüler an der Prager und Brünner Hochschule klar erkenntlich. Indem man den deutschen Studenten die Studienmöglichkeiten nimmt, auf der anderen Seite durch ausreichende

Stipendien das Studium junger Tschechen fördert, hofft man, das Rechtsanwälte-, Ingenieur- und Ärztegebiet im deutschen Siedlungsraum zu erhalten. Obwohl die deutschen Studenten 25% der gesamten staatlichen Hochschülerzahl erreichen, entfallen auf sie nur 8,91 v. H. der Subventionen. Die Zurücksetzung der deutschen Hochschüler gegenüber den tschechischen kommt in den fast unglaublich erscheinenden Ziffern zum Ausdruck: 91 : 9 ist eine Proportion bei der Zuwendung staatlicher Mittel für die sozialen Zwecke der deutschen Studentenschaft. Wenn man bedenkt, daß das Masaryk-Kolleg in Prag bei 870 Inwohnern 558.000, das Hlavka-Kolleg bei 220 Inwohnern 267.450 und das Svehla-Kolleg bei 287 Inwohnern 150.620 Kc erhalten, so ergibt dies bei diesen drei tschechischen Kollegienhäusern allein, bei 1377 Inwohnern, einen Betrag von 976.000 Kc. Dazu kommt aber noch das Budeckolleg, das bei 250 Inwohnern 200.200 Kc, die studentische Kolonie auf dem Belvedere, die bei 580 Inwohnern 57.000 Kc erhält, so daß der Betrag von - sage und schreibe - 11.000 Kc, der den drei deutschen Studentenheimen mit ihren 860 Inwohnern zugewiesen wird, wie eine Lächerlichkeit anmutet und bei den Studenten begreiflicherweise das Gefühl der tiefsten Zurücksetzung erwecken muß.

So ist denn der Kampf um den Arbeitsplatz in der Tschechoslowakei weniger ein soziales als ein nationales Problem. Die Mittel, die in diesem Kampf von den Tschechen angewendet werden, sind vielgestaltig und lassen sich kaum erschöpfend darstellen. In ihrer Wirkung sind sie aber alle gleich. Sie führen zu einer Verdrängung der Deutschen, und ihre Existenz dient der Tschechisierung des geschlossenen deutschen Siedlungsraumes.



53So gibt es z. B. in dem bekannten sudetendeutschen Radiumkurort Joachimsthal eine staatliche Tabakfabrik, die 1862 als eine Art Notstandsbau erreichtet wurde. Vor dem Kriege lebten in Joachimsthal 2 tschechische Familien. Heute gibt es dort 700 Tschechen, die meist in der Fabrik beschäftigt sind. Bei der letzten Arbeitereinstellung sind 7 Tschechen und 1 Deutscher eingestellt worden. Dabei hat St. Joachimsthal 8000 Deutsche und 700 Tschechen! - In dem zu 95% aus Deutschen bestehenden Bezirk Jägerndorf war der Tabakhauptverlag seit 1894 in der Hand eines deutschen Verlegers. 1935 wurde ihm gekündigt und bei der Notvergebung wurde ein Tscheche aus Prag an seine Stelle gesetzt. (Zeit.)

54In Strobnitz-Brünnl wurde der Postverkehrsdienst bisher von deutschen Ortsansässigen versehen. Dieser Postverkehrsdienst gelangte nun neuerlich zur Vergebung, aber von den 5 deutschen Bewerbern, die ihre finanziellen Forderungen auf das Mindestmaß von jährlich 4800 Kc (etwa RM 480.—) herabsetzten und unter denen sich sogar ein Kriegsinvalide befand, wurde keiner berücksichtigt. Im Juli 1936 trat jedoch ein Tscheche aus einer anderen Gegend den Dienst an und es verlautet, daß er eine höhere Entlohnung erhalte als die deutschen Bewerber verlangt hatten. (S. P. B.)

55Wie es gemacht wird, soll, ein Beispiel für die unzähligen, die folgende Veröffentlichung des Grenzlerblattes Straz Naroda zeigen. Es schrieb Anfangs September 1936: "Dem Stationsamt in W. wurde für einen deutschen Angestellten wiederum ein Deutscher zugeteilt. Die Ortsorganisation der narodni jednota severocescá hatte die entsprechenden Ämter ersucht, nach W. bei Tetschen einen Tschechen zu versetzen. Dieser Herr kam in das Postamt W. und forderte in deutscher Sprache Postwertzeichen. Als er von dem Postbeamten darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er als Staatsbeamter in einem staatlichen Amte tschechisch zu sprechen habe, antwortete er frech:... weitere Briefmarken verlangte er wieder deutsch und provokativ mit deutschem Gruße verließ er das Amt. Wir können diesen Vorfall umso weniger verschmerzen, als hier in dieser vollkommen deutschen Gegend vor kurzem eine tschechische Schule gegründet wurde, welche an Mangel tschechischer Kinder leidet. Als die Orts-Org. der NJS. erfahren hatte, daß eine Stelle frei wird, stellte sie durch die Zentrale der NJS. sofort in Prag das Verlangen, man möge nach W. nur tschechische Angestellte mit schulpflichtigen Kindern versetzen." - Diese Notiz genügt, um dem denunzierten deutschen Beamten die größten Schwierigkeiten zu bereiten.

56Ein typischer Fall, der zugleich die nationale Einstellung der tschechischen Sozialdemokraten zeigt: In Kosten sollte es zur Neubesetzung der erledigten Schuldienerstelle an der deutschen Volksschule kommen. Obwohl deutsche Bewerber, die den gestellten Bedingungen vollauf entsprachen, in großer Zahl vorhanden waren, erhielt die Stelle ein Tscheche. Vergebens wiesen die deutschen Vertreter darauf hin, daß es wohl eine Selbstverständlichkeit sei, an einer deutschen Schule auch einen deutschen Schuldiener anzustellen, der tschechische Bewerber wurde auf Grund seiner Legionärstätigkeit vorgezogen.

An zweiter aussichtsreicher Stelle für die Besetzung des Postens stand ein deutscher Sozialdemokrat, der bisher das Amt des Schuldieners provisorisch zu vollster Zufriedenheit aller ausgeübt hatte. Wer aber nun glaubt, daß wenigstens die tschechischen Sozialdemokraten für ihren deutschen Genossen gestimmt hätten, der irrt sich gründlich; der Großteil der tschechischen Marxisten stimmte für den tschechischen Volksgenossen.

Die deutschen Parteien brachten zwar sofort einen Rekurs ein, begründet damit, daß der neubestellte tschechische Schuldiener wegen Sittlichkeitsdelikten vorbestraft ist, aber vor kurzem kam der Bescheid aus Prag, daß dem Rekurs nicht stattgegeben sei. Wie man hört, hat sich der Postmeister von K., Mitglied der Jednota und der Legionärsgemeinde, persönlich dafür eingesetzt. Die deutschen Parteien legten daraufhin neuerlich Rekurs ein. Der deutsche Sozialdemokrat, der jetzt Kraft "internationaler Solidarität" mit einer Frau und zwei kleinen Kindern vor dem Nichts steht, wird dies seinen Genossen zu danken wissen. (Reichenberger Zeitung vom 24. 4. 1935.) - Vom Verband der deutschen Staatsangestelltenvereinigungen in der CSR. in Aussig, Dr.-Doranth-Str. 10, werden an Bewerber, die um eine Stelle einreichen, Zuschriften gesandt, in denen es in den letzten Zeilen wörtlich heißt: "Es wird aufmerksam gemacht, daß nach den gemachten Erfahrungen diejenigen Bewerber vergeblich einreichen, die der aufgelösten DNSAP. angehörten oder der SdP. als Mitglieder angehören..."

57Sudetendeutsche Wirtschaftskorrespondenz, Folge 6. .

58In den Karpathenländern betrug die ungarische Minderheit etwa 17%, vertreten war sie hier bei der Post mit nur 4,6, bei der Eisenbahn mit 6,4%, in der Staats- und öffentlichen Verwaltung mit 6,3%, in der übrigen öffentlichen Verwaltung (auch Kirche) mit 16,6 und im Schulwesen nur mit 11,9%.

59Als Beispiel für Hunderte: In Einsiedl bei Marienbad wurde ein

Regierungskommissar eingesetzt, der gleichzeitig Obmann des Tschechisierungsvereins "Severocesko jednota" ist. Bei seinem Amtsantritt veröffentlichte der Cesky dennik einen Plan zur Stärkung des "staatserhaltenden" Elementes ebendort. Es wird vorgeschlagen, daß Postdirektion und Gendarmeriekommando nach Einsiedl kinderreiche Angestellte entsenden sollen, damit Schüler für eine tschechische Schule vorhanden seien. Dann wird gefordert, daß die Mineralwasserfirma Lanz und Zajic im benachbarten Orte Grün wenigstens zwei tschechische Familien in ihrem Unternehmen beschäftigen und einen tschechischen Verwalter anstellen soll. In Einsiedl selber könnte ein tschechischer Arzt gut existieren, der gleichzeitig die Zahnpraxis ausüben würde. Es könnte dort auch an Stelle des bisherigen deutschen Arztes ein tschechischer Amtsarzt bestellt werden. Eine tschechische Familie könnte das Gasthaus der Egerer Bierhalle pachten. Die Räumlichkeiten der ehemaligen Brauerei wären wahrscheinlich billig zu kaufen. Dort könnte eine Konservenfabrik eingerichtet werden. In solcher Weise arbeiten die Tschechen in vielen deutschen Orten mit großem Erfolg. - In der Stadt Kratzau erhielten die deutschen Parteien bei der letzten

Wahl 75% aller Stimmen. Als Regierungskommissar wurde der tschechische Forstrat Hanel eingesetzt, der sich in folgender Weise betätigte: Zunächst stellte er ohne jedwede Ausschreibung einen tschechischen Konzeptsbeamten an. Als in der rein deutschen Gemeinde Göllnitz die Trinkwasserquellenfassungen erneuert werden mußten, wurden diese und auch andere Arbeiten an tschechische Firmen vergeben, die nur tschechische Arbeiter beschäftigten. Nicht einmal den Posten eines Austrägers der Lichtrechnungen beim Elektrizitätswerk konnte er einem deutschen Arbeitslosen lassen und ersetzte ihn durch einen Tschechen... (Zeit.)

60Sudetendeutsche Pressebriefe, II. Jahrgang, 27. 1. 1936.

61Sudetendeutschland, Wien, 17. Jahrgang, Februar/Märzfolge 1936. ..

62Ein kleines Beispiel: Am 10. 9. 36 wird in der Prager Zeitung Bohemia aus Komotau gemeldet: "Wie in anderen Gebieten der Republik werden auch bei uns militärische Bauten in Angriff genommen. Die Art und Weise aber, wie dies durchgeführt wird, gibt doch zu Bedenken Anlaß. Es ist vorgekommen, daß der Landwirt früh auf sein Grundstück kam, wo Militärpersonen und Gendarmen bereits eingetroffen waren, ein Stück des Feldes bereits abgesteckt hatten oder im Begriffe waren, es abzustecken, und dem Eigentümer mit dem Bemerken, daß es sich um Arbeiten militärischen Charakters handle, den Zutritt verboten. Der Eigentümer war nicht verständigt worden, ein Enteignungsverfahren überhaupt nicht eingeleitet."

63In Landskron wurden in der dortigen Tabakfabrik zahlreiche Arbeiter wegen ihrer Gesinnung gemaßregelt. Einige Arbeiter, die der aufgelösten Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei angehört hatten, wurden ausgesperrt und zwar auf die Dauer von dreißig, zwölf, neun und sechs Monaten. Einige Frauen, die Mitglieder der völkischen Tabakarbeiter-Gewerkschaft waren, wurden ebenfalls ausgesperrt und zwar auf eine Zeitdauer von 2 Tagen bis 4 Wochen. Da nun die meisten aus Angst, noch schärfer bestraft zu werden, keine Rechtsmittel ergriffen, stehen sie dieser Maßnahme völlig schutzlos gegenüber und wissen nicht, wovon sie in dieser Zeit ihr Leben fristen sollen.

Dieser Vorfall hat grundsätzliche Bedeutung: Arbeiter, denen keine staatsfeindliche Betätigung vorgeworfen wird, ja, auch solche, die nicht einmal politisch tätig waren, sondern nur von dem ihnen zustehenden und verfassungsmäßig gewährleisteten Recht der freien Wahl ihrer Gewerkschaft Gebrauch machten, verlieren nun, wenn auch bloß zeitweise, Arbeit und Brot. Die Front, 16. 5. 1936. ..

64Das Ceske slovo brachte nach einer Meldung der Rumburger Zeitung vom 31. 1. 1935 eine Notiz, daß von einer bedeutenden Anzahl länger dienender Unteroffiziere, die sich zum Eintritt in die Gendarmerie gemeldet hatten, nur ein ganz geringer Hundertsatz aufgenommen wurde. Die Zurückgewiesenen erhielten den ablehnenden Bescheid mit oft merkwürdigen Begründungen. So wurde dem einen abgelehnten Gesuchsteller vorgehalten, daß er eine angehende Glatze habe, während wieder bei einem anderen die schlechten Zähne bemängelt wurden. Das Höchste leistete sich die hier zuständige Amtsstelle mit der Begründung, der Bewerber sei abzulehnen, weil seine Base eine Deutsche sei. - Die Deutsche Landpost vom 14. 2. 1935 meldet: "In Nr. 3 der tschechischen tierärztlichen Fachschrift Obzor ist auf Seite 60 der Konkurs für die Besetzung des Postens des Verwalters des Markt- und Veterinärwesens in Znaim ausgeschrieben. Der Schlußsatz des 3. Absatzes lautet: Bewerber tschechischer Nationalität mit längerer Praxis bei einer Selbstverwaltung oder im Staatsdienste werden bevorzugt." In den Staatsdienst wurden seit dem Umsturze zur Aufrechterhaltung des Standes von 53 Veterinären in Mähren und Schlesien bis heute 16 Veterinäre aufgenommen, durchwegs Angehörige der tschechischen Nationalität. Freilich entzieht sich die Staatsverwaltung jeder Beurteilung der Qualität der Bewerber, da bisher kein einziger Posten ausgeschrieben, sondern ganz einfach in kurzem Wege besetzt wurde. Wenn schon in einer Stadt wie Znaim Bewerbern tschechischer Nationalität ganz offen der Vorzug vor anderen Bewerbern zugesagt wird, wo sollen dann deutsche Anwärter eine Anstellung suchen?

65In einem Aussiger Großbetrieb (Chemische Fabrik), der auf Betreiben tschechischer Grenzorganisationen einen tschechischen Personalreferenten erhielt, wurde, wie die Sudetendeutsche Tageszeitung vom 3. 2. 1935 meldet, vor einiger Zeit das Gerücht ausgestreut, daß demnächst alle deutschen Arbeiter entlassen würden. Die Arbeiterschaft maß vorerst diesen Gerüchten keine Bedeutung bei. Kurz darauf wurden jedem Arbeiter und Angestellten des Werkes beim Verlassen der Fabrik Zettel überreicht, auf denen sie angeben mußten, zu welcher Nationalität sie sich bekennen. Nun war es für die meisten Arbeiter klar, zu welchem Zwecke vorher die Gerüchte über die Entlassung deutscher Arbeiter ausgestreut worden waren. Daraufhin haben zahlreiche deutsche Arbeiter aus Sorge um ihr Brot sich als Tschechen bekannt, obwohl sie kein Wort Tschechisch verstehen. An diesem Beispiel erweist es sich, welche Methoden angewendet werden, um die Bestimmungen des Terrorgesetzes zu Entnationalisierungszwecken zu umgehen. Es werden Gerüchte ausgestreut, deren Quelle unkontrollierbar bleibt, dann werden Erhebungen über die Nationalität veranstaltet, obwohl die Nationalität der Arbeiter längst in den Werkskartotheken festgehalten ist.

66In Wolfsdorf bei Müglitz wurde die neugegründete Papierfabrik, deren

Besitzerin die "Lukawetzer Papierfabrik in Prag G. m. b. H. (vormals Aron)" ist, in Betrieb gesetzt und deutsche und tschechische Arbeitskräfte aufgenommen. Mit der Tatsache, daß selbstverständlich auch deutsche Arbeiter bei der Aufnahme berücksichtigt wurden, kann sich die Narodni Jednota nicht abfinden. Sie protestierte dagegen und erklärte, daß überall im Staate, wo und in welchem Unternehmen es auch sei, unbedingt der tschechische Arbeiter gegenüber dem deutschen Arbeiter den Vorzug erhalten müsse. Die Firma hätte deshalb erst alle tschechischen Arbeiter berücksichtigen müssen, bevor sie auch deutsche aufnahm. ..



[158]

III. Die Verdrängung von Arbeitsplatz und Scholle

2. Die deutschen Bodenverluste durch die tschechoslowakische Bodenreform

In fast allen europäischen Staaten, die Versailles und St. Germain ihre Entstehung oder Vergrößerung zu verdanken haben, wurde nach dem Friedensschluß eine Neuverteilung der Besitzverhältnisse an Grund und Boden vorgenommen. **Es ist eine charakteristische Erscheinung der Bodenreformen in all diesen Staaten, daß sie zwar als eine für die Innenkolonisation und zur Neubildung landwirtschaftlicher Betriebe notwendig gewordene soziale und wirtschaftliche Maßnahme deklariert wurden, sich aber überall als eine gesetzlich sanktionierte Enteignung landwirtschaftlichen Siedlungsbodens der fremdnationalen Volksgruppen in den neuen "Nationalstaaten" entpuppten.**

Wie es das Streben der Tschechen war, in den Besitz der sudetendeutschen Industrie zu gelangen, so war es in gleichem Maße ihr Sinnen und Trachten, in den Besitz sudetendeutschen Grundes und Bodens zu kommen. Schon

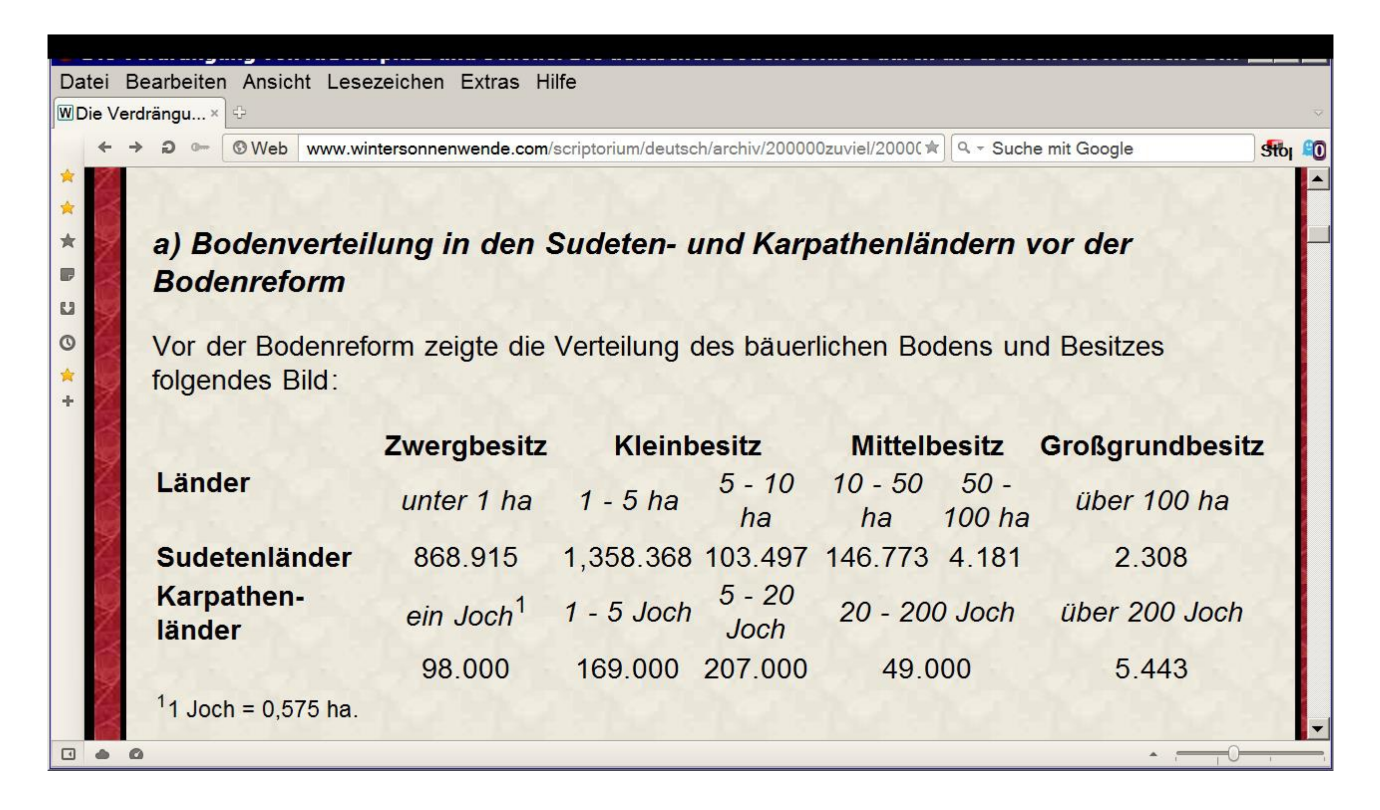
seit Jahrzehnten wurde von den Tschechisierungsvereinen der Ankauf deutschen landwirtschaftlichen Bodens systematisch betrieben, vornehmlich an der Sprachengrenze.

Der eigene Staat bot den Tschechen nunmehr die Möglichkeit, die Machtmittel des Staates in den Kampf um den Siedlungsraum zu stellen. Durch das Bodenbeschlagnahmegesetz vom 16. April 1919 wurde der Raub an fremdem nationalen Boden sanktioniert. Die tschechoslowakische Bodenreform gehört nach der bolschewistischen Bodenverteilung zu den einschneidendsten Eingriffen in das Privateigentum. Jeder über 150 ha große landwirtschaftliche Besitz und jeder über 250 ha große land- und forstwirtschaftliche Besitz wurde beschlagnahmt und zur Aufteilung bestimmt. Die bisherigen Besitzer hatten lediglich Anspruch auf land- und forstwirtschaftlichen Besitz in dem eben angegebenen Umfang von 150 bzw. 250 ha. Für den übernommenen beschlagnahmten Besitz wurde eine Entschädigung gezahlt, die den Bodendurchschnittspreisen der Jahre 1913 bis 1915 entspricht, wobei jedoch eine Aufwertung gesetzlich verboten wurde. Außerdem erhielten die Besitzer nur einen Teil der Entschädigungssumme bar ausgezahlt. Der größte Teil wurde ihnen in Staatspapieren überreicht. Als Bewerber für den aufzuteilenden Boden kamen in erster Linie der Staat, der das alleinige Anforderungsrecht hatte, in Frage, ferner physische Personen, unter denen die tschechischen Legionäre den Vorzug hatten.

Schon diese beiden Bestimmungen zeigen die Tendenz der Bodenreform und Wälderverstaatlichung. Durch die Bestimmung des Gesetzes, daß der Boden von Personen, welche "während des Krieges eine feindliche Haltung gegen das tschechische Volk" eingenommen hätten, ohne Entschädigung enteignet werden [159] könnte, beweist klipp und klar, daß es sich hier entgegen den Amnestiebestimmungen des Friedensvertrages um einen Racheakt handelt und damit eine planmäßige Entgüterung der nichttschechischen Volksgruppen durchgeführt werden sollte. Die Motivenberichte und die von den tschechischen Politikern gehaltenen Reden widerlegen die tschechischen Versicherungen, dem Völkerbund und der europäischen Öffentlichkeit gegenüber, daß die Bodenreform eine unpolitische, rein soziale Maßnahme darstellt. Der Generalreferent über das Gesetz, der tschechische Abg. Binovec, tschechischer Sozialdemokrat, hat in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. April 1920 ausdrücklich bemerkt, die Bodenreform sei ein Akt "der Wiedergutmachung des Unrechts und der Sünden, die der Adel in der Schlacht am Weißen Berg an unserer Nation begangen hatte". Auf dem Parteitag der tschechischen Nationaldemokraten vom 27. III. 1922 begründete das Mitglied des Verwaltungsausschusses des Bodenamtes K. Kral die Bodenreform damit, daß der Boden überführt werden müsse, "in die Hände von der Nation und dem Staat treuen Leuten..... und damit das Unrecht wieder gut gemacht werde, das die Premysliden dadurch begangen haben, daß sie den deutschen Kolonisten Grund und Boden gaben

und insbesondere durch die grausame Konfiskation nach der Schlacht am Weißen Berge....".67

Und so ließen sich eine Reihe von Aussprüchen maßgebender tschechischer Politiker, aber auch Funktionäre des staatlichen Bodenamtes, die für eine unparteiische und tendenzlose Durchführung der Bodenreform sorgen sollten, anführen, die unumwunden zugeben, daß es den Tschechen bei der Durchführung der Bodenreform weniger darum ging, eine soziale Reform, sondern vielmehr eine nationale Aktion durchzuführen.



a) Bodenverteilung in den Sudeten- und Karpathenländern vor der Bodenreform

Vor der Bodenreform zeigte die Verteilung des bäuerlichen Bodens und Besitzes folgendes Bild:

Länder	Zwergbesitz	Kleinbesitz		Mittelbesitz		Großgrundbesitz
	unter 1 ha	*1 - 5 ha*	*5 - 10 ha*	*10 - 50 ha*	*50 - 100 ha*	*über 100 ha*
Sudetenländer	868.915	1,358.368	103.497	146.773	4.181	2.308
Karpathen-länder	*ein Joch*[1]	*1 - 5 Joch*	*5 - 20 Joch*	*20 - 200 Joch*		*über 200 Joch*
	98.000	169.000	207.000	49.000		5.443

[1] 1 Joch = 0,575 ha.

[160] Der bäuerliche Besitz in den Sudetenländern umfaßte eine Fläche von 2,521.734 ha oder 21,4% der Gesamtfläche dieser Länder. Dagegen betrug der Anteil des Großgrundbesitzes an der Gesamtfläche dieser Länder 2,688.403 ha oder 36,99%. Diese Bodenverteilung ließ bereits vor dem Kriege auf deutscher und tschechischer Seite die Rufe nach einer Verkleinerung des Großgrundbesitzes und Aufteilung des Bodens an Neusiedler oder Kleinbauern laut werden, wodurch man der Landknappheit für die Neubildung bäuerlicher Betriebe und der dadurch zum Teil bedingten Landflucht zu steuern hoffte.

In den Karpathenländern war das Verhältnis zwischen bäuerlichem und Großgrundbesitz noch krasser. Hier befanden sich 4,467.983 Joch Grund und Boden in den Händen des Großgrundbesitzes und nur 522.000 Joch in bäuerlichem Besitz. Betrug der Anteil des Großgrundbesitzes an bebaubarem Boden 16% der Gesamtfläche der Sudetenländer, so war der Hundertsatz in den Karpathenländern 28. Die angeführten Zahlen zeigen zur Genüge die Reformbedürftigkeit der Bodenverteilung, die hier eine starke

agrarkommunistische Bewegung ausgelöst hatte.

Die Notwendigkeit einer Bodenreform in den Sudeten- und Karpathenländern war also durchaus gegeben. Die Forderung nach Freigabe von Grund und Boden, die bei aller Anerkennung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Notwendigkeit des Großgrundbesitzes für die Sicherstellung der Ernährung für die gesamte Staatsbevölkerung erfolgte, war daher nicht gegen den Großgrundbesitz als solchen gerichtet, sondern erfolgte aus sozialen und volkspolitischen Gründen und wurde von einzelnen Großgrundbesitzern auch als berechtigt anerkannt und erfüllt. Eine großzügige Lösung dieses notwendigen Bodenproblems scheiterte im alten Österreich-Ungarn aber an dem Widerstand des Großteils des Adels und des Klerus. Wenn nun der neue Staat in Revolutionszeiten von sich aus die Initiative ergriff, um bei völliger Achtung des nationalen Besitzstandes eine neue Regelung der Bodenbesitzverhältnisse herbeizuführen, die, wie er angab, die Riesenlatifundien auf ein Höchstmaß beschränken, die Neubildung bäuerlicher Betriebe ermöglichen und die Innenkolonisation fördern sollte, wobei die früheren Bodenbesitzer nach dem Bodenwert entschädigt worden wären, so nahm er fürwahr Anlauf zu einer großen wirtschaftlichen und sozialen Tat, die für andere Staaten hätte beispielgebend wirken können.

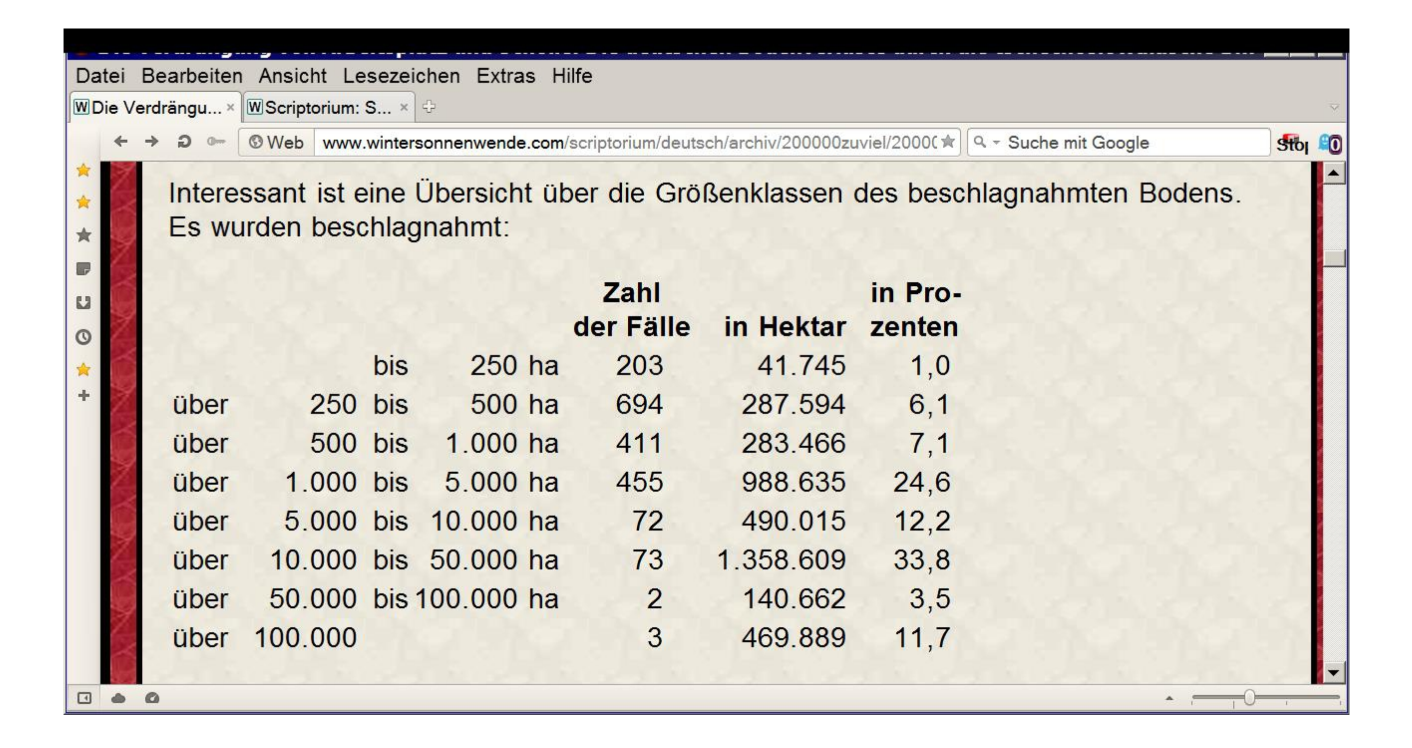
Die tschechoslowakische Bodenreform aber erfolgte weder aus wirtschaftlichen, noch aus sozialen Gründen, sondern einzig und allein aus nationalpolitischen. Sie war von vornherein als nichts anderes als eine vom Staat legalisierte gewaltsame Entgüterung der nationalen Volksgruppen gedacht und durchgeführt.

Zusammenfassend läßt sich demnach sagen, daß die Bodenreform in erster Linie darauf abzielte, **den geschlossenen deutschen und magyarischen Siedlungsraum mit Tschechen und Slowaken zu durchsetzen.**

[161] b) Die Durchführung der Bodenreform

Die nachstehende Gesamtübersicht zeigt die Ausmaße des beschlagnahmten und neuverteilten Bodens bei Auflassung des Bodenamtes am 1. Mai 1935:

	Landwirtschaftl. Boden in Hektar	Proz.	Sonstiger Boden in Hektar	Proz.	Insgesamt in Hektar	Proz.
Gesamt-Bodenausmaß d. Staates	7,544.486	100	6,491.887	100	14,036.367	100
Nicht beschlagnahmt waren	6,234.442	82,6	3,742.080	57,6	9,976.522	71,1
Der Bodenreform zur Verfügung standen (beschlagnahmt waren)	1,310.183	17,4	2,750.432	42,4	4,060.615	28,9
Hiervon kamen in Wegfall:						
1. Ins Eigentum der Neuerwerber überführt:	841.600	11,2	911.757	14,1	1,753.357	28,9
2. Den bisherigen Eigentümern aus der Beschlagnahme entlassen:	402.660	5,3	1,222.534	18,8	1,625.194	11,6
Insgesamt:	1,244.260	---	2,134.291	---	3,378.551	---
Es stehen weiter noch für Zwecke der Bodenreform zur Verfügung:	65.923	0,9	616.141	9,5	682.064	4,9



Datei Bearbeiten Ansicht Lesezeichen Extras Hilfe
Die Verdrängu... Scriptorium: S...
Web www.wintersonnenwende.com/scriptorium/deutsch/archiv/200000zuviel/2000(Suche mit Google

Interessant ist eine Übersicht über die Größenklassen des beschlagnahmten Bodens. Es wurden beschlagnahmt:

	Zahl der Fälle	in Hektar	in Prozenten
bis 250 ha	203	41.745	1,0
über 250 bis 500 ha	694	287.594	6,1
über 500 bis 1.000 ha	411	283.466	7,1
über 1.000 bis 5.000 ha	455	988.635	24,6
über 5.000 bis 10.000 ha	72	490.015	12,2
über 10.000 bis 50.000 ha	73	1.358.609	33,8
über 50.000 bis 100.000 ha	2	140.662	3,5
über 100.000	3	469.889	11,7

Datei Bearbeiten Ansicht Lesezeichen Extras Hilfe

Die Verdrängu... × Scriptorium: S... ×

Web www.wintersonnenwende.com/scriptorium/deutsch/archiv/200000zuviel/2000(Suche mit Google

Ein Vergleich der Größenklassen des beschlagnahmten Bodens unter den Ländern des Staates ergibt dieses Bild:

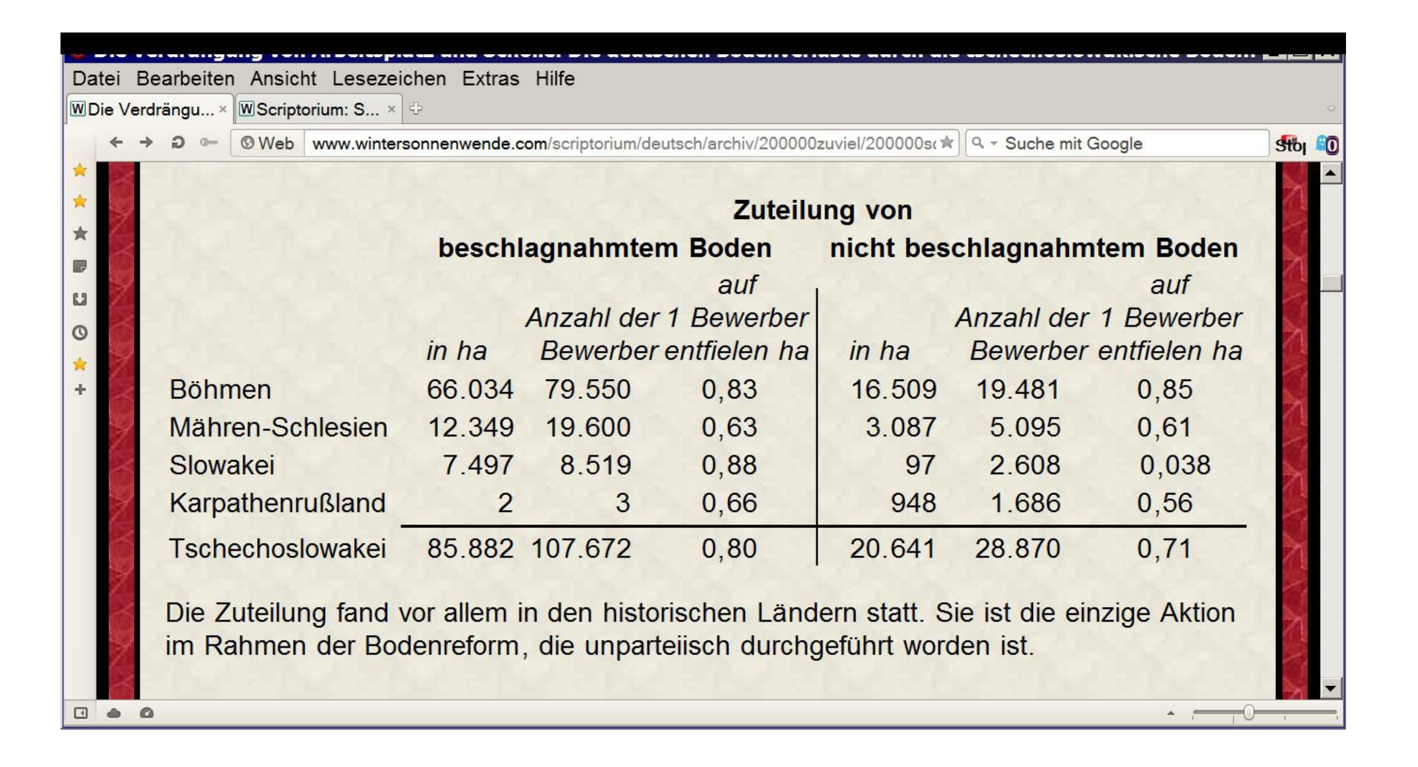
		in Fällen	Hektar
Bis 250 Hektar wurden beschlagnahmt in:	Böhmen	71	12.646
	Mähren-Schlesien	29	4.336
	Slowakei	119	24.069
	Karpathenrußland	16	2.428
		in Fällen	Hektar
[162] **Von über 250 bis 1000 Hektar** wurden beschlagnahmt in:	Böhmen	331	155.964
	Mähren-Schlesien	122	62.975
	Slowakei	611	287.899
	Karpathenrußland	67	31.329
		in Fällen	Hektar
Von über 1000 bis 50.000 Hektar wurden beschlagnahmt in:	Böhmen	217	1,206.291
	Mähren-Schlesien	132	594.644
	Slowakei	250	1,101.088
	Karpathenrußland	20	71.881
		in Fällen	Hektar
Über 50.000 Hektar wurden beschlagnahmt in:	Böhmen	2	233.727
	Mähren-Schlesien	1	125.991
	Slowakei	1	83.079
	Karpathenrußland	1	133.270

Nahezu 56 Prozent des gesamten in Karpathenrußland beschlagnahmten Bodens umfassen diese 133.270 Hektar!

Bei der Durchführung der Bodenreform sind mehrere Aktionen zu unterscheiden:

1. Die Zuteilung an langjährige Kleinpächter.

Diese Zuteilung erfolgte mit vollständiger Ausschaltung des Staatsbodenamtes durch die Bezirksgerichte. Die Zuteilungsform war jedoch nicht bloß auf die Pächter beschlagnahmten Bodens beschränkt, sie wurde auch auf beschlagnahmefreien Besitz, und zwar auf Staats-, Kirchen-, Stiftungs- und landtäflichen Besitz ausgedehnt. Die Aktion ist seit Jahren beendet, die Ergebnisse sind unabänderlich.



	Zuteilung von beschlagnahmtem Boden			Zuteilung von nicht beschlagnahmtem Boden		
	in ha	*Anzahl der Bewerber*	*auf 1 Bewerber entfielen ha*	*in ha*	*Anzahl der Bewerber*	*auf 1 Bewerber entfielen ha*
Böhmen	66.034	79.550	0,83	16.509	19.481	0,85
Mähren-Schlesien	12.349	19.600	0,63	3.087	5.095	0,61
Slowakei	7.497	8.519	0,88	97	2.608	0,038
Karpathenrußland	2	3	0,66	948	1.686	0,56
Tschechoslowakei	85.882	107.672	0,80	20.641	28.870	0,71

Die Zuteilung fand vor allem in den historischen Ländern statt. Sie ist die einzige Aktion im Rahmen der Bodenreform, die unparteiisch durchgeführt worden ist.

[163] **2. Die Bauaktion.**

Die Unterstützung der Bautätigkeit durch Bereitstellung billigen, beschlagnahmten, zu Bauzwecken geeigneten Baugrundes erfolgte teils durch das ordentliche Zuteilungsverfahren, teils wurde durch ein eigenes abgekürztes Verfahren die Übernahme geeigneter Flächen ermöglicht. Das Gesamtergebnis gibt nachfolgende Tabelle wieder:

	Anzahl der Bauführer	*Zugeteilt wurden in ha*	*Auf 1 Bauführer entfallen ha*
Böhmen	37.102	6.375	0,17
Mähren-Schlesien	15.769	3.161	0,20
Slowakei	22.824	5.015	0,22

3. Die zerstreut liegenden Parzellen.

Auch hier wurde beschlagnahmter Grundbesitz in einem abgekürzten Verfahren den Bewerbern ins Eigentum übertragen. In Betracht kamen jedoch nur abgesplitterte Feldparzellen, die mit den Hofgrundstücken in keinem Zusammenhang standen. Zu erwähnen ist noch, daß diese Zuteilungsform nur in Böhmen, Mähren und Schlesien angewandt wurde.

	Anzahl der Bewerber	*Ausmaß in ha*	*Auf 1 Bauführer entfielen ha*
Böhmen	16.333	8.766	0,54
Mähren und Schlesien	1.255	536	0,43
Tschechoslowakei	17.588	9.302	0,53

4. Die Innenkolonisation.

Das Ergebnis der Innenkolonisation ist:

	Böhmen	*Mähren und Schlesien*	*Slowakei*	*Karpathen-rußland*	*Tschecho-slowakei*
Errichtete Siedlungen	390	191	2.054	222	2.857
Zugeteiltes Ausmaß in ha	5.739	2.319	22.473	3.013	33.544
Den neugegründeten Gemeinden wurden als Gemeindebesitz zugeteilt in ha	---	---	2.057	454	2.511
Gesamtausmaß des kol. Bodens in ha	5.739	2.319	24.530	3.467	36.055
Durchschnittliche Größe einer Kolonie in ha	14,7	12,1	10,9	13,6	11,7

[164] Wirtschaftlich genommen ist die Innenkolonisation eigentlich das Ergebnis, das man von der Bodenreform erwartet hatte. Sie bringt die notwendige Stärkung des mittleren Bauernstandes, der Stütze des Staates und der Landwirtschaft. Die technischen Fehler, vor allem aber die ausschließlich nationale Zielsetzung der tschechoslowakischen Kolonisation, das Sprach- und Siedlungsgebiet der nichttschechischen Volksgruppen mit Hilfe von tschechischen und slowakischen Siedlern zu durchsetzen, haben dazu geführt, daß die Innensiedlung auf das heftigste umkämpft wurde. Diese Zielsetzung hatte zur Folge, daß auf die fachlichen Kenntnisse der Bewerber wenig Gewicht gelegt wurde, ein Umstand, der das Ergebnis zeitigte, daß die Kolonisation praktisch versagt hat. Es sei nur erwähnt, daß die Kolonisten ausschließlich der tschechischen und slowakischen Nation - unter ihnen auch Auswanderer - angehören und daß die Siedlungen mit Ausnahme zweier nur im deutschen und ungarischen Siedlungsgebiete errichtet worden sind.68

So wurden z. B. in Weigersdorf und Hohenstadt Auslandtschechen (aus Polen) angesiedelt. Hier wählten die Ausländer sogar gesetzwidrig bei den Gemeindewahlen 1923 mit. Auf die beim Obersten Gericht erhobene Beschwerde wurde die Ungesetzlichkeit des Vorganges anerkannt, aber das unrechtmäßig errungene Mandat verblieb den Tschechen.69

5. Die Bildung von Restgütern.

Die Restgüter haben die Aufgabe, das vorhandene Gebäudekapital der aufzuteilenden Meierhöfe zu verwerten und kleinere Großbetriebe zu

schaffen. In manchen Fällen ermöglichten sie, durch Tausch nicht beschlagnahmten Boden zur Aufteilung zu gewinnen.

Insgesamt wurden 1972 Restgüter gebildet, die an 1762 Bewerber zugeteilt wurden. Das Ausmaß beträgt 170.993 ha landwirtschaftlichen Bodens und 25.912 ha sonstigen Bodens, insgesamt 196.905 ha. Auf ein Restgut entfallen durchschnittlich 86,7 ha landwirtschaftlichen Bodens und 99,8 ha insgesamt. Die dem Staate und die im Minderheitensiedlungsgebiete den Tschechen zugeteilten Restgüter sind jedoch als geschlossene Wirtschaftseinheiten erhalten geblieben (Durchschnittsgröße zirka 180 ha landwirtschaftlichen Bodens), so daß die oben errechnete durchschnittliche Größe der übrigen Restgüter [165] eine beträchtliche Herabsetzung erfahren muß. Auch bei den übrigen Restgütern tritt, verstärkt durch die mangelhafte Auswahl der Bewerber, die Landwirtschaftskrise in vollem Umfange zutage. Nur die gesetzlichen Bedingungen (zu jeder, selbst exekutiven Übertragung muß die Zustimmung des Bodenamtes eingeholt werden) haben es vielfach verhindert, daß die Restgüter ihren Eigentümer gewechselt haben. Trotzdem hat eine nicht unbeträchtliche Anzahl bereits den zweiten, ja vielleicht schon den dritten vom Bodenamt genehmigten Eigentümer. 96 Restgüter hat der Staat erhalten, die Länder 19, Bezirke und Gemeinden 60, Landeskulturräte 8, Genossenschaften 101 und sonstige juristische Personen 88. Von den physischen Personen haben die durch die Bodenreform geschädigten Pächter, Beamten und Angestellten 974 Restgüter erhalten, während 624 Restgüter sonstigen Bewerbern, unter ihnen Großkaufleuten, Staatsbeamten, Lehrern, Advokaten, Abgeordneten sowie deren Verwandten zugeteilt wurden.

Die politisierte Durchführung der Reform, die Massenbefriedigung der Wähler haben dazu geführt, daß die Bildung der Restgüter vielfach unwirtschaftlich erfolgte. Bei sehr vielen Restgütern ist das Gebäudekapital viel zu groß, indem kaum ein Drittel der ursprünglichen Hoffelder belassen sind, überdies wurden vielfach die entlegensten Felder den Restgütern zugeteilt.

6. Die Abverkäufe nach § 7 des Beschlagnahmegesetzes.

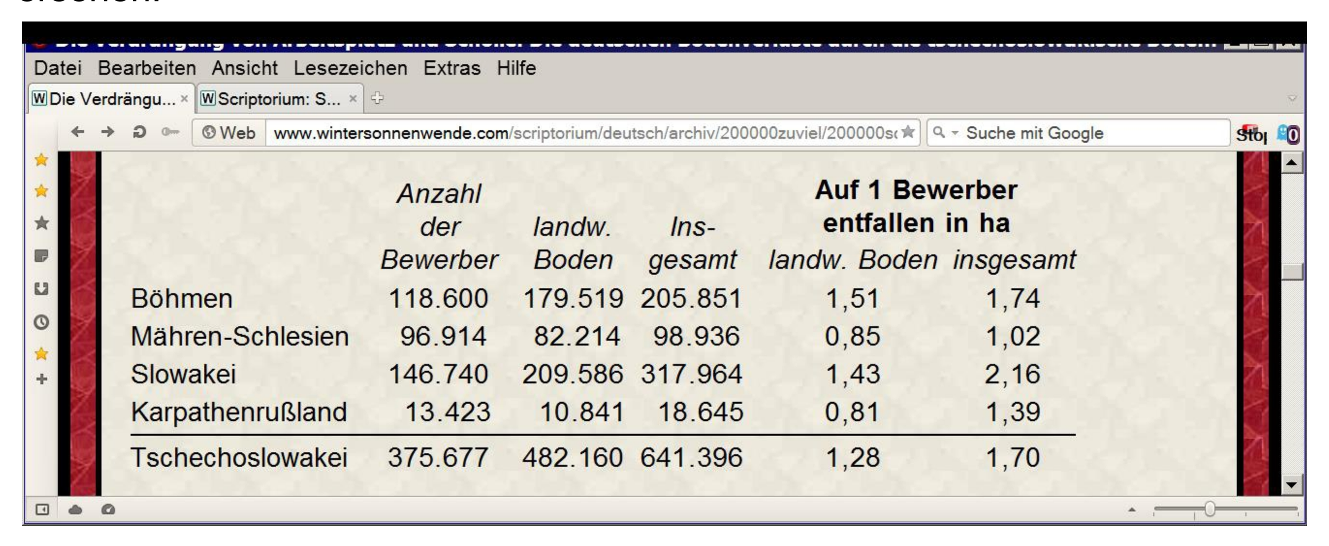
Der Abverkauf beschlagnahmten Bodens unterliegt der Genehmigung des Staatsbodenamtes, das auch die Käufer bestimmt. Insgesamt wurden 1433 Objekte mit einem Ausmaß von 28.573 ha landwirtschaftlichen Bodens und 560.218 ha sonstigen Bodens, insgesamt 588.701 ha an 1353 Bewerber verkauft.

Die Erwerber sind der Staat mit 114 Liegenschaften, die Länder mit 5, Gemeinden und Bezirke mit 654, Genossenschaften und Verbände von

Gemeinden mit 16, Genossenschaften mit 446, Urbarialisten mit 44, sonstige juristische Personen mit 40, durch die Bodenreform geschädigte Beamte und Pächter mit 5 und sonstige Bewerber mit 175 Liegenschaften. Die Zuteilungen an die Gemeinden umfassen mit wenigen Ausnahmen nur einige wenige Hektar, desgleichen die an die Urbarialisten. Unter den sonstigen Bewerbern verbergen sich wiederum Anwälte, Privatpersonen usw.

7. Die Kleinzuteilung.

Sie umfaßt mehr als 51,43 Prozent des aufgeteilten landwirtschaftlichen Bodens. Sie ist nicht nur wegen des bedeutenden Ausmaßes die wichtigste Aktion, sondern im Wege der Kleinzuteilung sollte doch eine systematische [166] Neuregelung und Verbesserung der Besitzverhältnisse verwirklicht werden. Das Ergebnis der Kleinzuteilung ist aus folgender Tabelle zu ersehen:



	Anzahl der Bewerber	landw. Boden	Ins-gesamt	Auf 1 Bewerber entfallen in ha landw. Boden	insgesamt
Böhmen	118.600	179.519	205.851	1,51	1,74
Mähren-Schlesien	96.914	82.214	98.936	0,85	1,02
Slowakei	146.740	209.586	317.964	1,43	2,16
Karpathenrußland	13.423	10.841	18.645	0,81	1,39
Tschechoslowakei	375.677	482.160	641.396	1,28	1,70

Nach Durchführung der Bodenreform war der Anteil des Großgrundbesitzes an der Bodenfläche von 22 v. H. auf 5,3% der organisierten landwirtschaftlichen Bodenfläche herabgesunken. Es ist festgestellt worden, daß der den alten Eigentümern belassene landwirtschaftliche Boden Zubehör der Forstwirtschaft und Industrie bildet, so daß kaum 3% des ehemalig vom Großgrundbesitz bebauten landwirtschaftlichen Bodens in seinem Besitz verblieben sind. Insgesamt sind 90 v. H. des landwirtschaftlichen Bodens des Großgrundbesitzes neu verteilt worden. Der Forderung nach Enteignung des Großgrundbesitzes ist fast restlos Rechnung getragen worden.

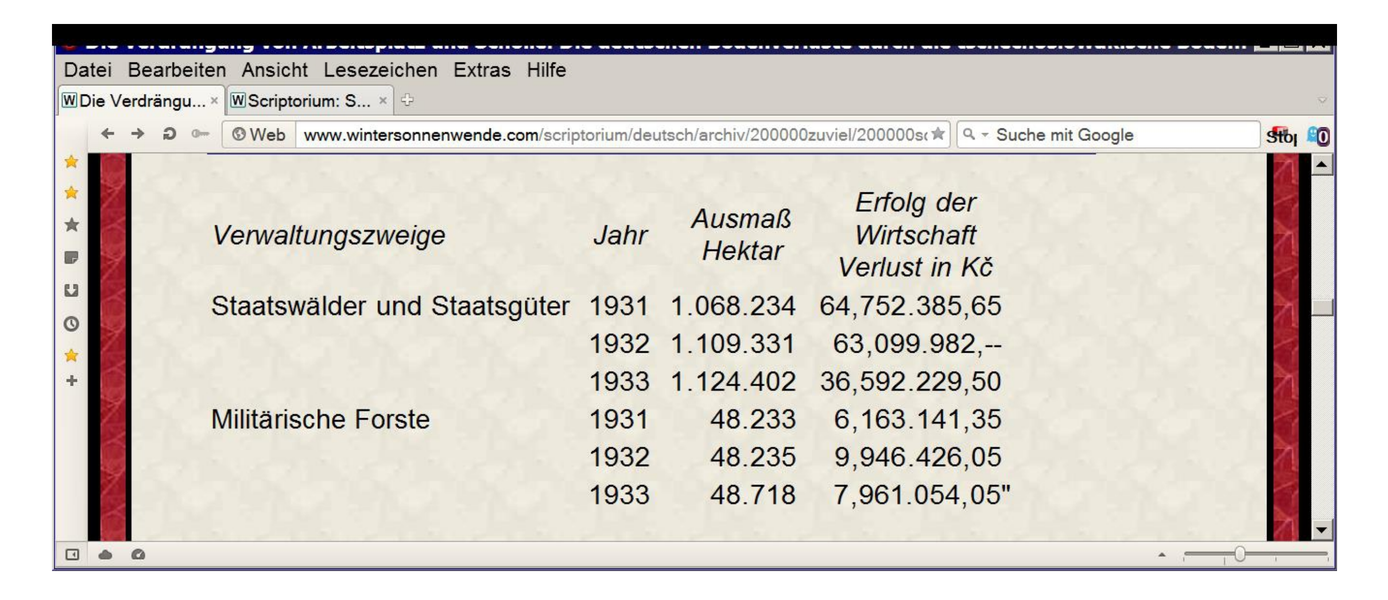
c) Die Auswirkung der Bodenreform

1. Wirtschaftlich.

Eine genaue Untersuchung der Besitzveränderungen der agrarischen Bodenfläche zeigt, daß die sogenannte Bodenreform und Enteignung des

Großgrundbesitzes in der Praxis sich als eine "Besitzreform" darstellt und daß sie eigentlich zu einer Latifundienbildung geführt hat. Nach einer interessanten Studie Georg Schlögls in dem Prager Regierungsorgan Deutsche Landpost70 stieg die Großzuteilung von landwirtschaftlicher Nutzfläche von Jahr zu Jahr. Ende 1934 betrug sie bereits 943.592 Hektar oder 53,8% gegenüber der kleinen Zuteilung von 809.764 Hektar oder 46,2%. Diese Zahlen zeigen in aller Deutlichkeit den Charakter einer "Besitzreform" der tschechoslowakischen "Agrarrevolution". Heute zeichnen für die Bewirtschaftung der Nutzflächen des Großgrundbesitzes nicht mehr Einzelpersonen, sie sind aus vererbtem Familienbesitz in den Besitz von Staat, Parteigenossenschaften und Kapitalskonzernen übergegangen, werden zentral und unpersönlich verwaltet und werden zu Latifundien im wahrhaften Sinne des Wortes zusammengezogen. Für die Wirtschaft auf dem staatlichen Boden gibt Georg Schlögl folgende interessante Zahlen an:

[167] "Die Tschechoslowakei hat ihren vom alten Österreich und ehemaligen Herrscherhaus übernommenen Boden von 713.384 Hektar mit Hilfe der Bodenreform beinahe auf das Doppelte vermehrt. Heute bewirtschaftet der Staat gegen 1,4 Millionen Hektar Boden, also fast ein Zehntel der 140.493 Quadratkilometer Bodenfläche der ganzen Republik. Von der 4,662.700 Hektar messenden Waldbodenfläche ist mehr als ein Viertel in staatlicher Bewirtschaftung. Der größte Staatsbetrieb, »die Staatsforste und Güter«, untersteht dem Landwirtschaftsministerium und verwaltet allein 1,157.280 Hektar und außerdem noch 31.105 Hektar Stiftungsgüter. Zum Betrieb gehören 44 Sägen, 3 Zuckerfabriken, 3 Molkereien, 8 Bierbrauereien, 13 Brennereien, 1 Bergwerk, 1 Faßbinderei, 11 Ziegeleien, 1 Glasfabrik, insgesamt 11.350 Wohn- und Wirtschaftsgebäude aller Art. Außerdem ist dieser Staatsbetrieb an Aktiengesellschaften und verschiedenen wirtschaftlichen Institutionen beteiligt. Der Bilanzwert dieser Beteiligungen betrug zum 31. Dezember 1933 insgesamt 63,037.397,95 Kc. Der übrige staatlich bewirtschaftete Boden im Ausmaße von mehr als 200.000 Hektar verteilt sich auf verschiedene Ministerien und staatliche Anstalten, so unterstehen die militärischen forstlichen Betriebe im Ausmaße von 48.718 Hektar dem Verteidigungsministerium, ein Teil der Schulgüter dem Unterrichtsministerium, ein anderer Teil der Schulgüter und Versuchsanstalten dem Landwirtschaftsministerium. Auch der Besitz des Kapital-Konzerns Latorcia im Ausmaße von 115.000 Hektar, an welchem der Staat beteiligt ist und der nach dem Jahre 1967 an den Staat zurückfallen soll, gehört hierher, ebenso die vom Bodenamte vorübergehend verwalteten Bodenflächen. Nach den Staatsrechnungsabschlüssen lassen sich nur die Betriebsergebnisse der staatlichen Bodenbewirtschaftung für die »Staatswälder und Staatsgüter« und die militärischen Forste feststellen. Nachstehend wird der Erfolg für diese 1,2 Millionen Hektar messenden Flächen für die letzten drei Jahre angeführt:



Verwaltungszweige	*Jahr*	*Ausmaß Hektar*	*Erfolg der Wirtschaft Verlust in Kč*
Staatswälder und Staatsgüter	1931	1.068.234	64,752.385,65
	1932	1.109.331	63,099.982,--
	1933	1.124.402	36,592.229,50
Militärische Forste	1931	48.233	6,163.141,35
	1932	48.235	9,946.426,05
	1933	48.718	7,961.054,05"

Zum Schluß seiner interessanten Darlegung erklärte Georg Schlögl: "200.000 Menschen mehr müßten Arbeit, Brot und Obdach auf den Staatslatifundien haben, dann könnte einigermaßen die Tatsache entschuldigt werden, daß auf die Wirtschaft des staatlich bewirtschafteten Bodens in den letzten [168] drei Jahren hunderte Millionen aus Steuergeldern zugeschossen wurden. So belasten aber den Staat auch noch die Millionen, welche Jahr für Jahr als Arbeitslosenunterstützung für diejenigen ausgegeben werden müssen, welche von den Staatslatifundien vom Boden und von der Arbeit ausgesperrt werden. Es ist widersinnig, dafür nur die Holzabsatzkrise verantwortlich zu machen, da auf 1,4 Millionen Hektar Boden, auch wenn er vorwiegend Waldboden ist, auch andere Arbeits- und Lebensmöglichkeiten sein müssen, als die Holzerzeugung. Der arbeitende Mensch drang einst mit einfachem Rüst- und Werkzeug in den Urwald, in Moor und Sumpf und schuf sich nur durch Arbeit neue Lebensmöglichkeiten und eine Heimat, aus der er nun von der Wirtschaft der Staatslatifundien wieder verdrängt wird.["]



[168] Diese arbeitswillige Jugend will schaffen, will die entnervende Arbeitslosigkeit, an der sie keine Schuld trägt, überwinden. Hier wird der Kommunismus keinen

dankbaren Boden finden.

[169] Von den vielen Beispielen über die Auswirkung der Bewirtschaftung der Restgüter wird in der Landwirtschaftlichen Fachpresse vom 11. Januar 1935 folgender krasser Fall geschildert: Am 28. Dezember 1934 wurde das Restgut Peterhof bei Netolitz beim Bezirksgericht Netolitz öffentlich versteigert. Der Hof gehörte zur Schwarzenbergschen Herrschaft Netolitz, welche gleich am Beginne der Bodenreform im Jahre 1921/22 enteignet und aufgeteilt wurde. In jahrhundertelanger Kulturarbeit wurde dieser Hof zu einer der Hauptmeiereien ausgestaltet, wo auch die Direktion der Herrschaft ihren Sitz hatte. Knappe 12 Jahre haben genügt, um den reformierten Hof, der einst mehr als 100 Leuten ständig Arbeit und Brot gab, so herunterzuwirtschaften, daß als letztes nur die Zwangsversteigerung blieb. Ursprünglich waren beim Restgute 100 Hektar, durch weitere Zuteilungen von leichteren Böden verblieben aber schließlich nur 60 Hektar bei dem großen Gebäudekapital. In der kurzen Spanne Zeit von zwölf Jahren verbrauchten sich an diesem Restgute nicht weniger als vier Wirtschafter. Vor der Bodenreform standen in den geräumigen Ställen: 18 Pferde, 36 Ochsen, vier Stiere, 56 Kühe, 34 Kalbinnen und 187 Schweine. Im Zeitpunkt der Versteigerung waren Ställe und Scheunen leer, der Hof ohne jedes lebende und tote Inventar, auf den Feldern nichts gesät und nichts geackert. Die buchmäßige Verschuldung des Gutes war auf 576.000 Kc angewachsen, darunter 59.000 Kc Steuerschulden. Der Zuteilungspreis betrug nach Angabe des Bodenamtes 253.557 Kc, der Schätzwert im Zeitpunkt der Versteigerung war noch immer 403.513 Kc, das niederste Angebot 269.000 Kc. Zugeschlagen wurde das Gut um den Versteigerungspreis von 350.000 Kc dem Hofpächter Franz Stobor aus Opalice bei Budweis, der nun als fünfter Wirtschafter sein Glück auf dem Hofe versucht. Man könnte auch über diesen Fall eines zugrundegewirtschafteten Restgutes, bei welchem die bücherlichen Gläubiger um mehr als 200.000 Kc kamen, zur Tagesordnung übergehen, würde er nicht sinnfällig zeigen, wie verantwortungslos in der Bodenreform eigentlich in wenigen Jahren zerstört wurde, was durch jahrhundertelange Arbeit ganzer Generationen mit Mühe und Sorgfalt aufgebaut war.

Die im Zuge der "Bodenreform" erfolgte Enteignung und Zerschlagung der Herrschaft Clam-Gallas hatte sich seinerzeit auch auf den Meierhof Nieder-Ullersdorf im Bezirke Friedland erstreckt. Zu diesem gehörten Gründe im Ausmaß von 116 Hektar mit Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, einem herrschaftlichen Garten usw., alles in sehr gutem Zustande. Das Gut, dessen Felder und Waldbestand sich entlang der reichsdeutschen Grenze ausbreiten, dürfte einer der ertragreichsten Höfe der Herrschaft gewesen sein. Es war ausgezeichnet bewirtschaftet, und zwar durch den Pächter Walter Henrici, der auch den Meierhof Bullendorf gepachtet hatte und im ganzen Umkreise als tüchtiger Landwirt rühmlich bekannt war.

[170] Dieser günstigen Situation machte die Durchführung der Bodenreform ein Ende. Der Hof wurde enteignet, der Pächter Henrici, der Ausländer war, mußte die ihm liebgewordene Gegend verlassen. An seine Stelle trat durch die Entscheidung des staatlichen Bodenamtes ein früheres Revisionsorgan des Finanzministeriums namens Fr. Polednik. Dieser bekam 1926 das ganze, damals mit etwa 2,000.000 Kc zu bewertende Objekt in Pacht und sollte es um den billigen Preis von 270.000 Kc ins Eigentum erhalten. Doch es kam ganz anders und die Bewohner der Umgebung erinnern sich nur mit gemischten Gefühlen des fremden "Hofherrn".

Dieser wirtschaftete so, daß die Felder und alles, was zum Hof gehörte, mit Riesenschritten verwahrlosten. Das Ende vom Liede war, daß der Pächter Polednik binnen einem Jahre mit hohen Schulden in Konkurs geriet, ja sogar verhaftet werden mußte. Die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen lauteten auf betrügerische Krida, Gewalttätigkeit, Verletzung des Schutzgesetzes, Beleidigung der Beamten usw. Unter recht unrühmlichen Umständen kam er vom Meierhofe. Ihm folgte als neuer Hofherr im Jahre 1927 Ing. Oldrich Wachtl aus Turnau, dem zusammen mit seiner Gattin das Restgut vom Bodenamte zu billigem Preise in Besitz übergeben wurde. Doch auch diesem war leider das Glück nicht hold, obgleich Ing. Wachtl als gewesener Professor einer landw. Schule Fachmann war. Auch er geriet in Schulden, woran hier die einsetzende scharfe Krise in der Landwirtschaft freilich nicht ohne Einfluß geblieben ist. Der einst so schöne Meierhof Nieder-Ullersdorf kam schließlich unter den Hammer und wurde nun beim Friedländer Bezirksgerichte zwangsweise versteigert auf Antrag der "Obecna spořitelna" in Jitschin, die mit einer Forderung von 338.500 Kc am Restgute interessiert ist.
Bei einem Schätzwerte von 671.544 Kc wurde das Gut von der "Zivnostenska zalozna" in Turnau um 560.000 Kc erstanden. Es wird aber eine weitere, sehr bedeutende Summe nötig sein, um den einst so blühenden, großen Landwirtschaftsbetrieb wieder auf die Höhe zu bringen und rentabel zu gestalten.71

In seinem Bericht über das Bodenamt erklärte dessen Präsident, Dr. Ing Vozelinek, im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses, das Bodenamt mit seinen Fonden sei eigentlich eine große Staatsbank. Es verwalte 480.000 Konten und stehe mit 151 Geldanstalten in dauernder finanzieller Verbindung. Der Bilanzumsatz des Entschädigungsfondes betrug von Beginn der Reform bis Ende 1933 28 Milliarden Kc, der Umsatz des Kolonisationsfonds im selben Zeitraum 4 Milliarden Kc. Die Zahlungsverbindlichkeiten des Amtes seinen Gläubigern gegenüber machen noch heute über eine halbe Milliarde Kc aus, [171] denen an Forderungen an die mit Boden Beteilten 1.100 Millionen Kc gegenüberstehen. Von dieser Schuld entfallen 20 Prozent auf Kleinzuteilungen, 6 Prozent auf Restgüter und 74 Prozent auf den Staat. Die

Kredithilfe, die den Beteilten direkt aus Mitteln des Bodenamtes gewährt wurde, beträgt 850 Millionen Kc, zu einem Durchschnittszinsfuß von 4 Prozent.72

Diesen Ziffern des Präsidenten des Bodenamtes muß man die Ziffern der Verschuldung der Nutznießer gegenüberstellen und die Wirtschaft der durch die Bodenreform geschaffenen Neuordnung erfährt eine blitzartige Beleuchtung.

Zu den Nachrichten einiger tschechoslowakischer Blätter, wonach die Rückstände der Nutznießer der Bodenreform mit Einschluß des Staates über eine Milliarde betragen, erfährt die Deutsche Landpost am 8. Februar 1935 von authentischer Seite folgendes:

Die tatsächlichen Schulden dieser Nutznießer betrugen Ende 1933 über 1.164 Millionen Kc. Davon entfielen auf die kleinen Nutznießer und Kolonisten 240 Mill. (zirka 13 Prozent). Ende 1934 wurden diese Rückstände bei allen Gruppen auf 10 Prozent ermäßigt. Nur beim Staat bleibt die Höhe der Rückstände für Boden im Ausmaß von rund 400.000 Hektar unverändert, bezw. erhöht sich um die geschuldeten Zinsen, wodurch das Gleichgewicht des Bodenreformfonds bedenklich bedroht wird. Die Finanzgesetze der drei letzten Jahre enthalten die Ermächtigung des Finanzministers zur Beschaffung von Krediten zur Bezahlung des verstaatlichten Bodens. Doch wurde bisher diese Ermächtigung offenbar mit Rücksicht auf die Spannungen am Geldmarkt nicht angewendet. Es ist fraglich, ob die Rückstände des Staates noch vor jenem Zeitpunkt ausgeglichen werden, da das Bodenamt am 1. Mai 1935 in eine Abteilung des Landwirtschaftsministeriums umgewandelt wurde.

Daß man auch bei der Verteilung des restlichen Bodens trotz der schlechten Erfahrungen und der trostlosen Wirtschaftslage nur nach nationalpolitischen Gesichtspunkten vorgehen wird, läßt eine Rede des tschechischen Abgeordneten Chloupek erkennen.

Im Verlauf der Prager Kammerdebatte über den Staatsvoranschlag für das Jahr 1935 machte als Berichterstatter für das Kapitel "Bodenamt" der Regierungsabgeordnete Chloupek davon Mitteilung, er habe "in Berlin die Durchführung der deutschen Kolonisation an Hand von Landkarten studiert", die ihm gezeigt haben, daß "Hitlerdeutschland nicht so sehr an Brot, als an Kommisbrot gelegen" sei. Man kolonisiere systematisch alle Grenzgebiete, insbesondere gegen Polen und die Tschechoslowakei und man siedle dort "militärisch und politisch verdiente Leute an, die in der Lage sind, die in grenzpolitischer Hinsicht in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen." Diese Tatsache verpflichtet die Tschecho- [172] slowakei, das Werk der Bodenreform beschleunigt abzuschließen. Er erwähnte, daß gegenwärtig

insbesondere im Westen der Republik die Durchführung von Kolonisation verlangt werde. Dort habe die Arbeitslosigkeit die Aufmerksamkeit dieser Frage zugewendet. Man müsse diese Aufgaben kritisch behandeln.

Auch bei uns, das sagte der Berichterstatter ganz offen, wird es notwendig sein, das durch die Bodenreform eingeleitete Werk, das einen nationalen Charakter (!) habe, sicherzustellen. Es wäre Schwäche, wenn wir die Bodenreform nicht konsequent durchführten. Ein weiteres Problem ist durch die Frage der Auswahl der Kolonisten gegeben, von einer neuen Kolonisierung ohne Sicherstellung der früheren zu sprechen, wäre unlogisch.

Damit kündigte er freimütig an, daß die Aufteilung des restlichen beschlagnahmten Bodens nur an Tschechen erfolgen werde.

2. Sozial.

Mit der Durchführung der Bodenreform vollzog sich eine andauernde Zerstörung von Arbeitsplätzen. Die letzte amtliche Bilanz über die Versorgung der Dienstnehmer zum Stand vom 1. Januar 1935 veranschaulicht folgende Übersicht:

	Kategorie der Dienstnehmer				
Art der Versorgung	*Beamte*	*Angestellte*	*Deputa-tisten*	*ständige Arbeiter*	*insgesamt*
a) Bodenzuteilung:					
Anzahl	541	1.950	7.235	6.864	16.590
Betrag	10,939.209	15,703.308	34,387.824	20,943.945	81,974.286
b) Geldentschädigung:					
Anzahl	1.411	2.418	10.609	16.945	31.383
Betrag	43,667.285	23,697.439	54,850.572	58,312.133	180,527.429
c) weitere Beschäftigung:					
Anzahl	168	669	4.969	5.978	11.784
Betrag	---	---	---	---	---
d) Pensionen:					
Anzahl	277	874	2.201	1.257	4.609
Betrag	1,243.864	1,887.559	2,914.775	1,546.481	7,592.679
e) Jubiläums-Aktion:					
Anzahl	42	178	508	1.850	2.578
Betrag	---	---	---	---	2,383.936

Betrag	---	---	---	---	2,383.936
f) An Pensionen wurden außerdem bisher ausbezahlt:	---	---	---	---	84,142.384
Zusammen:					
Anzahl	2.439	6.089	25.522	32.894	66.944
Betrag	55,850.358	41,288.306	92,153.171	80,802.559	356,620.714

[178] 356 Millionen Aufwand zur Versorgung der Dienstnehmer auf dem reformierten Boden! "Keiner von den 14 europäischen Staaten, welche in der Nachkriegszeit Bodenreform durchführten, hätte so viel für die Sicherstellung derer ausgelegt, welche durch die Eingriffe des Staates in die Latifundien in ihrer Existenz geschädigt wurden", steht im Staatsvoranschlag 1935.

Mit diesen Worten will das Bodenamt das grenzenlose Unrecht verdecken, das durch die Bodenreform einem ganzen arbeitsamen Stand zugefügt wurde. Richtig wäre es vielleicht zu sagen, in keinem der 14 Staaten wurde die Agrarrevolution so rücksichtslos auf Kosten der Arbeitnehmer ausgetragen, wie in der Tschechoslowakei. Das Bodenamt hat in den Versorgungslisten die letzte Lohnsumme dieser Opfer einer sozialen Reform ausgewiesen. Nur bei einem Minimum von 5.000 Kc für einen Arbeitsplatz beträgt die Lohnsumme bei 70.000 Fällen 350 Millionen, also für ein einziges Jahr so viel, als das Bodenamt überhaupt aufgewendet hat. Dabei sind die vernichteten Versorgungsansprüche gar nicht in Rechnung gestellt. Den Opfern der Bodenreform wurde also kaum ein Zwanzigstel des Schadens ersetzt, der ihnen durch die Eingriffe des Staates in wohlerworbene Rechte zugefügt wurde. Was sie erhielten, war die Arbeitslosenunterstützung für ein Jahr und dann rückten sie ein in das große Heer der Arbeitslosen, dessen Grundstock die Opfer der Bodenreform schon zur Zeit der Konjunktur zu bilden begannen.

Daran ändert nichts, daß nach den Tabellen 16.590 Bodenzuteilungen und 11.784 andere Beschäftigung erhielten. Eine an sich ausreichende Bodenzuteilung erhielten nur die 541 Beamten mit 69,5 Hektar im Durchschnitt und allenfalls die 1950 Angestellten mit 4,2 Hektar. Die Zuteilung bei den Deputatisten betrug nur 1,6 Hektar, bei den ständigen Arbeitern gar nur 1,1 Hektar, wovon keine Familie ohne zusätzlichen Arbeitsverdienst leben kann, somit auch von einer Versorgung mit Boden gar nicht gesprochen werden kann. Von den mit weiterer Beschäftigung versorgten Dienstnehmern sind heute keine 10 Prozent mehr auf den selber Not leidenden und

Unterstützung und Entschädigung fordernden Restgütern, so daß auch die an sich günstigsten Arten der Versorgung durch Bodenzuteilung und weitere Beschäftigung das Abgleiten in Not und Arbeitslosigkeit nicht verhindern konnten.

In der Wirklichkeit gibt es Restgüter, welche gegen früher nicht den fünfzigsten Teil mehr an Löhnen, umgerechnet auf den Hektar, zahlen, oder ehemalige Restgutserwerber sind froh, wenn sie nach Verlust ihres Gutes und Vermögens wieder als Aufseher im Taglohn auf dem verbliebenen Restbesitz des alten Dienstherrn das Gnadenbrot essen können. Das Bodenamt weiß dies alles, es weiß auch sehr gut, daß zu den ausgewiesenen 67.000 noch wenigstens 30.000 zu zählen sind, welche ohne jede Entschädigung ihren Arbeitsplatz verloren und weitere Tausende, deren Posten auf den alten und neuen Großgütern kassiert [174] werden, wofür nicht allein die Krise, sondern auch die andauernden Eingriffe der Bodenreform die Schuld tragen.73

Die Bodenreform hat aber nicht nur Hunderttausende um Brot und Existenz gebracht und einen in die hunderte Millionen gehenden Lohnausfall bewirkt, sondern vor allem die Landflucht gesteigert. Eine sich von Jahr zu Jahr steigernde Landflucht gehörte auch in den Sudeten- und Karpathenländern zu den charakteristischen soziologischen Erscheinungen dieser Ländereien in den Jahrzehnten der Vorkriegszeit. Sie war einmal bedingt durch die zunehmende Industrialisierung vornehmlich der Sudetengebiete, andererseits durch den Mangel an anbaufähigem Boden zur Neubildung bäuerlicher Betriebe und der Unmöglichkeit der weiteren Erbteilung der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe ohne Gefährdung ihrer Ertragsfähigkeit. Die Neuerwerbung von Grund und Boden zur Hemmung der Landflucht scheiterte an dem Widerstand der Großgrundbesitzer, große Flächen freizugeben. Man setzte also in eine staatlich durchgeführte Bodenreform zur Förderung der Innenkolonisation und Neubildung landwirtschaftlicher Betriebe schon vor dem Kriege große Hoffnung, den gewaltigen Strom der Landflüchtigen abzudämmen und erhob, wie eingangs erwähnt, die Forderung nach einer vernünftigen Bodenreform. Die von der Prager Regierung durchgeführte "soziale" Bodenreform hat die Landflucht nicht abzuschwächen vermocht, im Gegenteil, sie nur weiter gefördert.

Nach der Volkszählung vom Jahre 1930 stieg die Gesamtbevölkerung des Staates von 13,612.424 im Jahre 1924 auf 14,729.536 oder um 1,117,112 Seelen.

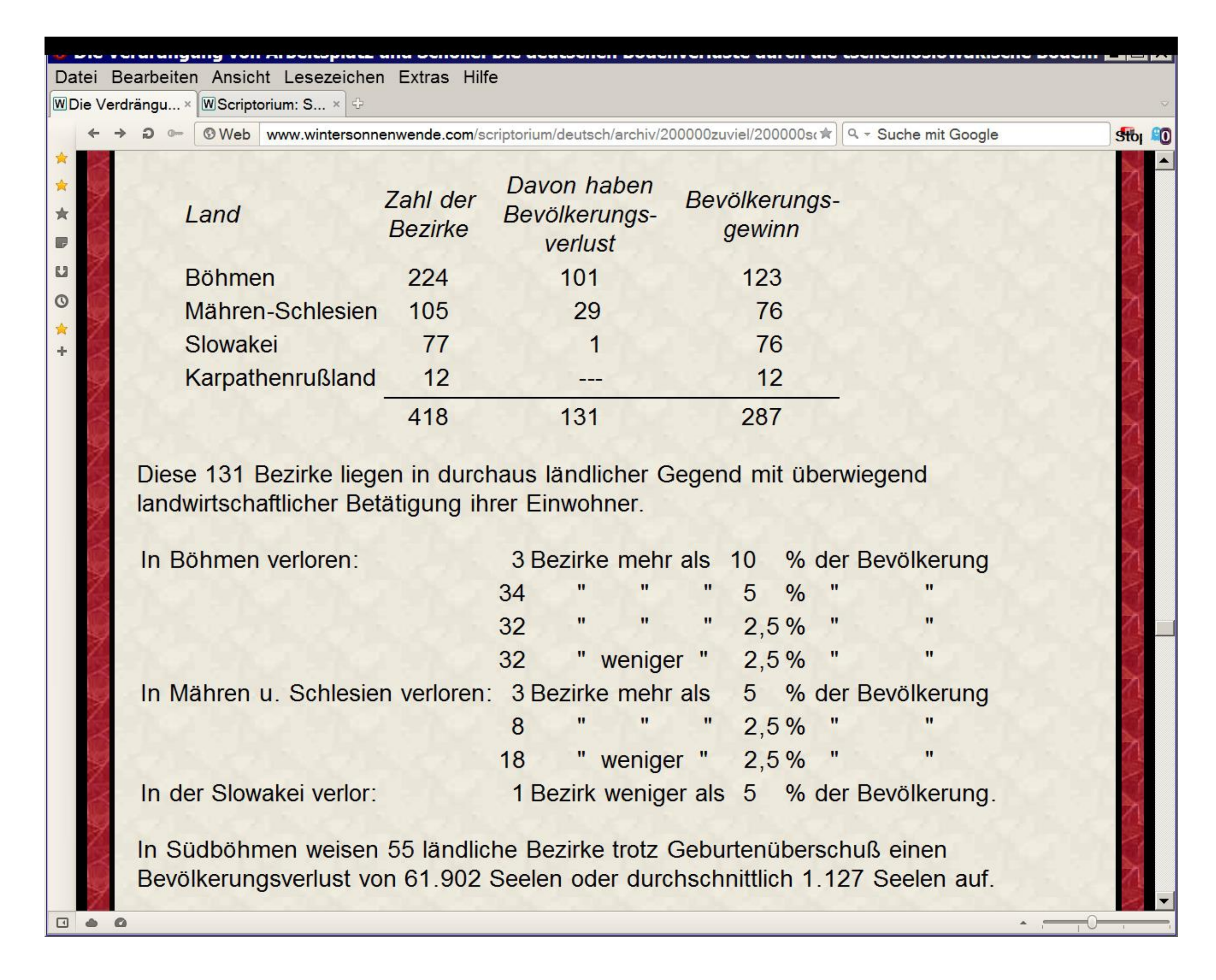
Der Zuwachs betrug in Gemeinden

		bis	2.000	Einwohner	3,22 %
mit	2.000	bis	5.000	Einwohner	10,62 %

mit	5.000bis	10.000	Einwohner	12,02 %
mit	10.000	bis 20.000	Einwohner	14,30 %
mit	20.000	bis 50.000	Einwohner	15,05 %
mit	50.000	bis 100.000	Einwohner	24,09 %
über		100.000	Einwohner	21,78 %

Diese amtliche Statistik zeigt, daß der Bevölkerungszuwachs durchwegs in ansteigendem Maße den Städten und Industriegebieten zugute kommt, keineswegs den Landgemeinden. Würde diese Statistik nicht als hinreichender Beweis für die gesteigerte Landflucht im Jahrzehnt der Bodenreform gewertet werden, die folgenden Zahlenübersichten sprechen eine ganz eindeutige Sprache.

Die Tschechoslowakei ist in 418 Bezirksgerichtssprengel eingeteilt, wobei Prag mit seinen 900.000 Einwohnern als ein Bezirk gilt. In diesen 418 Bezirken zeigt sich folgende Bevölkerungsbewegung:



Land	*Zahl der Bezirke*	*Davon haben Bevölkerungs-verlust*	*Bevölkerungs-gewinn*
Böhmen	224	101	123
Mähren-Schlesien	105	29	76
Slowakei	77	1	76
Karpathenrußland	12	---	12
	418	131	287

Diese 131 Bezirke liegen in durchaus ländlicher Gegend mit überwiegend landwirtschaftlicher Betätigung ihrer Einwohner.

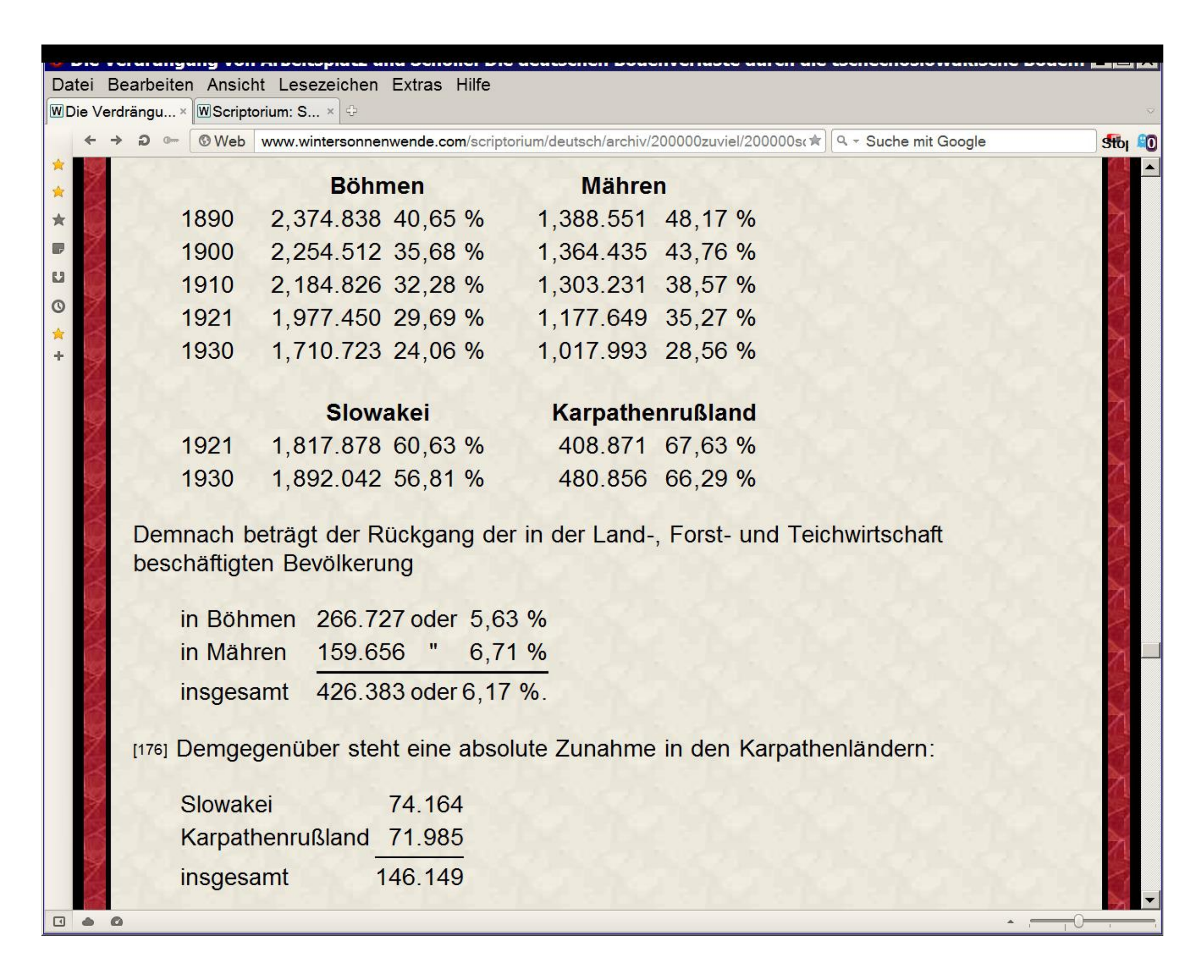
In Böhmen verloren:	3	Bezirke mehr als	10	% der Bevölkerung
	34	" " "	5	% " "
	32	" " "	2,5	% " "
	32	" weniger "	2,5	% " "
In Mähren u. Schlesien verloren:	3	Bezirke mehr als	5	% der Bevölkerung
	8	" " "	2,5	% " "
	18	" weniger "	2,5	% " "
In der Slowakei verlor:	1	Bezirk weniger als	5	% der Bevölkerung.

In Südböhmen weisen 55 ländliche Bezirke trotz Geburtenüberschuß einen Bevölkerungsverlust von 61.902 Seelen oder durchschnittlich 1.127 Seelen auf.

Diese Ziffern sind insofern noch von Bedeutung, weil sie zeigen, daß die Landflucht hauptsächlich in Böhmen gesteigert wurde, dem

industrialisiertesten und von mehr als zwei Millionen Deutschen bewohnten Lande.

Ihren klarsten Ausdruck aber findet die Landflucht im Jahrzehnt der Bodenreform in den nachstehenden Ziffern. Zur Land-, Forst- und Teichwirtschaft gehörten absolut und relativ nach dem Stand der Volkszählung im Jahre:



	Böhmen		Mähren	
1890	2,374.838	40,65 %	1,388.551	48,17 %
1900	2,254.512	35,68 %	1,364.435	43,76 %
1910	2,184.826	32,28 %	1,303.231	38,57 %
1921	1,977.450	29,69 %	1,177.649	35,27 %
1930	1,710.723	24,06 %	1,017.993	28,56 %

	Slowakei		Karpathenrußland	
1921	1,817.878	60,63 %	408.871	67,63 %
1930	1,892.042	56,81 %	480.856	66,29 %

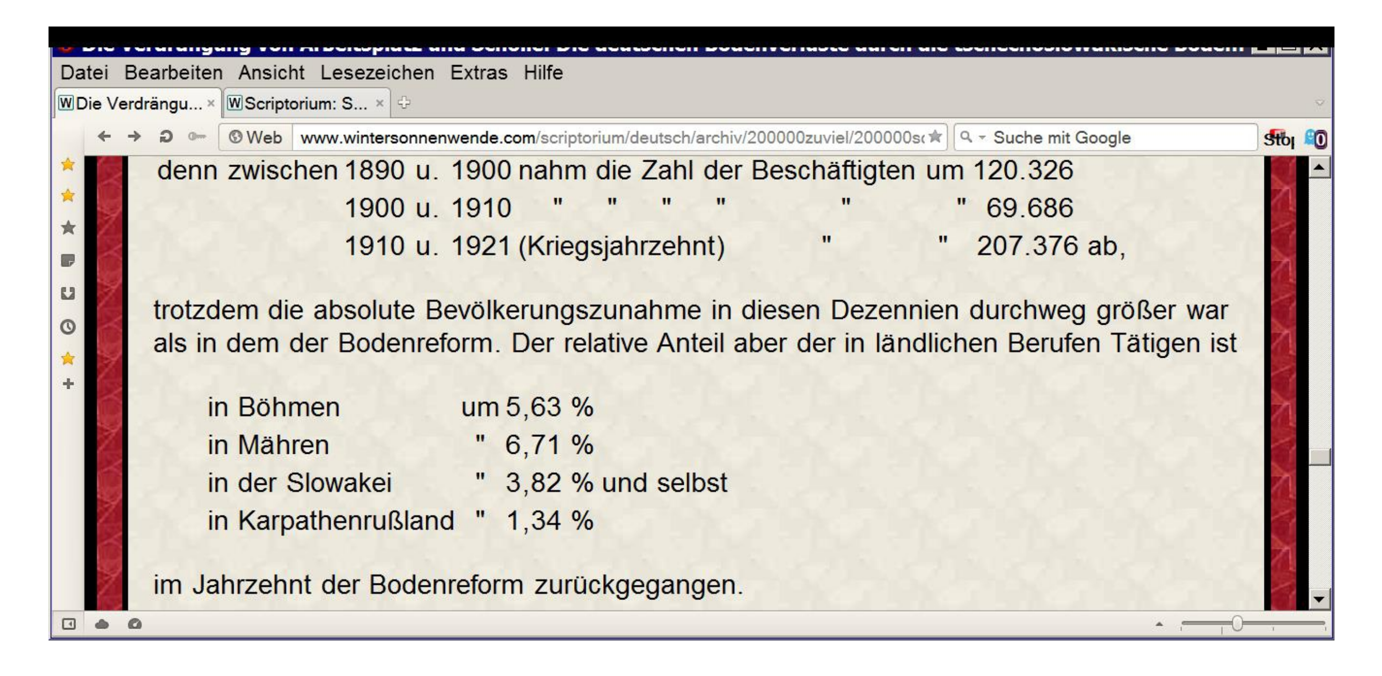
Demnach beträgt der Rückgang der in der Land-, Forst- und Teichwirtschaft beschäftigten Bevölkerung

in Böhmen	266.727	oder	5,63 %
in Mähren	159.656	"	6,71 %
insgesamt	426.383	oder	6,17 %.

[176] Demgegenüber steht eine absolute Zunahme in den Karpathenländern:

Slowakei	74.164
Karpathenrußland	71.985
insgesamt	146.149

Trotz dieser absoluten Zunahme in den Karpathenländern zeigt der Anteil der Gesamtbevölkerung des Staates bei einer Bevölkerungszunahme von über 1 Million eine Abnahme der in der Land-, Forst- und Teichwirtschaft beschäftigten Bevölkerung von 281.234 Personen. Diese Zahl ist von den früheren Jahrzehnten nicht erreicht worden,



denn zwischen 1890 u. 1900 nahm die Zahl der Beschäftigten um 120.326
1900 u. 1910 " " " " " " 69.686
1910 u. 1921 (Kriegsjahrzehnt) " " 207.376 ab,

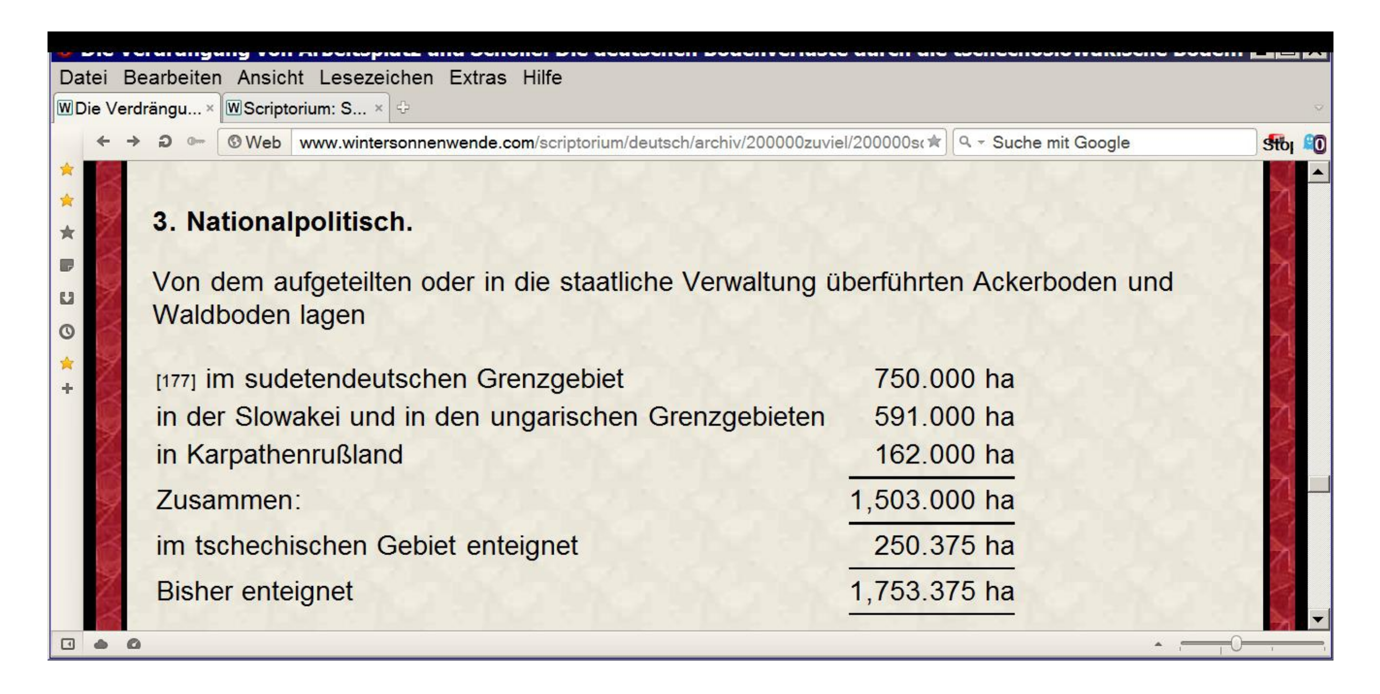
trotzdem die absolute Bevölkerungszunahme in diesen Dezennien durchweg größer war als in dem der Bodenreform. Der relative Anteil aber der in ländlichen Berufen Tätigen ist

in Böhmen	um 5,63 %
in Mähren	" 6,71 %
in der Slowakei	" 3,82 % und selbst
in Karpathenrußland	" 1,34 %

im Jahrzehnt der Bodenreform zurückgegangen.

Das Bodenamt gibt an, daß es im Laufe seiner Tätigkeit mehr als 600.000 Bodenerwerbern Grund und Boden zugeteilt hat. Wenn trotzdem die ländliche Bevölkerung bei einem Geburtenüberschuß zurückgegangen ist, sogar weit mehr als in den Jahrzehnten vorher, dann beweist die Tatsache zur Genüge, daß die tschechoslowakische Bodenreform den sozialen Forderungen nicht entsprochen hat. Das Ergebnis der Volkszählung des Jahres 1930 zeigt, daß im Jahrzehnt der Bodenreform 12.958 neue bäuerliche Betriebe errichtet wurden. (Die Zahl der vernichteten dürfte nur um ein geringes kleiner sein.) Dafür aber ist die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft als Arbeiter und Beamte Tätigen um 159.000, d. i. um mehr als ein Viertel, zurückgegangen, wurden doch allein durch die Bodenreform nach Angaben des Bodenamtes nicht weniger als 67.238 Arbeitnehmer um ihren Arbeitsplatz gebracht, womit noch lange nicht die Gesamtzahl erreicht ist!

So vielgestaltig die sozialen Auswirkungen der Bodenreform sind, die markantesten Erscheinungen sind, daß sie die Landflucht gesteigert und den Grundstock des Arbeitslosenheeres geschaffen hat.


3. Nationalpolitisch.

Von dem aufgeteilten oder in die staatliche Verwaltung überführten Ackerboden und Waldboden lagen

[177] im sudetendeutschen Grenzgebiet	750.000 ha
in der Slowakei und in den ungarischen Grenzgebieten	591.000 ha
in Karpathenrußland	162.000 ha
Zusammen:	1,503.000 ha
im tschechischen Gebiet enteignet	250.375 ha
Bisher enteignet	1,753.375 ha

Diese Bilanz zeigt also in aller Deutlichkeit, daß von der Bodenreform in erster Linie der Siedlungsraum der nicht tschechischen Volksgruppen im Staate betroffen wurde.

Seit 1925 wurde das deutsche Gebiet planmäßig mit einer Schicht tschechischer Grundbesitzer überzogen, die allmählich tschechisches Gesinde an sich ziehen und so das deutsche Element vom Grunde verdrängen. Allem Anschein nach sind die neuen Besitzer auf Grund einer geheimen Abmachung mit dem Bodenamt nicht nur zum Halten von tschechischem Gesinde, sondern auch zur Beschäftigung tschechischer Professionisten verpflichtet. Es sollen Vertragsstrafen bei Nichterfüllung vorgesehen sein. Infolge der chauvinistischen Tendenz arbeitet das Bodenamt mit den seltensten Mitteln. Es treibt sogar Heiratspolitik. Einem deutschen Pächter wurden Tschechinnen zur Brautwahl präsentiert. Er bekam den Meierhof nur unter der Bedingung, daß er eine von ihnen heirate. In einem Falle wurden einem Tschechen die besten Felder zu Kolonisationszwecken weggenommen, weil er eine Deutsche geheiratet hatte. Die Zahl solcher Beispiele für nationalistische Übergriffe ließe sich beliebig vermehren.

Im Anhang ist in der Tabelle V dem Ergebnis der Kolonisierung die Bevölkerungsbewegung nach den bisher erschienen statistischen Gemeindelexikonen für Böhmen, Mähren und Schlesien gegenübergestellt.

Aus dieser Zusammenstellung geht folgendes hervor:

"Die Kolonisierung erfolgte bloß in 5 Gemeinden mit tschechischer Mehrheit Groß-Nehwizd, Gerichtsbezirk Brandeis, Schirowitz, Gerichtsbezirk Lobositz, Großmalowitz, Gerichtsbezirk Netolitz, Hohenstadt, Gerichtsbezirk

Hohenstadt und Klokočov-Klogsdorf im Gerichtsbezirk Freiberg. Im übrigen wurde durchwegs im deutschen Gebiet bzw. im überwiegend deutschen Gebiet kolonisiert.

In den Karpathenländern erfolgte die Kolonisierung vorwiegend im ungarischen Sprachgebiet. Ein Vergleich ist hier noch nicht möglich, da das diesbezügliche Gemeindelexikon noch nicht erschienen ist. Die Kolonisierung diente somit nicht einem rein wirtschaftlichen und sozialen Zweck, sondern der Tschechisierung. In sechs Gemeinden wurde dieser Zweck vollständig erreicht, Sullowitz, Tschischkowitz, Klein Czernosek und Priesen, Bezirk Lobositz, Aichen im Bezirk Mährisch-Neustadt, Mißlitz und Socherl im Bezirk Mährisch-Kromau erhielten tschechische [178] Mehrheiten und beinahe in allen übrigen Gemeinden konnten die Tschechen mehr oder weniger zunehmen, während die Deutschen fast durchweg Bevölkerungseinbußen erlitten. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß diese Auswirkungen allein auf die Kolonisierung zurückzuführen wären. Tatsache ist, daß in vielen Fällen 2 bis 4 deutsche Arbeiterfamilien einem tschechischen Kolonisten weichen mußten, dessen Siedlungsstelle auf bestem Kulturboden gebildet wurde, der früher zumeist eine bessere Menschenbesetzung aufzuweisen hatte als nach der Kolonisierung. Infolgedessen weisen auch alle kolonisierten Bezirke einen Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung aus. Deutlich tritt dies in den rein ländlichen Gemeinden und Bezirken hervor, wie beispielsweise im Podersamer Bezirke, wo beinahe alle betroffenen Gemeinden wohl eine starke Zunahme der tschechischen Bevölkerung aufweisen, aber einen Bevölkerungsabgang insgesamt, weil die landwirtschaftliche deutsche Bevölkerung infolge der Kolonisierung abwandern mußte. Wie in den rein ländlichen Bezirken die Kolonisierung auf gut mit Menschen besetztem Kulturboden sogar zum Entvölkerungsfaktor werden kann, zeigt das Beispiel der Kolonie Holeckov in der Gemeinde Großmalowitz, Bezirk Netolitz, übrigens das einzige Beispiel in den historischen Ländern, in welchem eine ganz neue Ortschaft gegründet wurde. In der Gemeinde Großmalowitz mit einer Gesamtfläche von 843 ha wurde der Hof Rabin mit einem Ausmaße von 409 ha aufgeteilt und kolonisiert. 143 kleine Bodenerwerber aus 8 Gemeinden erhielten 263 ha Boden, also 1,84 ha im Durchschnitt. Außerdem wurde ein Restgut und die neue Ortschaft Holeckov mit 12 Siedlungsstellen gegründet, welche zur Zeit der Volkszählung 63 Köpfe zählte. Trotzdem sank die Bevölkerungszahl der an der Bodenreform beteiligten Gemeinden um 264. Die unmittelbar betroffene Gemeinde Groß-Malowitz, welche vom Jahre 1880 bis 1921 trotz Kriegsverluste einen Gewinn von 13 Köpfen ausweisen konnte, verzeichnete im Jahrzehnt der Bodenreform einen Verlust von 39 Köpfen trotz der dazugehörigen neuentstandenen Ortschaft Holeckov mit 63 Köpfen. Die Menschenbesetzung war vor der Bodenreform dadurch größer, daß am Hofe insgesamt 178 Personen arbeiteten, 12 Angestellte und 166 Deputatisten und Arbeiter, welche mit den Familienangehörigen insgesamt 376 Köpfe zählten, so daß schon auf 1 ha 1 Kopf kam. In dieser tschechischen Gemeinde wurde der Verlust des Arbeitsplatzes noch durch

eine kleine Zuteilung ausgeglichen. Im deutschen Gebiet bedeutet aber jede Ansetzung eines tschechischen Kolonisten den Verlust von 2 bis 4 deutschen Arbeitsplätzen. Ziehen wir die Folgerungen aus dem bisherigen Ergebnis der Kolonisierung, so kann festgestellt werden:

Die Kolonisierung diente in erster Linie nationalpolitischen Zwecken, der Tschechisierung. Sie brachte Kolonisten auf besten Kulturboden mit einer guten Besetzung von arbeitenden Menschen, welche den Kolonisten weichen mußten und hat infolgedessen in rein ländlichen Gegenden, in denen die früher auf dem [179] Boden arbeitenden Leute nicht in andere Berufszweige ausweichen konnten, sogar die Landflucht und Arbeitslosigkeit vermehrt. Die Ausstattung der Kolonien mit kostspieligen Gebäuden und anderen Einrichtungen belastet nicht nur den Kolonisten, sondern auch den Staat derart, daß der wirtschaftliche Zweck, freie Bauern auf freier Scholle zu schaffen, nicht erreicht wurde. Die bisherige Kolonisierung ist der klarste Beweis dafür, daß gegen den Wortlaut und Geist der Verfassung den Staatsbürgern der Minderheiten Lebensrecht, Lebensraum und Arbeitsplatz genommen wurde. Dabei muß weiter festgehalten werden, daß beispielsweise allein im Jahre 1934 trotz Exekutionsschutz 2654 landwirtschaftliche Anwesen zu Schleuderpreisen versteigert wurden. In einem Jahre wurden also ebensoviele Bauern vom Exekutor vom Boden vertrieben als Kolonisten in 10 Jahren mit einem Aufwand von über 400 Millionen auf einen Boden gesetzt wurden, der zumeist gar nicht kolonisationsbedürftig war."74

Mit der Durchführung der Bodenreform ist der Kampf um den deutschen Grund und Boden nicht abgeschlossen. Der Staat hat seinen Hauptschlag gegen den Siedlungsraum der nichttschechischen Volksgruppen geführt. Kleinarbeit ist den staatlich subventionierten und mit den tschechischen Großbanken zusammenarbeitenden Tschechisierungsvereinen überlassen, die nun systematisch an die Erwerbung deutschen Grundes und Bodens gehen.

Anläßlich der 50jährigen Gründungsfeier der nordböhmischen "Jednota" erklärte deren Obmann, Senator Hruby (Sozialdemokrat!), daß die Tschechisierungsvereine heute noch nötiger erscheinen als vor dem Kriege, weil sich auch jetzt noch "das Besitztum im Norden in den Händen der Deutschen befindet". Man scheint dem nun abhelfen zu wollen. Ein in den tschechischen Blättern veröffentlichter Aufruf der "Jednota" verrät nur zu deutlich, daß man gerade die Zeit der größten wirtschaftlichen Not, die Zeit des Hungerns und des Elends dafür ausnützen will, um deutschen Besitzstand in tschechische Hände überzuführen und den Notstand der

Sudetendeutschen zur weiteren Tschechisierung zu mißbrauchen. In dem Aufruf der "Jednota" wird erklärt, daß die 750.000 tschechischen Grenzer im gemischten und sudetendeutschen Gebiete "ihre endliche Befreiung und wirtschaftliche Stärkung erwarten" und "sich ihrer großen und historischen Aufgabe bewußt sind". Sie verlangen eine nationale Steuer von 50 h auf den Kopf "zur wirtschaftlichen Stärkung und zum Besitzankauf aus fremden Händen in Nordböhmen", um so einen "wirtschaftlichen Wall gegen den nationalen Widersacher zu errichten".75

[180] Im Zuge der tschechoslowakischen Verhandlungen über die Entschuldung der Landwirtschaft wurde der Statutenentwurf eines Institutes bekanntgegeben, das unter dem Namen "Bauernbank" vor allem die Konvertierung landwirtschaftlicher Schulden besorgen soll. Wie sich nun herausstellt, ist die Konvertierung landwirtschaftlicher Schulden einer der Zwecke, keineswegs der Hauptzweck der Anstalt! Hauptzweck der Anstalt scheint vielmehr eine ins Unvorstellbare gehende Regelung der persönlichen Eigentums- oder Pachtverhältnisse an landwirtschaftlichem Grund und Boden zu sein. Zu ihren Aufgaben soll nämlich u. a. gehören: 1. Erwerb landwirtschaftlichen oder für die Landwirtschaft geeigneten Bodens. 2. Vorbereitung des Bodens für seine Zuteilung. 3. Zuteilung des Bodens in Eigentum oder Pacht. 4. Landwirtschaftliche Kreditvermittlung und Bereitstellung. Die Erfüllung dieser Aufgaben soll durch ein Enteignungsprivileg, durch ein gesetzliches Vorkaufsrecht und schließlich durch die Zurverfügungstellung der notwendigen finanziellen Mittel sichergestellt werden.

Um sich vorstellen zu können, was die Durchführung jener Aufgaben für das Sudetendeutschtum bedeuten kann, muß man an eine Aktion erinnern, die in wenigen Jahren hunderttausende ha deutschen Bodens in tschechische Hände überführt hat, an die Bodenreform. Mit sozialen und ethischen Motiven wurde diese Aktion zur Regelung des Grundeigentums begründet, deren offizielle Tendenz, wie im nächsten Abschnitt dargestellt wird, dahin ging, den Großgrundbesitz durch Enteignung landwirtschaftlichen Bodens zu verringern und freiwerdenden Boden zur Schaffung mittleren und kleineren Grundbesitzes zu verwenden, deren inoffizielles Ziel es aber war, deutschen Boden in tschechische Hände überzuführen.

Mit dem Tschechisierungserfolg der Bodenreform scheinen die Tschechen nun nicht mehr zufrieden zu sein. Die Statuten der Bauernbank beweisen das.

In der Statuierung eines gesetzlichen Vorkaufsrechts für allen landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Boden, in der Einräumung des Enteignungsprivilegs zur Erfüllung der Zwecke (!) der Bank und in dem finanziellen Aufbau des Instituts offenbart sich kein Wunsch der

Landwirtschaft, sondern die unverhüllte Forderung aller Organisationen nach Tschechisierung sudetendeutschen Gebietes und nach der Brechung aller Festungen sudetendeutscher wirtschaftlicher und völkischer Widerstandskraft! Hier wird die Erfüllung einer Forderung zugesagte, die die schlimmsten Chauvinisten seit langem erheben und verlangen!

Die Tatsache, daß eine entgeltliche Übertragung an den vom bisherigen Eigentümer gewählten Käufer dann nicht zustandekommen kann, wenn die Bauernbank von ihrem Vorkaufsrechte Gebrauch macht, bedeutet, daß die Bank jeden zur Übertragung kommenden sudetendeutschen Besitz an sich ziehen kann, wenn eine einzige Voraussetzung gegeben ist: die finanzielle Potenz der Bank, die Verfügung über die notwendigen Mittel! Und für diese scheint man im Statuten- [181] entwurf in einer Weise vorgesorgt zu haben, die die Angelegenheit der Bauernbank aus dem landwirtschaftlichen Bereich herausholt und sie in den Mittelpunkt des gesamten sudetendeutschen Interesses stellt. Die Bank soll sich nämlich die erforderlichen Mittel nicht nur durch Pfandbriefemissionen, durch die Ausgabe ewiger oder amortisabler Renten, durch die Ausgabe von Investitionsschuldverschreibungen und Kassenscheinen, sondern auch durch die Entgegennahme von Büchel- und Kontokorrenteinlagen beschaffen können!

Das Tempo der Tschechisierung ist gegeben durch die wirtschaftliche Macht, die hinter ihr steht. Die Bauernbank hat die Mittel zu liefern, die es ermöglichen sollen, das bisherige Tempo zu vervielfachen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sie mehr als der Entschuldung der Entnationalisierung dienen und dort einsetzen soll, wohin die Bodenreform nicht gereicht hat, wo ähnliche Bemühungen bisher fehlgeschlagen sind und wo sich sudetendeutsche Widerstandskraft am ungemindertsten erhalten hat: Im Bauerntum! Damit ist die Bauernbank zu jener Institution geworden, deren Sein oder Nichtsein entscheidet über die Erhaltung sudetendeutschen Bodenbesitzes oder über seine Verminderung! Das ist der Sinn des sudetendeutschen Kampfes gegen sie.76

Der Hauptausschuß der Národni Jednota für Ost- und Nordmähren hat beschlossen, eine organisierte Evidenz zum Erwerb von deutschem Boden und landwirtschaftlicher Anwesen, sowie auch anderer Objekte zu schaffen. Insbesondere bei den Versteigerungen in Nordmähren und im Kuhländchen werden Aufkäufer teilnehmen und alle geeigneten Objekte aufkaufen. Da bei den Versteigerungen in der jetzigen Krise zumeist nur der Ausrufspreis erzielt wird, handelt es sich fast durchwegs um gute Geschäfte. Die zum Kauf notwendigen Gelder verschafft die Nár. Jed. Da die Nár. Jed. bei jedem Bezirksgericht, wie in jedem Staatsamt ihre Vertrauensmänner hat, ist es für sie sehr einfach, den verschuldeten deutschen Grund- und Hausbesitz genau in Evidenz zu führen und zu jeder Versteigerung, die für Tschechisierungszwecke in Betracht kommt, Aufkäufer zu entsenden.

Die Prager Národni Politika vom 19. Dezember 1934 richtet an die vermögende tschechische Öffentlichkeit einen Aufruf, in dem es heißt:

"Infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten stehen überall, besonders aber im verdeutschten Gebiet, zahlreiche Wirtschaftsobjekte, Fabriken, bäuerliche Anwesen, Wälder, Grundstücke usw. zum Verkauf. Der Preis der Realitäten ist oft niedrig und ihre deutschen Besitzer kommen häufig auch zu Tschechen und sogar zu den tschechischen Schutzvereinen (!), um ihnen diese Realitäten zum Kauf anzubieten. Wenn die tschechischen Schutzvereine genug Mittel zu diesen Transaktionen hätten, würde dies eine ungeheure wirtschaftliche Stärkung des Tschechen- [182] tums im Grenzgebiete bedeuten. Es gibt gemischte Gemeinden, die auf diese Weise geradezu ihrem tschechischen Ursprung wiedergegeben werden können. Aber auch tschechische Einzelpersonen, besonders kapitalstärkere, sollten den gemischten Gebieten nicht ausweichen. Sie könnten dort leicht und billig, ihren Bedürfnissen entsprechend, Objekte erwerben, die nach dem Aufhören der Krise - bei billigen Arbeitskräften in den Gebirgsgegenden - einen bedeutenden Ertrag abwerfen würden. Außerdem würden sie in hohem Maße den Restitutionsprozeß in den Gemeinden und Gebieten fördern, die einstens rein tschechisch (??) waren. Das wäre die wertvollste patriotische Arbeit."77 - Hyänen des wirtschaftlichen Schlachtfeldes!

Und die Arbeiten und Aufrufe sind nicht umsonst und ohne Erfolg. Es vergeht wohl kaum eine Woche, in der nicht neue deutsche Bodenverluste gemeldet werden. So führt der planmäßige staatliche und private tschechische Bodenkampf zu einer Verengung deutschen Lebensraumes und zu einem weiteren Verlust deutscher Arbeitsplätze. Damit erfährt aber auch der natürliche Lebensquell der deutschen Volksgruppe, das Bauerntum, eine Verengung, da die Neubildung des sudetendeutschen Bauerntums fast unmöglich gemacht wird. Schon in der Vorkriegszeit machte sich in den sudetendeutschen Grenzgebieten eine Bodenknappheit bemerkbar und ließ den Ruf nach einer Parzellierung des Großgrundbesitzes zwecks Neubildung bäuerlicher Wirtschaften laut werden. Die Bodenreform hat eine Vergrößerung der sudetendeutschen kleinbäuerlichen Wirtschaften unmöglich gemacht.

Über die volkspolitische Auswirkung und Bedeutung dieses Bodenkampfes wird an anderer Stelle noch eingehend zu sprechen sein.

Das Bodenamt in Prag kann mit seiner Bilanz zufrieden sein, denn es hat

seine ihm gestellte Aufgabe erfüllt und den Boden, den der Staat beschlagnahmt hat, nach den Richtlinien der Regierung aufgeteilt. Die Bilanz, die das tägliche Leben aus seiner Arbeit gegeben hat, ist im Vorstehenden skizziert worden. Der bäuerliche Boden als die Grundlage allen Lebens verträgt keine willkürlichen Experimente und mechanischen Eingriffe. Wir erleben es im großen in Sowjetrußland und im kleinen in der Tschechoslowakei, wie sich der Boden mit unerbittlicher Naturgewalt rächt, wenn man ihn ständig in Unruhe hält und ihm schlechte Wirtschafter aufzwingt. Verfall des Geschaffenen und Rückfall in einen geradezu chaotischen Zustand sind die charakteristischen Erscheinungen dieser Bodenreformen Die Bodenspekulation aber wirft das einzige Erträgnis aus dem Boden ab.

[183] In den nachfolgenden Sätzen78 ist die tschechoslowakische Bodenreform in nicht zu übertreffender Form charakterisiert worden:

"Wir haben in unserem Staate (d. i. die Tschechoslowakei) in 15 Jahren 2 Millionen Hektar im Wege der Bodenreform an andere Eigentümer und Wirtschafter gebracht und vergeben, der Innenkolonisation, der Siedlung und Rücksiedlung zu dienen. Über der revolutionären Besitzreform und der nationalpolitischen Zielsetzung wurde aber außer acht gelassen, daß der meiste Boden an schlechtere Wirtschafter kam und die Spekulation schrankenlos die Herrschaft über den reformierten und nicht reformierten Boden antreten konnte. Es wurden soziale und kulturelle Traditionen zerstört, mehr als Zehntausende organisch gewachsene Betriebe vernichtet oder doch aufgelöst, ohne nennenswerte neue Betriebe und Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Für einen neuen demokratischen Adel wurden alte ererbte Adelssitze und Schlösser freigemacht und mehr als hundertausende Menschen von ihren Arbeitsplätzen am Land entfernt und zum großen Teil in der Zeit des Mieterschutzes sogar um ihr Obdach beraubt. Man wollte denen, die auf diese Tatsachen hinwiesen, nicht Glauben schenken, bis sich herausstellte, daß in den kulturell hochstehenden Sudetenländern im Jahrzehnt der Bodenreform 1921 - 1931 in Böhmen 269.666 und in Mähren/Schlesien 159.656, zusammen also 429.322 zur Urproduktion gehörige Menschen vom Lande gewichen sind und auch in den dünn bevölkerten und überwiegend land- und forstwirtschaftlichen Karpathenländern mit einer Fülle von organischen Siedlungsmöglichkeiten die land- und forstwirtschaftliche Bevölkerung relativ gleichfalls bedeutend zurückgegangen ist und der ländliche Zuwachs auch schon vom Osten her auf den Arbeitsmarkt drücken mußte.

Keine Statistik wird darum herumkommen, daß zur Landflucht, zur Flucht aus der landwirtschaftlichen Arbeit und zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit die Bodenreform wesentlich durch Zerstörung von Betrieben und Arbeitsplätzen am Lande beigetragen hat. Die mechanische Bodenaufteilung und Bodenverteilung hat nicht so sehr den wirklichen Hunger nach Boden

und nach Arbeit gestillt, als vielmehr den Hunger nach Rest- und Waldgütern, nach Spekulationsgewinnen, nach national- und parteipolitischen Stellungen. Es wird ein langer organischer Siedlungs- und Rücksiedlungsprozeß notwendig sein, um den Hunger nach Arbeit zu stillen und um wenigstens soviele Leute wieder aufs Land zurückzubringen, als in der Bodenreform vom Lande weichen mußten."

Anmerkungen:

67"Narodni listy" - 28. März 1922. - Siehe auch Hassinger, a. a. O., und das Wirtschaftsjahrbuch für die Tschechoslowakei 1932.

68Die im Wege der tschechoslowakischen Bodenreform angestrebte nationale Zielsetzung behandelt an Hand der amtlichen Unterlagen ausführlich die "Pétition adressé au Conseil de la Société des Nations par les Minorités Tchécoslovacues au sujet de la réforme agraire" (Saumur 1925.) - Wirtschaftsjahrbuch 1932, S. 93 - 98. - Dr. Franz Freudenthal: Bodenreformgesetze, Band I., II., III. - Dr. Harald Laeunen: Tschechoslowakische Bodenpolitik, Berlin 1930.

69Hassinger, a. a. O., S. 460/461.

70Ausgabe vom 27. November 1934.

71Deutsche Presse, Prag, Dezember 1934.
72Deutsche Presse, Prag, 18. November 1934.

73Deutsche Landpost, Prag, 8. November 1934.

74Entnommen der von Hans Watzlik und L. F. Leppa geleiteten Zeitschrift Ackermann aus Böhmen, Karlsbad, Augustfolge 1936.

75Deutsche Presse, 16. Dezember 1934.

76Sudetendeutsche Wirtschaftskorrespondenz, 25. Folge, 17. 12. 1935.

77Reichenberger Zeitung, 19. Februar 1935.

78Studie Georg Schlögls in der Deutschen Landpost: "Siedlung und Rücksiedlung".



[184]
IV. Übersicht über die Wirtschaftsentwicklung

1. Wirtschaftlicher Lagebericht

Die Wirtschaft in den Sudetenländern erwuchs organisch aus den natürlichen Gegebenheiten des Raumes und entwickelte sich in ruhiger Aufwärtsbewegung auf den stabilen Grundlagen des alten Staates. Sie führte durchaus kein Eigendasein und nahm auch keine Sonderstellung ein, sondern war mit den Wirtschaftszweigen und -bahnen der alten Donaumonarchie auf das innigste verknüpft. Sie war vielmehr der Motor des ganzen volkswirtschaftlichen Lebens.

Die industrielle Produktion der Sudetenländer in der Vorkriegszeit stieg mit dem wachsenden Güterverbrauch in Österreich-Ungarn und im ganzen Südosten. Dabei erreichte der Güterverbrauch in diesen Wirtschaftsräumen erst einen Bruchteil desselben in den westeuropäischen Staaten. In der Tschechoslowakei war er höher als der Durchschnittsverbrauch im alten Österreich, aber immer noch niedriger als in den Staaten des Westens. Aus diesen Tatsachen ergibt sich, daß die Voraussetzungen für eine weitere Aufwärtsentwicklung der sudetenländischen Industrie gegeben waren. Die neue tschechoslowakische Wirtschaft übernahm also, wie der sudetendeutsche Volkswirt Dr. Karl Uhlig einmal treffend sagte, die Schwungkraft der Wirtschaftsentwicklung der Vorkriegszeit, die nicht nur auf "Meinen und Wollen", sondern auf den elementarsten Bedürfnissen des Kulturaufstieges des ganzen Südostens beruhte. Es lag an der tschechischen Wirtschafts- und Handelspolitik, die natürliche Schwungkraft der sudetendeutschen Industrie zu erhalten, wenn sie trotz der veränderten staatlichen Verhältnisse die südöstliche Orientierung beibehalten hätte. Es ist bekannt, daß die Friedenskonferenz eine Zeitlang zögerte, das alte österreichisch-ungarische Wirtschaftsgebiet zu zerschlagen und es mit neuen Staats- und Zollgrenzen zu durchziehen. Und als sie es dennoch tat, versäumte sie nicht, den Nachfolgestaaten die engste wirtschaftliche

Zusammenarbeit zu empfehlen.

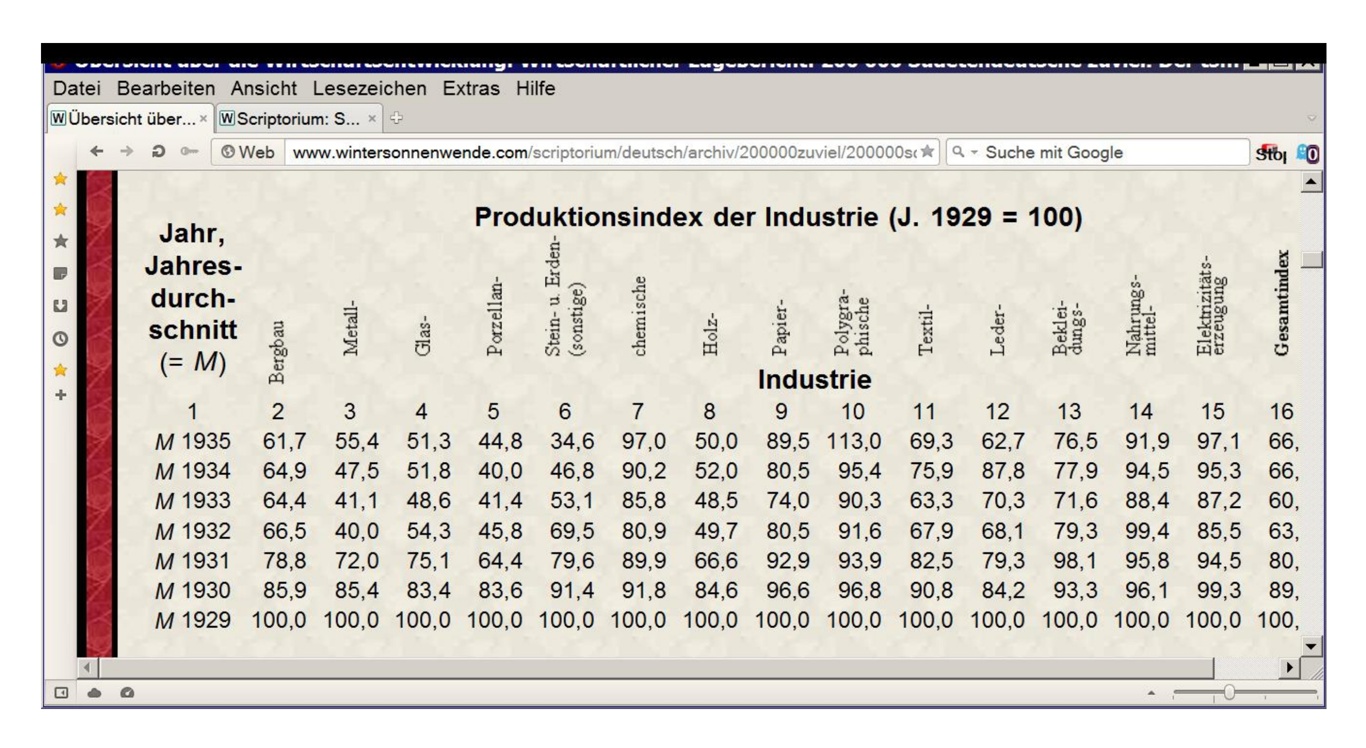
Wir haben bereits dargelegt, daß entgegen den natürlichen Wirtschaftsgegebenheiten die tschechoslowakische Handelspolitik der Devise "Umorientierung nach dem Westen", die ihr die tschechische Außenpolitik gegeben hat, folgte und [185] die alten Verbindungen nach den Nachbarstaaten als dem früheren Binnenmarkt der sudetendeutschen Wirtschaft kurzerhand abbrach.

Wenn die tschechoslowakische Wirtschaft in der Nachkriegszeit eine Periode der Hochkonjunktur durchmachte, so war dies nur eine Folge der der sudetenländischen Industrie innewohnenden Schwungkraft der Vorkriegszeit. Die planmäßig durchgeführte Zerstörung der fast an einer jahrhundertealten Erfahrung reichen sudetendeutschen Industrie einerseits, die durch ihre Qualität auf dem Absatzmarkt gut eingeführt war, und die fast ausschließliche Förderung der jungen tschechischen Industrie andererseits, die sich zunächst einen neuen Absatz suchen und sich auf dem Markte durchsetzen mußte, schließlich die genügend charakterisierte Handelspolitik mußte über kurz oder lang zu einer Schwächung der gesamten Staatswirtschaft führen. Eine plötzlich einsetzende Wirtschaftsstagnation mußte die bereits angerichteten Schäden deutlich sichtbar machen.

Es kann auch in diesem Zusammenhang nicht Aufgabe dieser Darstellung sein, eine abgerundete Darstellung der Wirtschaftsentwicklung zu geben, die einer gesonderten Darstellung wert erscheint. Aus einigen wichtigen Beispielen soll die gewaltige Schwungkraft des wirtschaftlichen Lebens in den Sudetenländern und ihr katastrophaler Zusammenbruch seit 1930 gezeigt werden, der nicht allein aus dem Weltwirtschaftsverfall zu erklären ist. Diese Abschnitte über die Entwicklung des Wirtschaftslebens in der Tschechoslowakei sollen die Brücke über die Kluft schlagen, die sich auftut zwischen der Darstellung des wirtschaftlichen Besitzstandes, Reichtums und Wohlstandes zu Beginn des Buches und den Schilderungen des wirtschaftlichen Niederganges und der seit Jahren herrschenden Not, die sich besonders kraß im Sudetendeutschtum auswirkt. Da die statistischen Angaben nur für die gesamte Staatswirtschaft gemacht werden und nicht nach der nationalen Struktur, läßt sich der Anteil der deutschen und tschechischen Wirtschaft nur nach den eingangs angeführten Verhältniszahlen der nationalen Besitzverhältnisse abschätzen. Ferner ist zu beachten, daß die Tschechoslowakei keine Produktionszensur wie Amerika, aber auch keine offiziellen Produktionsindices, wie z. B. Deutschland, England und Frankreich hat. Die Beurteilung der gesamten industriellen Produktionsentwicklung ist daher nur aus einer Reihe statistischer Angaben der Handelsbilanz und einzelner Industriezweige möglich.

a) Die Industrieproduktion

Wenn man das Jahr 1929, in dem die industrielle Produktion des tschechoslowakischen Staates ihren größten Umfang erreicht hat, zum Ausgangspunkt und als Vergleichsbasis der Betrachtungen nimmt, dann ergibt sich, daß in der Zeit von 1929 bis 1935 die Gesamtproduktion der Industrie um mehr als ein Drittel zurückgegangen ist, wobei diese rückläufige Wirtschaftsentwicklung im [186] Jahre 1933 ihren Tiefpunkt erreicht hatte. In einzelnen Zweigen ist die Produktion bis auf 40,1 v. H. (Metall-, Porzellan-, Glas- und Holzindustrie) herabgesunken. Der Index der Gesamtproduktion stieg seit 1933 - 1935 von 60,2 auf 66,1, verkleinerte sich aber in einzelnen Zweigen auch weiterhin. Das Abgleiten und langsame Ansteigen der Produktion wird aus folgenden Indexziffern klar sichtbar:



Produktionsindex der Industrie (J. 1929 = 100)

Jahr, Jahres-durch-schnitt (= *M*)	Bergbau	Metall-	Glas-	Porzellan-	Stein- u. Erden- (sonstige)	chemische	Holz-	Papier-	Polygra-phische	Textil-	Leder-	Beklei-dungs-	Nahrungs-mittel-	Elektrizitäts-erzeugung	Gesamtindex
	Industrie														
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
M 1935	61,7	55,4	51,3	44,8	34,6	97,0	50,0	89,5	113,0	69,3	62,7	76,5	91,9	97,1	66,
M 1934	64,9	47,5	51,8	40,0	46,8	90,2	52,0	80,5	95,4	75,9	87,8	77,9	94,5	95,3	66,
M 1933	64,4	41,1	48,6	41,4	53,1	85,8	48,5	74,0	90,3	63,3	70,3	71,6	88,4	87,2	60,
M 1932	66,5	40,0	54,3	45,8	69,5	80,9	49,7	80,5	91,6	67,9	68,1	79,3	99,4	85,5	63,
M 1931	78,8	72,0	75,1	64,4	79,6	89,9	66,6	92,9	93,9	82,5	79,3	98,1	95,8	94,5	80,
M 1930	85,9	85,4	83,4	83,6	91,4	91,8	84,6	96,6	96,8	90,8	84,2	93,3	96,1	99,3	89,
M 1929	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,

Während die Produktion im Bergbau, in der Glas-, Stein-, Erd-, Holz-, Textil-, Leder-, Bekleidungs- und Ernährungsindustrie weiterhin zurückgeht und damit die allgemeine Wirtschaftslage deutlich widergespiegelt wird, hat sie in der Metall- und Chemieproduktion beträchtlich zugenommen. Eine symptomatische Erscheinung! Die Arsenale füllen sich, aber die Menschen können sich kaum die notwendigen Bekleidungs- und Lebensmittel kaufen. Die verdorrenden Wirtschaftszweige aber liegen im deutschen Gebiet des Staates.79

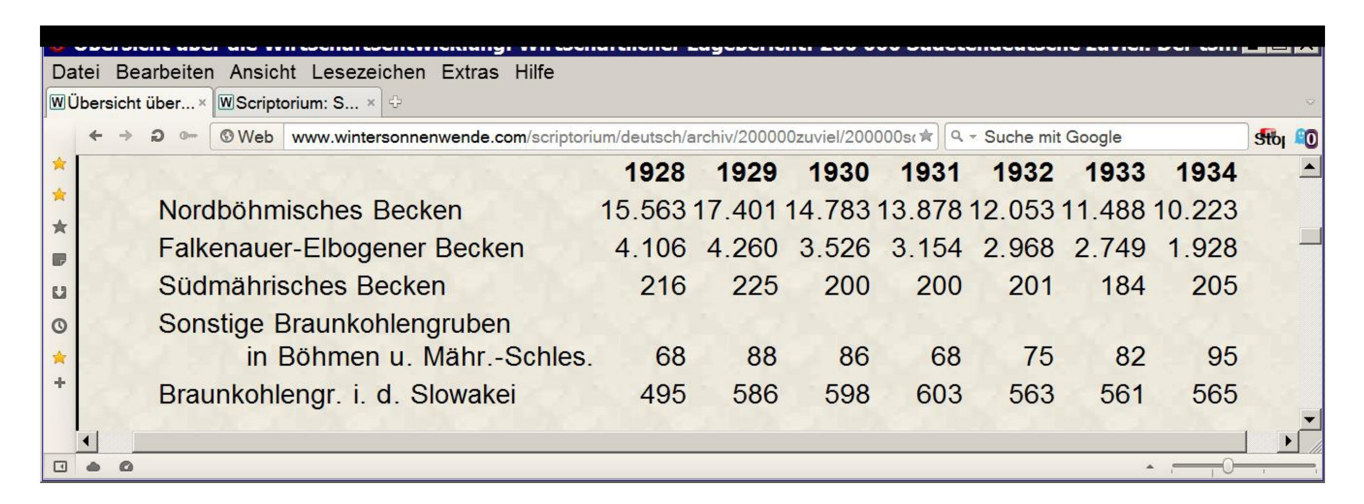
[187] Betrachten wir die Entwicklung in einzelnen Zweigen, so ergeben sich folgende Bilder:

1) Die Kohlenförderung

Jahr Steinkohle Braunkohle

1911	12,530.272	21,054.006
1912	13,515.231	22,045.927
1913	14,087.205	23,017.096
1914	13,457.770	19,806.042
1915	14.315627	18,148.528
1916	15,469.054	19,176.374
1917	14,547.596	18,077.993
1918	11,968.736	16,193.411
1919	10,254.233	17,176.808
1920	11,380.443	19,744.522
1921	12,023.209	21,116.473
1922	10,464.990	18,955.235
1923	12,347.251	16,029.126
1924	15,178.942	20,127.536
1925	12,558.992	18,261.032
1926	14,176.998	18,133.267
1927	14,016.300	19,181.678
1928	14,560.305	19,955.930
1929	16,521.457	22,560.796
1930	14,435.002	19,193.669
1931	13,103.712	17,931.635
1932	10,961.021	15,858.396
1933	10,532.993	15,063.095
1934	10,688.478	15,172.108
1935		

Ein interessantes Bild zeigt die Kohlenförderung in den einzelnen Braunkohlegebieten:



	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934
Nordböhmisches Becken	15.563	17.401	14.783	13.878	12.053	11.488	10.223
Falkenauer-Elbogener Becken	4.106	4.260	3.526	3.154	2.968	2.749	1.928
Südmährisches Becken	216	225	200	200	201	184	205
Sonstige Braunkohlengruben in Böhmen u. Mähr.-Schles.	68	88	86	68	75	82	95
Braunkohlengr. i. d. Slowakei	495	586	598	603	563	561	565

Das Ansteigen der Förderung in den innerböhmischen, mähr.-schles. und slow. Gruben und der katastrophale Rückgang im Falkenauer Revier sind der sichtbare Ausdruck der einseitig tschechisch geführten Wirtschaftspolitik. Die Gruben des Falkenauer Revieres sind noch ausschließlich in deutschem

Besitz. Sie sind auf die darniederliegende Privatwirtschaft angewiesen. Die nichtdeutschen Gruben, besonders die im tschechischen Sprachgebiet, konnten durch Lieferungen an die Eisenbahnen und Staatswirtschaften ihre Produktion erhöhen. Der Förderungsstand in Nordwestböhmen ist ebenfalls dadurch beeinflußt, daß den hier liegenden tschechischen Gruben Staatsaufträge auf Kohlenlieferungen zuteil wurden.

Der Gesamtwert der Produktion der verwertbaren Kohlen sank von 1.056 Millionen Kc im Jahre 1931 auf 784 Millionen Kc Ende 1934 herab.

[188] Die Gesamtförderung von Roherzen sank von 1,235.078 Tonnen (1931) auf 538.742 Tonnen (1934), was einen Wertrückgang von 76 Millionen Kc auf 36 Millionen Kc entspricht!



[188] Sudetendeutsches Braunkohlenbergwerk.

2) Porzellanindustrie

Über den Produktionsrückgang dieses vornehmlich sudetendeutschen Industriezweiges hat der "Verband der Glas- und Keramikarbeiter und -Arbeiterinnen", Sitz Teplitz-Schönau ein Memorandum ausgearbeitet (veröffentlicht Sozialdemokrat, Prag vom 16. 9. 36 Nr. 216), das folgendes Bild der katastrophalen Lage der Porzellanindustrie entwirft. Darin heißt es u. a.:

"Die Porzellanindustrie in der Tschechoslowakischen Republik wurde von allen Industrien von der Krise am schwersten betroffen. Der Porzellanexport hat sich seit dem Jahre 1929 um zwei Drittel vermindert. 1929 hatten wir eine

Ausfuhr von Porzellanwaren in der Höhe von 37,962.273 Kilogramm im Betrage von 305,760.968 Kc, während 1935 die Ausfuhr nur noch 12,688.475 Kilogramm im Betrage von Kc 105,193.172,— betrug. Aber auch der Inlandabsatz für Porzellanwaren ist in der gleichen Zeit um die Hälfte zurückgegangen und betrug 1929 71,480.000,— Kc, 1935 aber nur noch 34,100.000,— Kc. Das Jahr 1936 weist einen weiteren Rückgang auf.

Die Ursachen hiefür sind mannigfaltiger Natur, der Ursprung ist aber in der Hauptsache in mangelhafter Vorsorge der wirtschaftlichen Belange zu suchen. Bei einer objektiven planmäßigen Wirtschafts- und Handelspolitik hätte [189] sich ein großer Teil dieses wirtschaftlichen Rückganges in unserer Porzellanindustrie vermeiden lassen.

Diese Entwicklung in der Porzellanindustrie hatte eine katastrophale Arbeitslosigkeit zur Folge. Nach Erhebungen, welche unsere Gewerkschaft durchgeführt hat, sind seit dem Jahre 1929 50 Prozent der Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen dauernd von der Arbeitsmöglichkeit ausgeschaltet, während die restlichen 50 Prozent infolge Kurzarbeit einen Arbeitsverlust von nahezu 32 Prozent aufzuweisen haben.

Von den im Jahre 1929 in der Porzellanindustrie beschäftigten 20.000 Arbeitern sind schon jahrelang beinahe 10.000 Menschen gänzlich aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet, während die übrigen nur noch in Kurzarbeit beschäftigt werden können. Die effektive Arbeitslosigkeit in der Porzellanindustrie beträgt 68,5 Prozent und muß als die stärkste von allen Wirtschaftszweigen bezeichnet werden.

Seit dem Jahre 1930 bis August 1936 wurden von unserer Gewerkschaft an die arbeitslose Porzellanarbeiterschaft ausbezahlt:



Arbeitslosenunterstützungen	Kč 34,195.437,--
Ernährungsaktion	Kč 6,943.000,--
Notfallunterstützungen	Kč 249.485,--
Notfallunterstützungen vom Wirtschafts- verbande der Porzellanindustriellen	Kč 340.570,--
	Kč 41,728.492,--

So hoch auch diese Unterstützungssumme erscheinen mag, wenn man sie auf die Zahl der in der Porzellanindustrie arbeitslos gewordenen Menschen für einen Zeitraum von 6 Jahren aufteilt, verbleibt für jedes dieser bedauernswerten Opfer der Krise ein so geringer Betrag, daß damit eben nur eine Linderung möglich war; das Elend und die Verzweiflung unter der arbeitslosen Porzellanarbeiterschaft aber besteht weiter.

Der Lohnverlust für die Porzellanarbeiterschaft seit dem Jahre 1929

beträgt mehr als das Zehnfache der gewährten Unterstützungen. Auf Grund der Arbeitslosigkeit ergibt sich ein Lohnverlust:

1930	Kč	23,326.125,--
1931	"	53,974.385,--
1932	"	87,764.492,--
1933	"	93,105.043,--
1934	"	98,380.673,--
1935	"	94,760.295,--
	Kč	451,311.013,--

[190] Ein gewaltiger Betrag, welcher diesen Menschen zur Lebensfristung verlorenging, und sie alle haben das dringende Verlangen, wieder in den Produktionsprozeß eingereiht zu werden, arbeiten zu können, um ein menschenwürdiges Dasein zu führen.

Das Problem der Arbeitsbeschaffung ist für die Porzellanarbeiterschaft die lebenswichtigste Frage, deren positive Behandlung angesichts des siebenten Krisenwinters dringend notwendig wird. Die Lösungsmöglichkeit liegt beinahe ausschließlich auf dem Gebiete der produktiven Arbeitslosenfürsorge und der Schaffung erweiterter Arbeitsmöglichkeiten durch die Erhöhung des Absatzes für Porzellanwaren am Inlandsmarkte, sowie der Steigerung des Exportes unserer Porzellanindustrie.

Für die Arbeiterschaft bedeutet jede Steigerung der Produktion in der Porzellanindustrie eine Verminderung der Arbeitslosigkeit, für den Staat bedeutet jede Steigerung des Porzellanexportes eine vermehrte Deviseneinfuhr. Zehntausend Arbeiter haben ihren Erwerb und die Existenzgrundlage verloren, die Gesamtwirtschaft hat aber seit dem Jahre 1929 einen Verlust von einer Milliarde Kc fremdländischer Devisen zu verzeichnen:

1930	Kč	47,298.792,--
1931	"	122,783.641,--
1932	"	196,555.161,--
1933	"	214.809.193,--
1934	"	208,239.778,--
1935	"	200,562.796,--
	Kč	990,349.361,--"

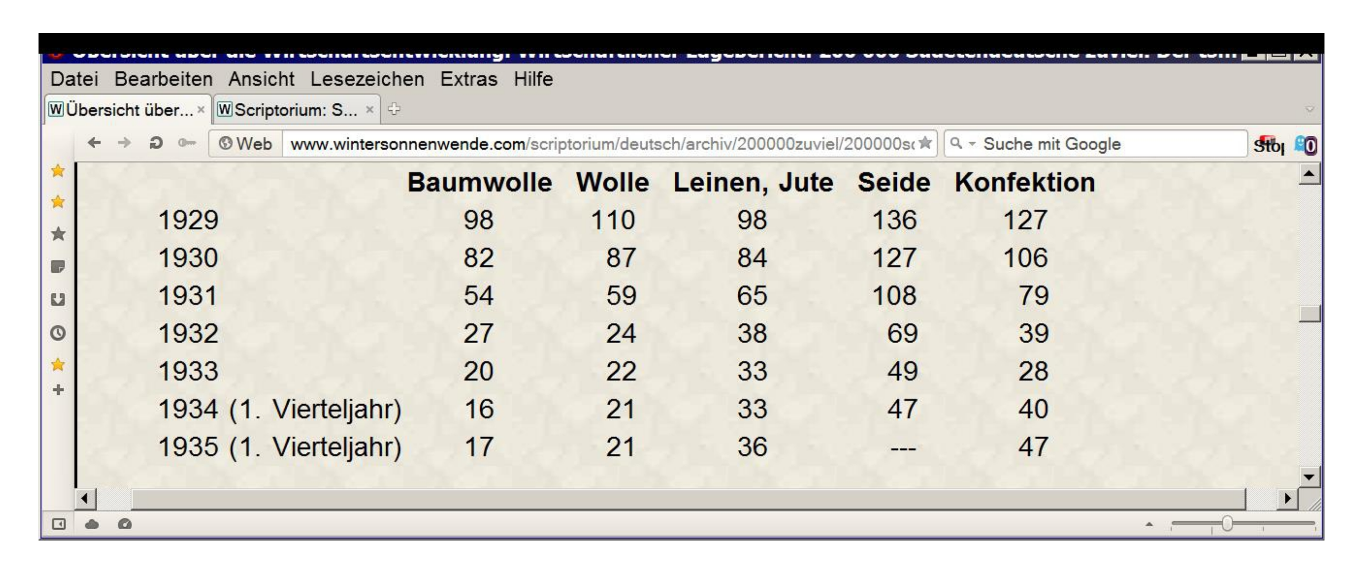
So viel aus dem sozialdemokratischen Memorandum, das auf amtlichen

Zahlen aufgebaut ist

3) Die Textilindustrie

Am härtesten von den wirtschaftlichen und politischen Strukturveränderungen wurde die Textilindustrie betroffen. Und sie war ein vorwiegend sudetendeutscher Industriezweig. Sie war auf einen Inlandsmarkt von 55 Mill. Menschen zugeschnitten und behielt nach dem Umsturz 13,5 Mill. Inlandsverbraucher. Lagen in dem Verlust von drei Viertel des einstigen Inlandsmarktes und in der Zugehörigkeit zum Senkungsgebiet der Welttextilwirtschaft allein schon die Ursachen für eine Dauerkrise der Textilwirtschaft, so wurde die Krise noch dadurch verschärft, daß im tschechischen Siedlungsgebiet mit staatlicher Hilfe neue Textilfabriken errichtet wurden, obwohl im Jahre 1928, dem Höhepunkt der Produktion, erst 92 v. H. der Vorkriegsproduktion erreicht wurden. Mit 280.000 Textilarbeitern zählt die sudetendeutsche Textilindustrie zu den intensivsten der Erde. Sie ist aber auch der bedeutendste sudetendeutsche Industriezweig.

[191] Der sudetendeutsche Volkswirtschaftler K. Uhlig - Karlsbad veröffentlicht folgenden Lagebericht: Der Jahresdurchschnitt 1925 - 28 genommen mit 100, hat sich die Erzeugung 1929 auf 106 erhöht und betrug 1930 97, 1931 88, 1932 72, 1933 67, im ersten Vierteljahr 1934 79 und im ersten Vierteljahr 1935 70. Die Ausfuhr stieg, bezw. sank mengenmäßig für die gleichen Zeitabschnitte auf 110, 100, 83, 49, 50, 56 und 61. Dem Werte nach weist der Ausfuhrindex unter Berücksichtigung der Kronenabwertung folgende Entwicklung auf:



	Baumwolle	Wolle	Leinen, Jute	Seide	Konfektion
1929	98	110	98	136	127
1930	82	87	84	127	106
1931	54	59	65	108	79
1932	27	24	38	69	39
1933	20	22	33	49	28
1934 (1. Vierteljahr)	16	21	33	47	40
1935 (1. Vierteljahr)	17	21	36	---	47

Da der größte Teil der Textilindustrie im sudetendeutschen Gebiete liegt, sind natürlich vor allem die Sudetendeutschen am meisten getroffen. Eine Entspannung in der Lage der Textilindustrie würde auch eine Entspannung in der Lage der sudetendeutschen Arbeitslosigkeit bedeuten. Eine noch nicht

abzuschätzende Gefahr liegt allerdings in der Entwicklung der Textilindustrie in den Nachfolgestaaten. In Österreich, Ungarn, Rumänien und Südslawien hat man versucht, so schnell wie möglich eine heimische Textilindustrie zu gründen, um sich vom Ausland unabhängig zu machen.

Besondere Erfolge hat Ungarn zu verzeichnen, dessen Textilwarenanteil an der Einfuhr von 30% im Jahre 1927 ständig bis auf 23% im Jahre 1934 sank. Der Anteil der Textil-Halb- und Fertigfabrikate sank in der gleichen Zeit von 40,5% auf 21,8%. Die Zahl der Textilbetriebe ist von 132 auf 156, die der in der Textilindustrie Beschäftigten von 40.923 auf 50.444 gestiegen. 1913 waren es nur 16.092. Der Wert der Textilerzeugung betrug 1913 95,4 Mill. Pengö, 1933 aber bereits 327,76 Mill. Die Einfuhr von Baumwolle stieg von 1933 auf 1934 um 13%, von Flachs um 90%, von Wolle um 25% und von Seide um 1110%. Trotzdem ist noch eine Einfuhr von Textilwaren im Werte von 80 - 100 Mill. Pengö möglich, was ungefähr zwei Drittel dessen ist, was zu normalen Zeiten eingeführt wurde.

Die Vertragslosigkeit mit Ungarn in den langen Jahren 1930 - 35 hat der Textilindustrie den ungarischen Markt genommen. Gerade in jener Zeit entstanden in Ungarn neue Betriebe, während die bei uns vorhandenen abgebaut werden mußten. Zögert die Tschechoslowakei noch lange, einen ordentlichen Handelsvertrag mit Ungarn abzuschließen, geht der sudetendeutschen Textilindustrie auch der Rest dieses Absatzmarktes unwiderruflich verloren.

[192] Die einzelnen Zweige zeigen folgendes Bild:



[192] Der Arbeitssaal einer stillgelegten Spinnerei in Nordböhmen. Die Maschinen werden verschrottet oder von geschäftstüchtigen jüdischen Aufkäufern zur Einrichtung von Fabriken nach dem fernen Osten verkauft. Die Besitzer sind Bettler geworden.

Baumwollspinnereien: Von etwa 3,6 Millionen aufgestellten Spindeln sind, auf normalen Betrieb gerechnet, nur rund 1,8 Millionen oder 50 Prozent im Betrieb. Man kann annehmen, daß hievon etwa 15 Prozent für den Export

arbeiten. Die Preise haben sich infolge des Kartells für Inlandsverkäufe wohl etwas gebessert, decken aber nur die tatsächlichen Erzeugungskosten. Die Exportpreise sind sehr gedrückt.

Kammgarnspinnereien: Hier war durch verminderten Absatz und den dadurch bedingten Konkurrenzkampf die Lage wesentlich schlechter als in früheren Jahren. Der Export nach Deutschland, das ein wichtiger Faktor für die Beschäftigung [193] dieser Spinnereien war, ist wesentlich zurückgegangen. Die Streichgarn- und Vigognespinnereien, die in den letzten Jahren außerordentlich gut beschäftigt waren, verzeichnen ein Abflauen des Auftragseinganges. In dieser Branche sind nach wie vor die Preise gedrückt.81



[193] Hier stand eine mechanische Weberei, die 300 Arbeiter beschäftigte. Überall im sudetendeutschen Gebiet sind solche Ruinen, Zeugen des brutalen Wirtschaftskampfes des tschechischen Staates gegen deutsche Unternehmer und Arbeiter. Im tschechischen Sprachgebiet entstehen zur Bewältigung der Staatsaufträge neue tschechische Spinnereien und Webereien.

Die Wollwebereien sind durch die Erzeugung modischer Stoffe besser beschäftigt. Die Leinen- und Garnspinnereien verfügen nur über ganz geringe Vorräte und haben daher die Möglichkeit, bessere Preise zu erzielen. Die Seidenwebereien arbeiten nach wie vor in ziemlich reduziertem Maße. Die Preise sind sehr gedrückt. Es ergibt sich hier der ungesunde Zustand, daß die kapitalschwächere Erzeugung das Geschäft zu Verlustpreisen an sich zu reißen bestrebt ist. Die Krawat- [194] tenstoffindustrie konnte ihren Export verbessern. Unverändert schlechte Beschäftigung in der ostböhmischen Textilindustrie.82

Datei Bearbeiten Ansicht Lesezeichen Extras Hilfe

Übersicht über... | Scriptorium: S...

Web www.wintersonnenwende.com/scriptorium/deutsch/archiv/200000zuviel/200000s | Suche mit Google

Einige Ziffern beleuchten die Lage der Brünner Wollindustrie.

	Gesamte Erzeugung			**Davon Ausfuhr**	
	Millionen Meter Ware	*Wert in Millionen Kč*		*Millionen Meter Ware*	*Wert in Millionen Kč*
1928	19,6	910	1928	7,0	373
1929	18,1	824	1929	6,7	349
1930	16,0	699	1930	5,8	299
1931	15,7	580	1931	4,6	202
1932	12,9	392	1932	1,8	69
1933	10,2	271	1933	1,3	50
1934	10,8	280	1934	1,4	56

Zahl der beschäftigten Arbeiter:

1914	17.419
1918	8.333
1928	16.814
1929	15.486
1930	12.282
1931	12.177
1932	10.015
1933	8.405
1934	8.398

4) Glasindustrie

Ein weiterer Wirtschaftszweig, an dem das Sudetendeutschtum einen hervorragenden Anteil hat, ist die Glasindustrie. In ihr ist gegenüber der Konjunkturspitze weit mehr als eine Halbierung des Exportwertes und der Exportmenge eingetreten. Da die Glasindustrie fast ausschließlich auf Export eingestellt ist - man spricht von 80 bis 90 v. H. - ergibt sich daraus von selbst auch der Produktionsrückgang.

Aus dem Index der Industrieproduktion ersieht man ebenso deutlich die sinkende Tendenz der Glasproduktion. Die nachstehenden Ziffern geben ein eindeutiges Bild hierüber. Zu bemerken ist, daß das Jahr 1929 mit 100 angenommen wird.

1921		73,4
1922		67,4
1923		48,1
1924		84,1
1925		83,7
1926		81,8
1927		84,0
1928		91,7
1929		100,0
1930		83,4
1931		75,1
1932		54,3
1933		48,6
1934		51,8
Januar	1935	54,9
Februar	1935	53,5
März	1935	52,8
April	1935	51,1

Die Lohnverhältnisse in der Gablonzer Glas- und Schmuckindustrie können mit wenigen Ausnahmen, wo bindende Kollektiv- und Lohnverträge bestehen, d. s. die Firmen, welche der Unterfachgruppe der Glasindustriellen angehören, sehr unterschiedlich bezeichnet werden. In manchen Branchen sind die Lohnverhältnisse [195] geradezu verwirrend. Jahrelanges Bemühen, Ordnung zu schaffen, scheiterte immer und immer wieder, teils an einem gewissen Unverständnis, teils in der Annahme, daß das "Imtrübenfischen" einen größeren Gewinn abwirft. Einsichtsvolle Unternehmer und deren Arbeiter haben deshalb nichts zu verarbeiten, weil sie sich an bestehende Vereinbarungen halten, der übrige Teil läßt unseren Herrgott einen guten Mann sein und wirtschaftet gedankenlos und skrupellos darauf los, ohne zu bedenken, daß aus einer solchen Handlungsweise heraus der gesamten Industrie ein nie wieder gutzumachender Schaden zugefügt wird. In der Heimindustrie herrschen Verhältnisse, die gar nicht mehr überboten werden können. Die Ansicht gewisser Arbeitgeberkreise, daß Heimarbeit nur als ein "Zeitvertreib" anzusehen sei, scheint langsam Allgemeingut zu werden. Die Löhne der Betriebsarbeiter, d. h. jene, die in einem festen Lohn- und Arbeitsverhältnis stehen, sind seit dem Jahre 1925 in gewissen Branchen bis zu 80 Prozent gesunken. Als erschwerender Umstand für den Arbeiterhaushalt kommt noch hinzu, daß es wohl keinen Industriezweig gibt, in welchem nicht gekürzt gearbeitet würde. Auf Grund einer Umfrage bei den verschiedenen Körperschaften wurde festgestellt, daß z. B. in der Feinschliffbranche im Jahre 1925 noch bis zu 300 Kc in der Woche verdient wurden, während man den heutigen Wochenlohn, wenn man eine volle Arbeitswoche berücksichtigt, bestenfalls mit 100 Kc angeben kann. In den

Gürtlereien ist ein Lohnrückgang von 250 Kc des Jahres 1925 auf 50 Kc im Jahre 1935 feststellbar, wie die gepflogenen Erhebungen ergeben. Von einer gesunden Lohnpolitik kann in der Gablonzer Glasindustrie schon seit langem nicht mehr gesprochen werden.

5) Holzindustrie

In der Holzwirtschaft, auf die sich die Änderungen der Besitzverhältnisse in der gesamten Forstwirtschaft durch die Bodenreform ausgewirkt haben, stellt sich die Lage wie folgt dar:

Die im Jahre 1933 unter Mitwirkung des Staates eingeleitete Umgestaltung der tschechoslowakischen Holzwirtschaft hat leider nicht jene Festigung erfahren, um ein gedeihliches Zusammenarbeiten aller Gruppen dieses wichtigen Wirtschaftszweiges zu gewährleisten. Wenn der Holzmarkt dennoch vor dem Schlimmsten bewahrt blieb, so war dies nur der Sonder-Ausfuhrkonjunktur zuzuschreiben, die hauptsächlich auf den Mehrbedarf des deutschen Marktes zurückzuführen war.

Die Sägeindustrie, die gleich von Anfang an von der Neuorganisation nicht viel erwartet hatte, sah sich in ihren Befürchtungen nicht getäuscht, da es durch die Fällungsbeschränkungen um 40 Prozent nur gelang, die Rundholzpreise markttechnisch zu stützen, wogegen eine Festlegung von Schnittholzmindestpreisen nicht erreicht werden konnte. Die zur Befestigung und Verbesserung der Absatzver- [196] hältnisse von Nadelschnittholz geschaffenen Preisvereinbarungen bewährten sich nicht, weil die vereinbarten Preise in der Praxis nicht eingehalten wurden. Das Mißverhältnis zwischen Rundholz- und Schnittholzpreisen nahm daher im Jahresverlauf immer bedenklichere Formen an.

Da war es ein besonderer Glücksfall, daß Deutschland, das an und für sich eine kräftigere Aufnahmefähigkeit infolge reger Bautätigkeit bekundete, durch die Devalvation angeregt wurde, Holzkäufe (Weichholz) in der Tschechoslowakei zu tätigen. Wenn auch in der Hauptsache unbearbeitete Hölzer über die Grenze gingen, profitierte auch Schnittholz von der reichlicheren Deutschlandnachfrage, und vor allem gestalteten sich die Preise ergiebiger als auf dem Inlandmarkt. Hingegen wurde die Tschechoslowakei vom ungarischen Markt als zweitwichtigstem Abnehmer mangels genügender Kompensationen fast ganz ausgeschaltet. Dieses Absatzgebiet wurde eine Domäne der österreichischen und rumänischen Industrie, die hier 1934 große Fortschritte verzeichneten. Für die Entwicklung der holzverarbeitenden Industrie, die vorwiegend im Inlandabsatz verankert ist, blieb die Tatsache entscheidend, daß infolge eingeschränkter Bautätigkeit nur ungenügende Bestellungen vorlagen, so daß bei bloß rund 40prozentiger

Kapazitätsausnützung die Erzeugung meist unrentabel blieb.83



[196] Der Geigenbau erfordert lange Erfahrung. Die Geigenerzeuger und Musikinstrumentemacher aus dem Egerland und dem Erzgebirge versandten ihre Erzeugnisse in die ganze Welt.

[197] Am schwierigsten ist wohl die Lage der im sudetendeutschen Erzgebirge und Böhmerwald beheimateten Industrie, die Holzspielwaren, Musikinstrumente und gedrechselte Knöpfe aus Perlmutter, Horn oder Steinnüssen herstellt.

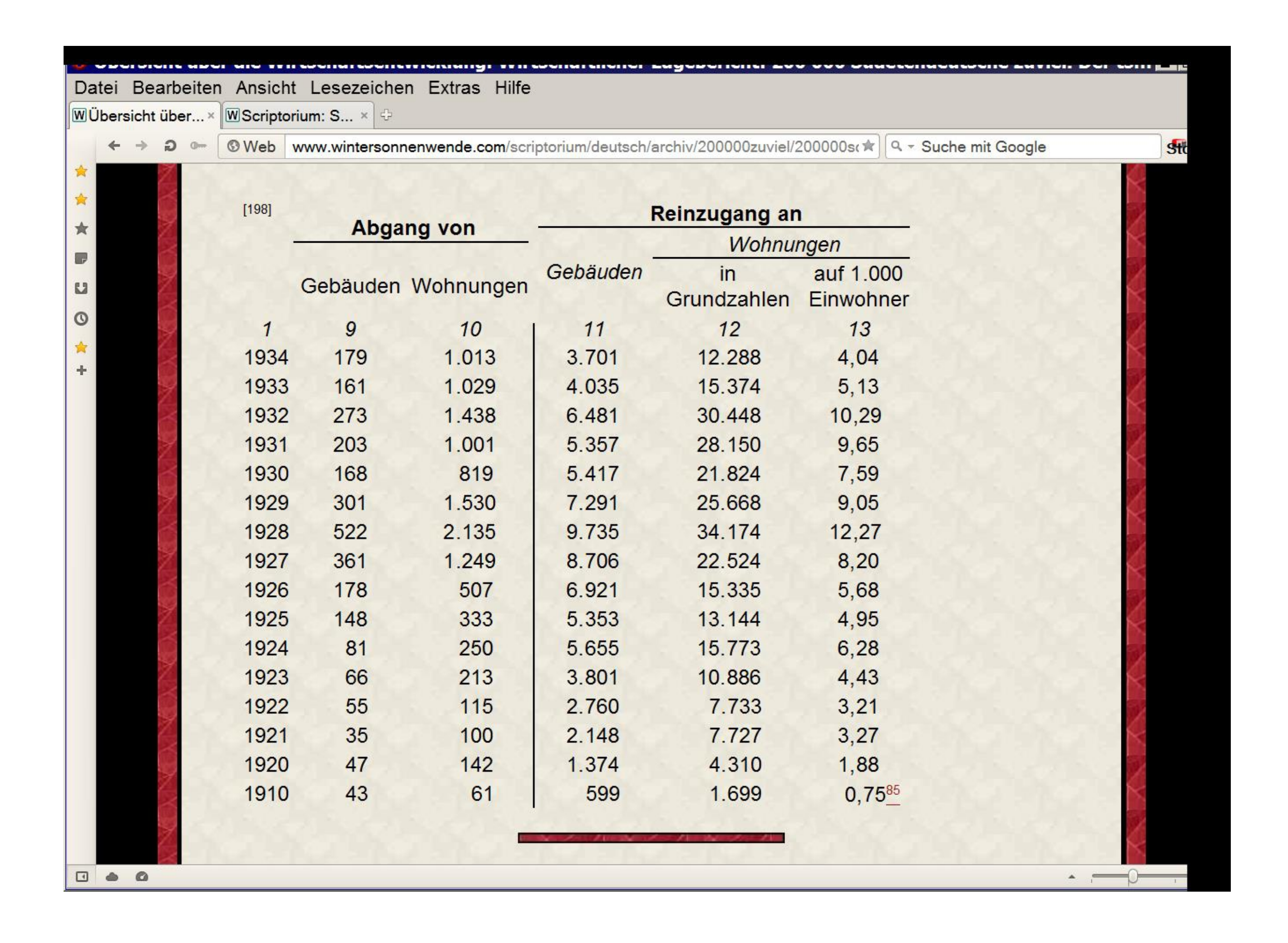
Die Musikinstrumentenausfuhr ist von 72 Millionen im Jahre 1928 auf 18 Millionen zurückgegangen, die Holzspielwarenausfuhr von 22 Millionen auf 12 und die Knopfausfuhr von 42 Millionen ebenfalls auf 12.

b) Die Bautätigkeit

Man bezeichnet nicht ohne Grund das gesamte Baugewerbe als das Schlüsselgewerbe einer Volkswirtschaft. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Bautätigkeit in 75 größeren Städten in den Jahren 1919 bis 1934:

:84

		Zugang an (kollaudierten) *Neubauten*					
			davon				
	Um-ände-rungs-bauten	im ganzen	Wohn-häuser	Wohn-anstalten	öffentl. Gebäude	Wirtschafts- u. sonstige Gebäude	Woh-nungen
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*	*8*
1934	2.377	3.880	3.641	27	60	152	13.301
1933	2.739	4.196	3.941	20	38	197	16.403
1932	2.951	6.754	6.401	31	109	213	31.886
1931	2.660	5.560	5.203	40	69	248	29.511
1930	3.130	5.585	5.131	41	81	332	22.643
1929	3.506	7.592	6.883	54	77	578	27.198
1928	4.967	10.257	9.554	35	43	625	36.309
1927		9.067	7.398	20	90	1.559	23.773
1926		7.099	5.393	18	95	1.593	15.842
1925		5.501	4.133	19	64	1.285	13.477
1924		5.736	4.887	26	70	753	16.023
1923		3.867	3.205	16	49	597	11.099
1922		2.815	2.275	13	42	485	7.848
1921		2.183	1.637	8	59	479	7.827
1920		1.421	914	6	22	479	4.452
1919		642	342	2	14	284	1.760



[198]

	Abgang von		Reinzugang an		
				Wohnungen	
	Gebäuden	Wohnungen	*Gebäuden*	in Grundzahlen	auf 1.000 Einwohner
1	*9*	*10*	*11*	*12*	*13*
1934	179	1.013	3.701	12.288	4,04
1933	161	1.029	4.035	15.374	5,13
1932	273	1.438	6.481	30.448	10,29
1931	203	1.001	5.357	28.150	9,65
1930	168	819	5.417	21.824	7,59
1929	301	1.530	7.291	25.668	9,05
1928	522	2.135	9.735	34.174	12,27
1927	361	1.249	8.706	22.524	8,20
1926	178	507	6.921	15.335	5,68
1925	148	333	5.353	13.144	4,95
1924	81	250	5.655	15.773	6,28
1923	66	213	3.801	10.886	4,43
1922	55	115	2.760	7.733	3,21
1921	35	100	2.148	7.727	3,27
1920	47	142	1.374	4.310	1,88
1910	43	61	599	1.699	0,75[85]

Datei Bearbeiten Ansicht Lesezeichen Extras Hilfe

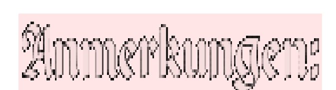
Übersicht über... × Scriptorium: S... ×

Web www.wintersonnenwende.com/scriptorium/deutsch/archiv/200000zuviel/200000s(Suche mit Google

c) Eröffnete Konkurse und eingeleitete Ausgleiche 1930 - 1935

Wie die folgende Übersicht zeigt, wurden allein in den ersten 5 Krisenjahren 6.219 Konkurse und 88.981 Ausgleichsverfahren eröffnet mit insgesamt [199] 2.004,926.000 Kc Passiva und 1.122,030.000 Kc Aktiva bzw. 6.913,595.000 Kc Passiva und 4.230,367.000 Kc.

	Tschechoslowakei	Böhmen	Mähren und Schlesien	Slowakei	Karpathen-rußland	Eröffnete Konkurse und eingeleitete Ausgleiche, bei denen die Aktiva bzw. Passiva bekannt waren	*Aktiva* der in Sp. 7 angeführten Konkurse bzw. Ausgleiche (in 1000 Kč)	*Passiva* der in Sp. 7 angeführten Konkurse bzw. Ausgleiche (in 1000 Kč)
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*	*8*	*9*
Jahresdurchschnitt				*a) Eröffnete Konkurse*				
1934	**1.255**	**562**	**290**	**234**	**169**	**1.042**	**207,922**	**356,687**
1933	1.583	806	454	248	75	1.354	370,771	666,636
1932	1.442	861	377	170	34	1.094	287,910	484,502
1931	1.053	699	241	92	21	789	177,163	325,296
1930	886	565	248	56	17	658	78,264	171,605
Jahresdurchschnitt				*b) Eingeleitete Ausgleiche*				
1934	**1.975**	**1.048**	**557**	**310**	**60**	**1.975**	**440,726**	**695,883**
1933	3.538	1.764	1.039	618	117	3.536	794,659	1.250,774
1932	4.584	2.022	1.232	1.097	233	4.569	1.125,004	1.708,282
1931	4.582	2.225	1.040	1.039	278	4.549	989,595	1.672,282
1930	4.302	2.195	1.098	836	173	4.289	880,383	1.585,981



79Statistisches Jahrbuch der Tschechoslowakischen Republik, Prag 1936.

80In den politischen Bezirken Reichenberg, Gablonz, Friedland und Deutsch-Gabel sind seit dem Jahre 1922 insgesamt 153 Großbetriebe dauernd stillgelegt worden. ..

81Der Industrieort Zeidler, Bezirk Schluckenau, liegt im nördlichen Böhmen, hat 1400 Einwohner und ist der Sitz der Firmen Anton Klinger, Gebrüder Klinger, Johann Klinger, einst Weltfirmen in der Strick- und Wirkwarenindustrie. Im benachbarten Hemmehübel gab es zwei große Sägewerke. In den drei Textilbetrieben wurden einst 700 Facharbeiter lohnend beschäftigt. Bei den Sägewerken in Hemmehübel wurden zur

Exportzeit 35 bis 40 Arbeiter beschäftigt. Außerdem fanden bei der Staatsverwaltung Rumburg (Reviere Sternberg und Hemmehübel) ständig 35 bis 40 Arbeiter als Wald-, Forst- und Kulturarbeiter ihren Lebensunterhalt. Zusammen ungefähr 780 Arbeiter und 70 - 80 Angestellte. In keinem Betriebe dreht sich mehr ein Rad.

82Nordböhmisches Tagblatt vom 23. Dezember 1934. ..

83Reichenberger Zeitung, Reichenberg, 10. Januar 1935. .

84Im Teplitzer Bezirk sind im Jahre 1936 von 10 Kalkwerken sechs (6) ganz stillgelegt worden. Von den 12 Ziegelwerken sind 9 stillgelegt. Von den 42 Baumeisterfirmen leben nur noch 3 u. z. solche, die tschechisches Personal haben. Fast alle Bauleiter, die oft 20 Jahre in einer Firma tätig waren, sind entlassen worden. Im ganzen Bezirk sind in diesem Jahre nur 4 Maurerlehrlinge neu aufgenommen worden. Die Bautischler, Schlosser und Spengler haben kaum ein Viertel ihres normalen Gehilfenstands. (Brüxer Ztg.) - Dagegen wurden in Groß-Prag allein im Jahre 1936 über 90 Großbauten begonnen! .

85Statistisches Jahrbuch: a. a. O. Band 1936. ...

